



FORSCHUNGSBERICHTE Nr. 61

Die KFN-Geschäftsleute-Erhebung

**Deutsche und ausländische Gastronomen
in Konfrontation mit
Schutzgelderpressung und Korruption:
Erste Befunde der Hauptuntersuchung**

(Projektbericht 3)

Thomas Ohlemacher, Ute Gabriel, Eberhard Mecklenburg und Christian Pfeiffer

April 1997

**Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN), Lützerodestr. 9, 30161 Hannover
Tel.: 0511-34836-0, Fax: 0511-34836-10
e-mail: ohlemacher@kfn.uni-hannover.de**

Deutsche und ausländische Gastronomen in Konfrontation mit Schutzgelderpressung und Korruption: Erste Befunde der Hauptuntersuchung¹

Thomas Ohlemacher, Ute Gabriel, Eberhard Mecklenburg und Christian Pfeiffer

Zusammenfassung

Vorgestellt werden die ersten Ergebnisse einer bundesweiten Befragung des *Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN)*. Im Herbst/Winter 1995/1996 hat das EMNID-Institut, Bielefeld, im Auftrag des KFN deutsche und ausländische Gastronomen telefonisch (N= ca. 4.400) und postalisch (N= ca. 3.500) befragen können. Die Zielgruppe umfaßte deutsche, italienische, griechische und türkische Gastronomiebetreiber. Zentrale Themen der Erhebungen waren allgemeine und spezielle Opfererfahrungen (insbesondere *Schutzgelderpressung* und *Korruption*), Kriminalitätsfurcht und "Systemvertrauen", d.h. Zufriedenheit und Vertrauen in Institutionen des Rechtsstaats und in das politische System der Bundesrepublik Deutschland.

Präsentiert werden die Vorgeschichte und der Aufbau des Projekts, die wichtigsten methodischen Folgerungen aus dem Pretest, die Probleme der Datenerhebung und erste Ergebnisse der noch laufenden Auswertungen. Ausgangspunkt der Ergebnisdarstellung ist die Gruppe der *Direkt-Betroffenen* aus den postalischen Interviews. Diese Daten werden durch die Angaben der telefonisch Befragten ergänzt, die über eine *indirekte Viktimisierung* bzgl. Schutzgelderpressung und Korruption (eine sogenannte "*Stellvertreter-Viktimisierung*") verfügen, d.h. die über die Viktimisierung von ihnen persönlich bekannten Personen berichten können. Vorgestellt werden darüber hinaus deskriptive Befunde zu den von den Befragten geschätzten Viktimisierungsraten zu Schutzgelderpressungen und Korruption, zur vermeintlichen Reaktion bei *direkter* Erpressung sowie zu den Ansprüchen und Vorschlägen an bzw. für eine wirkungsvolle Bekämpfung von Schutzgelderpressungen und Korruption durch Polizei und Politik.

Der Text wendet sich an eine breitere Öffentlichkeit. Eine vortragsähnliche Sprachführung, der Verzicht auf technische Details und allzu weitreichende Zitationen sind Ausdruck hiervon. Der Text versteht sich als ein Angebot, die Wirklichkeit der Gastronomen mit Blick auf Schutzgelderpressungen und Korruption mit den Mitteln der Sozialwissenschaften zu rekonstruieren. Auch dieses Bild ist aus einer spezifischen Perspektive gezeichnet. Es ist ebenso eingeschränkt, wie es die Rekonstruktionen durch Polizisten, Journalisten und Politiker auf ihre Art sind. Diese Perspektive ergänzt aber die Wahrnehmungen dieser Professionen in wichtigen Punkten und Aspekten. Der vorliegende Text soll auch Auskunft darüber geben, *welchen* Ausschnitt der Wirklichkeit wir dabei zu erfassen in der Lage sind.

Es wird betont, daß es sich (a) um Analysen aus einem *noch nicht abgeschlossenen* Forschungsprojekt handelt sowie (b) nur ein sehr *beschränkter* Anspruch auf Repräsentativität der Ergebnisse erhoben werden kann.

Die zentralen Ebenen, auf denen die Erfahrungen der Gastronomen mit Korruption und Erpressungen erhoben wurden, sind

¹ Das Projekt wird mit Mitteln der *Volkswagen-Stiftung* (Projekt: „Viktimisierung und Systemvertrauen“, Az: II/ 70 213) und mit Eigenmitteln des KFN finanziert. Dieser Forschungsbericht basiert auf einem Vortrag an der Polizeiführungsakademie Münster-Hiltrup (Ohlemacher et al. 1996) und den methodischen Berichten zur Hauptuntersuchung (Gabriel et al. 1996, EMNID 1996). Dank geht an Birke Dworschak und Gila Krauel für die ambitionierte Hilfe bei den empirischen Arbeiten.

- (a) die eigene, direkte Erfahrung der Befragten (erfragt in der anonymen postalischen Befragung),
- (b) die Erfahrungen aus dem persönlichen Bekanntenkreis (die sogenannte Stellvertreter-Viktimisierung) und
- (c) die geschätzte Viktimisierungsrate (die sogenannte wahrgenommene Viktimisierung; beide erhoben im telefonischen Interview).

Wir gehen somit aus von den Betroffenen und ihren eigenen Erfahrungen, erweitern diese Selbstberichte um den "Erfahrungshorizont" aus deren Bekanntenkreis, um im letzten Schritt eine Expertenschätzung von den potentiell Betroffenen zu erfragen. In dieser Unterschiedlichkeit des methodischen Herangehens und in der bundesweiten Fundierung des Bildes unter gleichzeitiger Konzentration auf vier Ethnien liegen die besonderen Stärken der vorzustellenden Befragung: *Während Polizei und Journalisten in der Regel wohlinformierte punktuelle Erfahrungen zu engumrissenen Regionen und Stadtteilen abzugeben in der Lage sind, bieten wir eine bundesweite Informationssammlung an, die sich auf das individuelle Erfahrungswissen der potentiell oder tatsächlich Betroffenen stützt, diese Erfahrungen standardisiert erfragt und im Rahmen einer quantitativ umfangreichen Befragung zu einem Gesamtbild zusammensetzt.*

Die *Güte der Daten* ist jedoch eingeschränkt durch die nur schwach zu nennende Resonanz der Befragung. Die schwer zu befragende Gruppe der Gastronomen speziell zu diesem Thema (Stichworte: Zeitnot, Verdacht der mißbräuchlichen Nutzung der sensiblen Daten) konnte im telefonischen Interview nur zu einem Fünftel (ca. 21%) für eine Teilnahme gewonnen werden; jedoch: ein Drittel der Befragten, mit denen wir tatsächlich in telefonischem Kontakt waren, hat sich letztlich beteiligt. In der schriftlichen Befragung hat allerdings nur jeder neunte Angefragte geantwortet. Eine Überprüfung der Zusammensetzung der Befragten wiederum hat ergeben, daß sich die befragten Stichproben - was Branchenstruktur, regionale Verteilung, Verteilung auf Ortsgrößenklassen und Stadtstrukturtypen (Zentrum/Randlage) angeht - sehr ähnlich wie die Gelben Seiten (unsere Adressquelle) zusammensetzen. Auch, dies hat eine Recherche in München ergeben, sind wir durchaus an die durch Erpressung besonders gefährdeten Betriebe „herangekommen“: Von der Polizei als gefährdet eingeschätzte Betriebe sind in unserer Befragung nicht unterrepräsentiert. Die Befragung hat somit die Milieus der Erpressung erreicht; dies macht insbesondere die Schätzungen der Betroffenheitsraten zu einem guten Indikator für das tatsächliche Verbreitetsein der uns interessierenden Delikte - der Erfahrungshorizont der tatsächlich Befragten schließt die Gefährdeten ein. *Unsere Umfrage ist damit keine repräsentative Umfrage im üblichen Sinne, sie gewinnt jedoch ihre besondere Qualität durch die bundesweite Streuung der Befragten, ihre große Zahl und die Heterogenität der Befragten. Es ergibt sich dadurch gleichsam eine 'Repräsentativität' des erhobenen Erfahrungswissens: Der Erfahrungshorizont der Befragten, gleichsam ihr Radarschirm, erfaßt das gesamte Bundesgebiet und die Milieus der besonders Gefährdeten.*

Zu den Ergebnissen im einzelnen:

- Die Ergebnisse unserer Befragung legen nahe, daß die Raten der Betroffenheiten durch *Schutzgeld* und *Korruption* niedriger sind als bislang in der öffentlichen Diskussion behauptet wurde. Die Schätzungen der Betroffenheitsraten liegen zwischen 10 und 20%, lediglich die türkischen Befragten sehen sich bei den Erpressungen mit ca. 27% als stärker betroffen. Auch die Schätzungen in den Großstädten führen nicht zu den hohen Werten, wie sie bislang im öffentlichen Diskurs insbesondere zur Schutzgelderpressung dominant waren. Die Anteile der sich als betroffen bezeichnenden Befragten aus den postalischen Interviews liegen zudem weit unter diesen Werten. *Auf der Basis unserer Daten kann die Behauptung, in den Großstädten seien annähernd alle Gastronomen insbesondere ausländischer Herkunft von Erpressungen betroffen, nicht bestätigt werden.*

- Insgesamt kann festgehalten werden, daß sich die *Korruption* auf einem ähnlich hohen Niveau wie die Erpressung bewegt - was die ermittelten Betroffenheitsraten, die Erfahrungen aus dem Bekanntenkreis und die Schätzungen der von uns Befragten angeht. Das beobachtete Niveau ist bei allen ethnischen Gruppen in den mittleren Städten wie in den kleineren Städten und Gemeinden ähnlich hoch. Ausnahmen bilden lediglich die größeren Städte (beide Delikte) und die türkischen Befragten (Erpressungen). Es kann auch berichtet werden, daß sich in unseren Stichproben die Befragten deutscher und griechischer Herkunft stärker durch Korruption und die Befragten italienischer und türkischer Herkunft stärker durch Schutzgeld bedroht sehen. Weitere übereinstimmende Merkmale betroffener Betriebe lassen sich nur schwerlich ermitteln. Es ergibt sich nicht - weder für Erpressungen noch für Korruption - ein eindeutiges Profil. Keines der sozialstrukturellen Merkmale (oder deren Kombination) führt offenbar zu einer stark überhöhten Betroffenheit einer Subgruppe.
- Die potentiellen und tatsächlichen Opfer wissen überraschend wenig über potentielle *Hilfsmöglichkeiten* im Falle einer Erpressung. Den stärksten Effekt auf die Anzeigebereitschaft könnte im Falle der Schutzgelderpressungen - so ein Ergebnis unserer Befragung - eine weitgehend vertrauliche Behandlung der Mitteilung an die Polizei haben: Die Befragten wollen vor allem nicht als Zeugen auftreten. Auch fordert ein großer Teil der Befragten bei Erpressungen eine härtere Bestrafung der Täter. Für Befragte deutscher Herkunft ist weiterhin ein namentlich bekannter, für solche Delikte zuständiger Beamte, ein verstärkter Einsatz von V-Leuten und verdeckten Ermittlern sowie ein erweiterter Lauschangriff von hervorgehobener Bedeutung; Befragte ausländischer Herkunft bauen vor allem auf eine Integration ausländischer Beamter in die Polizei und eine Kronzeugenregelung. Auch bei der Bekämpfung der Korruption würde die Zusammenarbeit Bürger/Behörden vor allem von der Wahrung der Anonymität der Betroffenen profitieren: Die Befragten wollen in erster Linie anonym bleiben. Straferlasse erhalten als unterstützende Maßnahmen eine deutlich geringere Zustimmung der potentiell oder tatsächlich Betroffenen.
- Der *materielle Schaden* durch Schutzgelderpressungen ist höher, jedoch scheint der *ideelle Schaden* durch Korruption größer zu sein. Erpressungen führen in den berichteten Fällen zu höheren materiellen Schäden (Geld, Waren, Dienstleistungen). Korruption wirkt sich jedoch stärker mindernd auf das Vertrauen der Bürger in die staatlichen Institutionen und die Demokratie aus. Insbesondere die Schätzungen der Bürger zum Verbreitetsein der Delikte (und dies gilt auch für die Schutzgelderpressungen) nagen am Vertrauen der Bürger in die Demokratie, mehr als es die berichteten Delikte im Bekanntenkreis tun. Fälle im eigenen Erfahrungshorizont sind dabei nicht notwendige Voraussetzung dafür, daß Befragte die Zahl der Delikte hoch schätzen - für "Hochschätzende" ohne Beispiele im eigenen Lebensumfeld scheinen die Medienberichte mit dem dominanten Tenor einer steigenden Deliktzahl eine wichtige Rolle zu spielen. *Eine Dramatisierung der Debatte könnte somit unter Umständen die Demokratie in Form eines Vertrauensverlusts der Bürger/innen mehr gefährden, als dies die Delikte der Schutzgelderpressung und Korruption bei den direkt oder indirekt Betroffenen bewirken.*

Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen nicht die tatsächlich Betroffenen in ihrer Hilfsbedürftigkeit diskreditieren, auch soll keine generelle Entwarnung nahegelegt werden. Eine sachliche, zurückhaltende Betrachtung ohne Dramatisierung scheint angeraten. Die Gefahr zu überschätzen gefährdet unser Gemeinwesen unter Umständen mehr als daß ein Verzicht auf Überzeichnung zu einer unangemessenen Passivität beitragen würde. Mit anderen Worten: Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollten einer öffentlichen Panikmache und Zementierung

von vorschnellen Urteilen vorbeugen helfen. Uns als Gesellschaft entspannt zurücklehnen sollten wir allerdings nicht: Korruption und Schutzgelderpressung sind ein soziales Fakt in unserer Gesellschaft, jedoch vielleicht zu einem deutlich geringeren Maß, als es uns der öffentliche Diskurs bislang nahelegen wollte.

Gliederung

1	Vorgeschichte.....	9
2	Der Aufbau des Projekts	11
3	Der PreTest und seine Folgen	12
4	Grundlegende Angaben zu den befragten Stichproben.....	14
5	Zur Frage der Repräsentativität.....	20
6	Erste <i>deskriptive</i> Befunde aus der telefonischen und postalischen Befragung.....	22
6.1	Deliktbereich 1: Schutzgelderpressung	23
6.1.1	Direkte Viktimisierung: Wer wird erpreßt? Stellvertretende Viktimisierung: Wer kennt einen Erpreßten?.....	23
6.1.2	Wahrgenommene Viktimisierung: Wer schätzt die Zahl der Erpreßten wie hoch? Welche Art von Erpressung dominiert?	28
6.1.3	Zum Ablauf der Erpressung: Was wurde verlangt? - Was wurde gedroht zu tun? - Wie wurde reagiert?.....	31
6.1.4	Antizipierte Reaktion: Wie würden Sie reagieren? - Wer könnte helfen? - Was sollte getan werden?.....	33
6.2	Deliktbereich 2: Korruption.....	35
6.2.1	Direktes Betroffensein: Wer ist von Korruption selbst betroffen? Stellvertretende Viktimisierung: Wer kennt einen von Korruption Betroffenen?.....	36
6.2.2	Wahrgenommene Viktimisierung: Wer schätzt die Zahl der Betroffenen wie hoch?	39
6.2.3	Konkret zur Korruption: Um was ging es? Aus welcher Behörde kam der Beamte? Von wem ging die Initiative aus? Wie haben die Betroffenen reagiert ?.....	39
7	Korruption und Schutzgelderpressung: eine <i>vorläufige</i> Bilanz der Befragung	45
7.1	Die Güte der Daten	45
7.2	Eine Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse.....	46
7.3	Der Schaden durch Schutzgelderpressung und Korruption.....	48
	Literaturverzeichnis.....	51

1 Vorgeschichte

Empirische Untersuchungen zur organisierten Kriminalität allgemein und zu ihren spezifischen Deliktsarten sind in Deutschland eher selten.² Dies hat mehrere Gründe. So ist der Zugang zu den Erkenntnissen, die die Strafverfolgungsorgane dazu gewonnen haben, erheblich erschwert. Der vom Bundeskriminalamt jährlich erarbeitete Lagebericht zur organisierten Kriminalität beispielsweise wird der Öffentlichkeit und damit auch der Wissenschaft nur in Form einer sehr knapp gehaltenen statistischen Übersicht zur Verfügung gestellt. Sie enthält zudem nur sehr wenig brauchbare Informationen, weil sich die Daten eines bestimmten Jahres zu einem beachtlichen Teil auch auf Ermittlungsverfahren beziehen, die aus vergangenen Jahren stammen (und deswegen auch schon früher registriert wurden), die aber noch nicht abgeschlossen werden konnten (Pfeiffer 1996). Ferner sind die Strafverfahren gegen „Mitglieder“ der organisierten Kriminalität angesichts der relativ niedrigen polizeilichen Aufklärungserfolge sehr selten und ergeben so nur begrenzte Einblicke in die Organisationsstruktur und Arbeitsweise derartiger Gruppierungen. Zum anderen ist dem Forschungsgegenstand mit den herkömmlichen Methoden empirischer Kriminologie nur schwer beizukommen. Übliche Befragungen einer nicht sehr umfangreichen Gruppe von Experten aus Wissenschaft, Medien, Polizei, Justiz, Wirtschaft und Verwaltung (Dörmann et al. 1990; Wittkämper, Krevert und Kohl 1994, 1996) versprechen angesichts der begrenzten Einblicke, die auch die Experten in die Aktivitäten der organisierten Kriminalität haben, nur die Simulation von gesicherten Erkenntnissen. Der sonst oft begangene Weg, das Dunkelfeld bestimmter Deliktsarten im Wege von anonymen Täter- oder Opferbefragungen aufzuhellen, erscheint wiederum angesichts der Zugangsprobleme zu den in Betracht kommenden Gruppierungen besonders erschwert. Vor allem *Täter* würden sich wohl kaum bereit finden, auf Fragebögen oder in Interviews über ihre Aktivitäten wahrheitsgemäß zu berichten. Bei den *Opfern* ist aus anderen Gründen nur eine niedrige Kooperationsbereitschaft zu erwarten. So sind sie selber nicht selten in kriminelle Aktivitäten verstrickt (z.B. die Drogenabhängigen) oder sie befinden sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zu mächtigen Tätergruppierungen (z. B. illegal eingeschleuste Frauen, die als Prostituierte tätig sind). Obwohl also keine gesicherten Erkenntnisse vorliegen, ist die *veröffentlichte Meinung* beinahe einhellig der Meinung, daß (a) organisierte Kriminalität beständig im Steigen begriffen und (b) insbesondere Schutzgelderpressung bei italienischen, chinesischen und türkischen Gastronomen weit verbreitet sei (massenmedial immer wieder zitierte Schätzungen gehen bis zu 100% in den Großstädten; vgl. hierzu im Überblick Ohlemacher/Mecklenburg 1996: 119f., vgl. auch Kommission Organisierte Kriminalität der AG Kripo, 1994:1).

All die oben angeführten methodischen Probleme für eine empirische Untersuchung waren uns präsent, als wir uns im Winter 1993/1994 dazu entschlossen hatten, deutsche und ausländische *Geschäftsleute* im Hinblick auf ihre Erfahrungen mit *Schutzgelderpressungen* befragen zu wollen. Die Tatsache, daß wir im Sommer 1994 trotzdem einen Drittmittelantrag zur Förderung eines derartigen Projekts gestellt haben, hatte vor allem zwei Gründe. Zum *einen* erschien uns der Zugang zu den potentiellen Opfern im Vergleich zu anderen Formen der organisierten Kriminalität erheblich einfacher. *Gastwirte* und *Einzelhändler* beispielsweise agieren in aller Öffentlichkeit. Ihre Adressen sind überwiegend in den Gelben Seiten oder zumindest in Gewerberegistern erfaßt. Das Zugangsproblem schien damit lösbar. Zum *anderen* gab es eine ermutigende Vorerfahrung, die uns überhaupt auf den Gedanken gebracht hat, die Viktimisierung durch Schutzgelderpressung systematisch analysieren zu wollen.

² Zusammenfassend vgl. Schuster 1990, Mayerhofer/Jehle 1996, für eine Ausnahme vgl. Sieber 1995 sowie Bögel 1994. Auch international sind nur wenige empirische Studien durchgeführt worden (für jüngere Studien vgl. Goldstock et al. 1990, Zendzian 1990, Chin/Fagan/Kelly 1992, Aromaa/Lehti 1996).

Im Sommer 1992 hatte sich der türkische Generalkonsul Hamburgs, Herr Ezvet Tezcan, mit der Bitte an das KFN gewandt, ihn zum Problem der Schutzgelderpressung zu beraten. Eine größere Zahl von türkischen Geschäftsleuten aus Hamburg und aus Schleswig-Holstein hatte ihrerseits vorher von ihm Informationen erbeten, wie sie sich gegenüber Erpressern verhalten sollten. Zwar konnten wir Herrn Tezcan keinerlei konkrete Hilfe anbieten. Wir haben jedoch unser Interesse daran bekundet, mit den betroffenen Geschäftsleuten in Kontakt zu treten. In der Folgezeit vermittelte Herr Tezcan mehrfach Gespräche zwischen Christian Pfeiffer und betroffenen türkischen Geschäftsleuten. Diese Treffen fanden jeweils unter der *Bedingung* statt, daß über ihren Inhalt *nicht* detailliert berichtet werden darf. Sie hatten aus der Sicht der Betroffenen ausschließlich den Zweck, dem KFN Einblicke in diesen Bereich der organisierten Kriminalität zu vermitteln. Dem KFN wiederum sollten sie Erkenntnisse darüber erbringen, ob es möglich ist, zur Schutzgelderpressung mit Geschäftsleuten Opferbefragungen durchzuführen.

Da mehrere der von Herrn Tezcan vermittelten Gesprächspartner bereit waren, Christian Pfeiffer an andere Geschäftsleute weiterzuvermitteln, die ebenfalls Opfer von Schutzgelderpressung geworden waren, und *ferner* auch über einen Rechtsanwalt weitere entsprechende Kontakte geknüpft werden konnten, ist es gelungen, im Laufe von sieben Monaten insgesamt 31 Interviews mit Betroffenen zu führen. Wegen der Zusage, über den Inhalt der von Herrn Tezcan vermittelten Gespräche keine Gedächtnisprotokolle oder detaillierte Informationen zu veröffentlichen, können hier - im Einverständnis mit den Betroffenen - nur zwei Informationen weitergegeben werden. Zum *einen* hatte keiner der Gesprächspartner Anzeige erstattet. Die Furcht vor der Reaktion der anderen Seite war zu groß und das Vertrauen auch zu gering, daß die Polizei einen effektiven Schutz von Zeugen garantieren könnte. Zum *anderen* äußerten sich die Geschäftsleute enttäuscht darüber, daß es dem Staat offenbar nicht möglich sei, sie gegen diese Art von Kriminalität effektiv zu schützen. Dieser Zusammenhang zwischen einer spezifischen Opfererfahrung und einem sehr weitgehenden Verlust an Vertrauen in das Funktionieren des Rechtsstaates (und, abstrakter formuliert, das staatliche Gewaltmonopol) ist einer der Aspekte geworden, die wir im Rahmen des später konzipierten Projektes systematisch überprüft haben.

Eine andere Anregung aus den Interviews haben wir ebenfalls aufzugreifen versucht. Auf die Frage, wie man die von Schutzgelderpressung Betroffenen dazu motivieren könnte, ihre Opfererfahrungen einer Gruppe von Wissenschaftlern zugänglich zu machen, hatten die türkischen Geschäftsleute zum einen den Weg anonymer, von den Betroffenen selbst initiiert, Telefongespräche für aussichtsreich gehalten. Zum anderen meinten sie, daß ihre Landsleute auch bereit sein könnten, einen Fragebogen anonym zurückzusenden, sofern sichergestellt ist, daß es trotz der erbetenen Informationen ausgeschlossen ist, den Absender zu identifizieren. Weiter wurde ins Auge gefaßt, daß dieser Fragebogen von den Befragten mit einem von ihnen erfundenen Kurzcode versehen werden könnte, den sie dann bei ihrem anonymen Anruf nennen. Dadurch sollte erreicht werden, die Informationen des Telefongespräches mit denen aus dem postalischen Erhebungsinstrument (im Schutz der allgemeinen Anonymität) zu verbinden, ohne daß daraus Risiken für die Betroffenen erwachsen.

Die mit Hilfe des erwähnten Rechtsanwalts an uns gelangten Informationen über einzelne Fälle von Schutzgelderpressung waren nicht mit der strikten Auflage verbunden, keine Details veröffentlichen zu dürfen. Nachfolgend soll deshalb ein Fall herausgegriffen werden, der exemplarisch darstellt, welche Dimension Schutzgelderpressung erreichen kann.

Im Alter von 65 Jahren besaß ein ausländischer Geschäftsmann eine wirtschaftlich gut florierende Kette von Gaststätten. Das erfolgreiche Unternehmen hatte er aus kleinsten Anfängen im Verlauf von fast 30 Jahren aufgebaut und war bis dahin von Schutzgelderpressungen verschont geblieben. Weil sein einziges Kind, eine inzwischen ein Universitätsstudium absolvierende Tochter, kein Interesse daran zeigte, in das väterliche Geschäft einzusteigen, hatte er die Gaststättenkette in der entsprechenden Fachzeitschrift zum Verkauf inseriert. Kurz nachdem die Anzeige auf dem Markt war, meldete sich ein elegant gekleideter Herr mit besten Umgangsformen, der

dem Geschäftsinhaber allerdings nur die Hälfte des Preises anbot, den er erwartet hatte. Der Gastwirt reagierte darauf zunächst irritiert und fragte unter Hinweis auf die beachtliche Zahl von gutgehenden Gaststätten, die er zum Verkauf anbot, ob es sich denn vielleicht um ein Mißverständnis handele. Der Interessent verneinte und erklärte, daß er im übrigen im Auftrag eines anderen handele und daß dieser sicher nicht bereit sei, mehr zu bezahlen. Im übrigen erkundigte sich der Gesprächspartner nach der jungen Dame, die ihn im Vorzimmer begrüßt hatte. Dies sei doch sicherlich die Tochter. Und er fügte hinzu, wie sehr sie ihn durch ihren Charme und ihr gutes Aussehen beeindruckt hätte. Der Vater erläuterte daraufhin, warum er seine Gaststätten zum Verkauf anbiete, und forderte den Besucher noch einmal auf, ein besseres Angebot abzugeben. Sollte das nicht der Fall sein, werde er sehr bald mit einem anderen Interessenten den Vertrag abschließen.

Am Abend wurde die Tochter, als sie mit dem Fahrrad auf einem Fahrradweg nach Hause fuhr, durch einen Pkw angefahren, der plötzlich von seiner Fahrbahn auf den Fahrradweg gewechselt war. Dies geschah offenbar absichtlich und in einer Weise, die sie lediglich zu Fall bringen sollte. Sie erlitt Schürfwunden und einen Schock. Nachforschungen, die der Vater anhand der von ihr notierten Autonummer des Wagens anstellen ließ, ergaben am nächsten Tag, daß das Auto gestohlen worden war. Daraufhin war beiden klar, was sich hier abspielte. Noch am selben Tag erhielt der Geschäftsmann wieder Besuch von dem vornehmen Herrn. Dieser unterbreitete ein neues Angebot, das um 100.000 DM unter dem des Vortages lag. Ferner ergänzte er, daß er mit großem Bedauern von dem Fahrradunfall der Tochter gehört hätte. Er könne dem Vater nur den Rat geben, in Zukunft besser auf seine Tochter achtzugeben. Im übrigen seien die Preise für Gaststätten gefallen. Er solle sich schnell entscheiden, ob er das Angebot annehme. Dies geschah dann auch. Die Polizei hat der Gastwirt nicht informiert.

Es ist auch die sich in diesem Fall besonders dokumentierende Ohnmacht der Opfer von Schutzgelderpressung, die uns motiviert hat, das Projekt trotz der von vornherein erkennbaren Schwierigkeiten seiner Durchführung in Angriff zu nehmen. Opfer von Schutzgelderpressung, die sich trotz erheblicher Ängste dazu entschließen, Informationen über das ihnen Widerfahrene an Wissenschaftler weiterzugeben, hoffen offenkundig, daß sich dadurch mittelfristig die Perspektiven der Bekämpfung dieser spezifischen Form organisierter Kriminalität verbessern. Sie senden Botschaften aus, die wir weiterzugeben versuchen. Angesichts der beträchtlichen Probleme, gerade diejenigen zur Kooperation zu motivieren, die in besonders hohem Maße von derartigen Straftaten betroffen sind, war von vornherein klar, daß es in dem Projekt kaum oder nur schwerlich gelingen wird, *repräsentativ* zu nennende Ergebnisse zu bekommen. Wir haben uns trotzdem zur Durchführung der Untersuchung entschlossen, weil selbst ausschnittshafte Erkenntnisse aus dem Dunkelfeld der Schutzgelderpressung angesichts der großen Bedeutung, die diesem Delikt beim Aufbau und der Stabilisierung von OK-Strukturen zukommt, den beträchtlichen Kosten- und Arbeitsaufwand rechtfertigen sollten.

Nach intensiven Diskussionen haben wir uns zudem entschlossen, die interessierenden Deliktbereiche um die *Korruption* zu erweitern. Dies vor allem, weil es zunehmend Äußerungen in der breiteren, aber auch der Fach-Öffentlichkeit gab, die Fälle von behördlicher Korruption der organisierten Kriminalität zuschrieben (der damalige BKA-Präsident Zachert lt. Süddeutsche Zeitung vom 19. April 1993, vgl. auch Vahlenkamp 1991:19f.), zum anderen weil der Zusammenhang von Korruptionsbetroffenheit und dem Vertrauen der *Opfer* in den Staat und seine Institutionen offenkundig ist (vgl. Schauensteiner 1996: 414, Braum 1996, Rudnik 1997, zum Stand der empirischen Forschung vgl. Vahlenkamp/Kraus 1995: 22ff).

2 Der Aufbau des Projekts

Wir haben die *Projektkonzipierung* im Winter 1993/94 begonnen. Zur selben Zeit war eine internationale Befragung von Geschäftsleuten in Planung - der *International Commercial Crime Survey* (ICCS, vgl. InterView 1993a,b). Bei dieser Befragung hat sich die internationale Arbeitsgruppe für *telefonische* Interviews entschieden - die entscheidenden Vorteile, die man sich hiervon versprach, waren eine höhere Rücklaufquote (im Vergleich zu *postalischen* Fragebögen) und geringere Kosten (im Vergleich zu *persönlich-mündlichen* Interviews). Wir haben diese Argumente nach einem Besuch und Austausch mit der Projektgruppe aufgegriffen - und unser Vorgehen entsprechend weiterentwickelt. Uns überzeugte zwar unmittelbar das Argument des höheren

Rücklaufs bei telefonischen Interviews, wir waren jedoch skeptisch, welchen Nutzen eine solche *nicht-anonyme* Befragung als *Dunkelfeldstudie* erbringen könnte. Aus diesem Grund haben wir uns für die *Kombination* einer telefonischen mit einer postalischen Befragung entschlossen - ergänzt um die (Ausgangs-)Idee des codegestützten Anrufs im Schutz der Anonymität (vgl. Kapitel 1). Den eigentlichen Dunkelfeldaspekt erfüllt die *postalische* Befragung; im *telefonischen* Interview beschränken wir uns auf die aus anderen Studien bekannte *stellvertretende Viktimisierung* (vgl. Skogan und Maxfield 1981, zusammenfassend Boers 1991: 78ff.): Personen berichten von der Opferwerdung einer anderen Person, können aber gegebenenfalls damit ihre eigene Opferwerdung maskieren (vgl. ausführlicher hierzu Kapitel 6). In vorbereitenden Diskussionen mit infragekommenden Feldinstituten schieden die in diesem Stadium noch erörterten *persönlich-mündlichen* Interviews aus *Sicherheitsgründen* endgültig aus.

Der grundsätzliche Aufbau des geplanten Projekts umfaßte damit zu diesem Zeitpunkt (Frühjahr 1994):

- telefonische Interviews (Projektteil 1),
- postalische Interviews (Projektteil 2),
- anonyme Rückanrufe (Projektteil 3).

Wir haben das Projekt in dieser Form geplant und kalkuliert. Die inhaltliche Fragestellung haben wir neben der kriminologischen Deskription der Opferwerdung und -erfahrung auf den Zusammenhang von Viktimisierung und Systemvertrauen fokussiert. Wir haben diese zugespitzte Fragestellung noch einmal in der bisherigen Literatur sondiert und diese Recherchen im Antrag dargestellt. Die Grundfrage des Projekts lautete somit:

„Können spezifische Opfererfahrungen, empfunden als Ohnmacht der eigenen Person, aber auch durch die wahrgenommenen Funktionsfehler der staatlichen Instanzen, zu einem Verlust an Systemvertrauen führen? Was sind die Bedingungen, die sozialen Wirkungsmechanismen? Und welche Folgen hat dies für die Gesellschaft? Droht ein "Opting Out" von Teilen der Bevölkerung - in Form von Verdrossenheit oder als Selbstjustiz?“ (Ohlemacher/Pfeiffer 1994: 7)

Die methodischen Aspekte haben wir mit mehreren Feldinstituten diskutiert und auch in einigen Nuancen neu arrangiert. Der Antrag wurde im Sommer 1994 eingereicht bei der Volkswagen-Stiftung, in deren Schwerpunkt „Recht und Verhalten“ sich unsere Fragestellungen unseres Erachtens gut integrieren ließen. Dieser Antrag ist als Forschungsbericht des KFN erschienen (Ohlemacher/Pfeiffer 1994). Die Volkswagen-Stiftung hat das Projekt im Dezember 1994 mit einigen Abstrichen (im finanziellen, nicht jedoch im inhaltlich-methodischen Bereich) bewilligt. Die eigentlichen Projektarbeiten begannen mit dem Förderungsbeginn im März 1995, die Gesamtdauer der Förderung beträgt drei Jahre.

3 Der PreTest und seine Folgen

Als ersten Schritt haben wir im Frühling und Sommer 1995 einen PreTest unternommen. In ihm sollte die Samplegewinnung, die methodischen Herangehensweisen und die Instrumente geüpft und (weiter-)entwickelt werden (zur Anlage, Durchführung und den Folgerungen aus dem PreTest, vgl. Gabriel et al. 1995). Der PreTest wurde durchgeführt vom Feldinstitut EMNID (Bielefeld) - für EMNID hatten wir uns als Partner nach Abwägung der konkurrierenden Angebote entschieden. Die PreTest-Region bildete der Großraum Mannheim-Ludwigshafen - in ihm wurden alle drei „Wege der Annäherung“ (telefonisch, postalisch, Rückanruf) mit Geschäftsleuten aus zwei Branchen (Gastronomen und Einzelhändler) und drei Ethnien (deutsch, türkisch, italienisch)

ausführlich erprobt. Insgesamt wurden 136 vollständige telefonische Interviews durchgeführt (Projektteil 1), an Fragebögen erhielten wir 70 auswertbare Fragebögen zurück (Projektteil 2). Auf Basis der bei der Adressenbeschaffung, der Annäherung an die Befragten und bei der konkreten Durchführung gemachten Erfahrungen wurden mehrere wichtige Entscheidungen zur Änderung bzw. Gestaltung des Forschungsdesigns für die Hauptphase getroffen.

Die im folgenden dargestellten Änderungen des ursprünglichen Designs sind an anderer Stelle ausführlich dokumentiert (Gabriel et al. 1995:14ff). Wir konzentrieren uns hier auf die *Hauptänderungen* und eine stichpunktartige Begründung.

- (a) *Notwendig: Verzicht auf die Branche der Einzelhändler.* Der PreTest hat uns nahegelegt, auf die *Einzelhändler* zu verzichten: Ausländische Betriebe im Einzelhandel (vor allem italienische Betriebe) kamen in einem viel geringeren Ausmaß als im Gastronomiebereich vor, die Adressbeschaffung war teurer und unzuverlässiger als im Gastronomiebereich; Gastronomen waren - so die PreTest-Ergebnisse - allgemein stärker viktimisiert (die Suche nach Opfern war damit erfolgversprechender und im gewissen Sinne *effektiver*), bei der Betroffenheit durch Korruption gab es keine signifikanten Unterschiede (*Erpressung von Schutzgeld* wurde aus Vorsichtsgründen im PreTest noch nicht erfaßt).
- (b) *Stattdessen: neben Deutschen, Türken und Italienern auch griechische Betriebe.* Wir haben diesen Verlust an Komplexität durch die Hinzunahme von griechischen Befragten aufzufangen versucht (Griechen deshalb, weil sie vom Grad der Integration in die Gesellschaft der Bundesrepublik *zwischen* den beiden ursprünglich vorgesehenen ausländischen Ethnien stehen).
- (c) *Auch: Verzicht auf den anonymen Code.* Leider fand unsere Idee des anonymen Codes im PreTest keinen rechten Anklang bei den Befragten; *keiner* der ange- bzw. befragten Personen ging auf diese Idee ein: im Rahmen der anonymen Anrufe meldete sich kein einziger Anrufer mit einem Code. Der *gesamte* Rücklauf in Projektteil 3 war absolut gesehen ebenfalls enttäuschend (einige wenige Anrufe, fast keiner einschlägig) - *gleichwohl* haben wir diesen Projektteil im Design belassen, um eventuell verunsicherten Personen eine Anlaufstelle bieten zu können (*weiterhin* wurden zu diesem Zwecke vorsorglich bei den Landeskriminalämtern spezielle Kontaktnummern zwecks Weitergabe erbeten).
- (d) *Die wichtigste Änderung: Bundesweit statt einzelne Städte.* Der insgesamt unbefriedigende Rücklauf des PreTests (telefonisch: 15,7%; postalisch: 11,2%) machte es - wollte man in der Hauptphase ausreichend Befragte und Opfer finden - notwendig, den Befragungsraum auf eine größere Zahl von Städten (wahrscheinlich sogar auch den ländlichen Raum und damit letztlich: bundesweit) auszudehnen. Mit dieser Entscheidung war auch eine Vorentscheidung getroffen, was den Anspruch auf *Repräsentativität* anging: Sollte es uns nicht gelingen, die Ausschöpfung durch Begleitschreiben und weitere „werbende Maßnahmen“ entscheidend zu steigern, so würden wir diese (für das ursprüngliche Design mit einigen ausgewählten Städten vorgesehene) Zielvorgabe unter Umständen aufgeben müssen.
- (e) *Verstärkte Bemühungen zur Steigerung des Rücklaufs.* Wir haben uns bereits während des PreTests - und besonders intensiv nach den absehbaren Rücklaufresultaten - um unterstützende Begleitschreiben bemüht. Nach langwierigen Überzeugungsversuchen (es ging um Sicherheitsbedenken, Kompetenz- und Zuständigkeitsdiskussionen etc.) und schließlich einigen Besuchen „vor Ort“ waren wir in der Lage, den Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DeHoGA) und die türkischen Generalkonsulate (auf Veranlassung der türkischen Botschaft) für Unterstützungsschreiben zu gewinnen (vgl. Gabriel et al. 1995: 19). Alle anderen Botschaften waren nicht bereit, unser Projekt *offen* zu unterstützen. *Weiterhin:* Mehrere deutsche und türkische Zeitungen (u.a. die Verbandszeitschrift der DeHoGa) veröffentlichten - teilweise an prominenter Stelle - Berichte über die unmittelbar bevorstehenden Befragungen und Rückrufmöglichkeiten. Diesen helfenden Maßnahmen stand allerdings wiederum - mit Blick auf die Rücklaufquote - ein von uns selbst verursachtes *Erschwernis*

gegenüber: In der Hauptphase sollten gegenüber dem PreTest nun auch Fragen zur *Schutzgelderpressung* integriert werden.

- (f) *Die Wahl der Adressquelle: Die Gelben Seiten.* Verbunden mit der Entscheidung, das Befragungsgebiet auszudehnen, wurde die Wahl der Adressquelle auch aus ökonomischen Gründen prekär. Ordnungsämter und IHK-Listen schieden aufgrund datenschutzrechtlicher und praktischer Erwägungen aus; es blieben professionelle Adresshändler und die Gelben Seiten. Im PreTest haben sich die Gelben Seiten insbesondere bei den ausländischen Gastronomen dem professionellen Anbieter überlegen gezeigt (zu den Details vgl. Gabriel et al. 1995: 9f.). Wir haben von daher die *Gelben Seiten* als effektivste und zudem kostengünstigere Variante der Adressbeschaffung gewählt.

4 Grundlegende Angaben zu den befragten Stichproben³

Im folgenden Kapitel finden sich Angaben zum telefonischen Sample mit einer Befragtenzahl von ca. 4.400 (Projektteil 1) und zum postalischen Sample mit einem zielgruppengerechten Rücklauf von ca. 3.500 Fragebögen (Projektteil 2). Projektteil 3 kann insgesamt als nicht glücklich bezeichnet werden: Wir erhielten nur 25 Anrufe - wenige davon waren tatsächlich von Nutzen. Das Material kann allenfalls zu Illustrationszwecken für spätere Darstellungen verwendet werden. Die unsere Zielgruppe definierenden Merkmale ergeben sich aus der Beschreibung unserer Erhebung als *bundesweite* Befragung von *Gastronomiebetreiber/innen deutscher, griechischer, italienischer und türkischer* Herkunft.⁴ Für die deutsche Teilstichprobe wurde eine bundesweite Verteilung der Betriebe angestrebt, ausländische Betriebe sollten nur in den alten Bundesländern incl. Gesamt-Berlin befragt werden. Die Stichprobengewinnung erfolgte auf Grundlage der Angaben ausgewählter (gastronomiebezogener) Kategorien des Branchenfernsprechbuchs der Deutschen Bundespost (*Gelbe Seiten*). Anhand des kompletten Eintrages des Betriebes (i.a. Firmenname und Gewerbeart) wurden die Adressen durch zweisprachige Interviewer bzw. Interviewerinnen *nach Nationalitäten verkodet* und zielgruppenentsprechend ausgewählt (vgl. Tabelle 1). Sämtliche italienischen, türkischen und griechischen Adressen und eine bzgl. der regionalen Verteilung repräsentative Stichprobe der *deutschen* Adressen wurden zur Stichprobengewinnung verwandt und zufällig der *telefonischen* bzw. der *postalischen* Befragung zugeordnet.

Tabelle 1: Vorkodierung nach ethnischer Herkunft

³ Die Ausführungen dieses Abschnitts sind in Teilen Gabriel et al. 1996 entnommen. Dort finden sich weitere Analysen und grundlegende Details (z.B. zur Stichprobengewinnung, zum Ablauf der Befragung und die zufallsstatistischen Absicherungen der hier vorgestellten Befunde).

⁴ Wenn wir im folgenden von *Ethnien* im Sinne der Herkunft sprechen, soll damit keinesfalls eine Diskriminierung von deutschen Staatsbürgern nicht-deutscher Herkunft erfolgen. Für uns ist die Herkunftsethnie aus grundlegenden Überlegungen heraus bedeutsamer als die aktuell geführte Staatsbürgerschaft. Weiterhin wird mit dem Vergleich von ausländischen Ethnien mit Deutschen-Ost und Deutschen-West nicht impliziert, daß es eine *west-* und eine *ost-deutsche* Ethnie gibt. Dies ist vielmehr Folge der forschungspraktischen Überlegung, in den neuen Bundesländern auf die Erhebung bei Gastronomen nicht-deutscher Herkunft zu verzichten. Der Begriff Ethnie soll in dieser Hinsicht nicht diskriminieren, seine Verwendung ist rein forschungspraktischer (deutsche vs. ausländische Herkunft) bzw. lediglich geographisch differenzierender Natur (Deutsche-West vs. Deutsche-Ost).

	alle verzeichneten Gastronomiebetriebe der <i>Gelben Seiten</i>		Adressenauswahl* zur Stichprobengewinnung	
deutsch	142.653	78,8 %	137.611	85,1 %
italienisch	18.350	10,1 %	16.665	10,3 %
türkisch	2.853	1,6 %	2.645	1,6 %
griechisch	5.495	3,0 %	4.858	3,0 %
sonstige	11.644	6,4 %	-	-
Gesamt	180.995	100,0 %	161.779	100,0 %

* ohne sonstige Nationalitäten, ausländische Betriebe der neuen BL, Betriebe im Großraum Hannover und in der Stadt Bielefeld (Sitz des KFN bzw. von EMNID, beide aus Sicherheitserwägungen nicht berücksichtigt) sowie Großraum Mannheim/Ludwigshafen/Heidelberg (PreTest-Region)

Die Erhebung erfolgte im Herbst/Winter 1995/96. Hierbei waren im Rahmen der *telefonischen* Befragung insgesamt 182 z.T. zweisprachige Interviewer/innen eingesetzt. Durch den Einsatz *zweisprachiger* Interviewer/innen war den angesprochenen nicht-deutschen Gastronomiebetreiber/innen die Möglichkeit gegeben, das Interview in ihrer Muttersprache zu führen. Den Interviewer/innen stand dabei ein standardisiertes Befragungsinstrument in der jeweiligen Landessprache zur Verfügung. Die *postalische* Befragung erfolgte mittels eines kurzgehaltenen Fragebogens (vgl. Gabriel et al. 1995: Anhang C), welcher von den Befragten ausgefüllt und in einem vorbereiteten Rückumschlag anonym zurückgeschickt werden sollte. Dem in deutscher Sprache verfaßten Fragebogen war entsprechend der Vorkodierung der Adressen gemäß ethnischer Herkunft eine Version in griechischer, italienischer oder türkischer Sprache beigelegt. Anschreiben und Informationsblatt des Projektes waren entsprechend zweisprachig gehalten. Ein Unterstützungsschreiben in deutscher Sprache des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes wurde allen Briefen beigelegt sowie zusätzlich ein Schreiben des jeweils zuständigen Generalkonsuls, wenn der Adressat als türkischer Betrieb eingestuft worden war. Die griechische und italienische Botschaft hatten uns keine Unterstützungsschreiben zur Verfügung gestellt (vgl. oben; zum mehrstufigen Erinnerungsverfahren vgl. Gabriel et al. 1996: 32).

Tabelle 2 dokumentiert die Ausschöpfungsraten der Befragung. Eine ausführliche Diskussion sowie Dokumentation des Selektionsprozesses und seiner Folgen findet sich ebenfalls in Gabriel et al. 1996. Immerhin gilt zumindest für die telefonische Erhebung, daß von den Personen, mit denen wir in Kontakt waren (also unter Wertung der nicht erreichten Adressen als *qualitätsneutral*), jede dritte Person bereit war, das Interview durchzuführen (4.393 dividiert durch die Differenz aus 20.944 - 8.430 ergibt eine Ausschöpfung von 35%). Die Ausschöpfungsquote liegt damit für die *telefonische* Befragung unter den üblicherweise in der (alten) Bundesrepublik erreichten 40 bis 60% für telefonische Umfragen (Porst 1993:23); Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß bei allgemeinen Bevölkerungsumfragen zu Kriminalität und Kriminalitätsfurcht in der Bundesrepublik *per Telefon* nicht mehr als 30% der angezielten Personen sich zu beteiligen bereit sind (Van Dijk, Killias und Mayhew 1990; für eine Ausnahme vgl. Baurmann et al. 1991: 166f.). Für unsere Befragung kommt erschwerend hinzu, daß es sich um eine Organisationsbefragung handelt. Hier dürfte es neben den üblichen Vorbehalten zu weiteren Abstimmungsproblemen im Vorfeld der Beantwortung kommen (Wer macht das Interview? Können die gegebenen Informationen mißbräuchlich benutzt werden?), was wiederum eine niedrigere Ausschöpfungsrate erklären könnte. Für *postalische* Umfragen werden allgemein rückläufige Ausschöpfungsraten beklagt (Anders 1985), oftmals ist die Ausschöpfungsquote für schriftliche Befragungen auch geringer als diejenige von telefonischen oder persönlich-mündlichen Befragungen (vgl. Reuband/Blasius 1996: 298); jedoch

sind in postalischen Befragungen zum Thema Kriminalität auch schon Ausschöpfungsraten von annähernd 50% erreicht worden (vgl. Kury 1994: 32). Der äußerst geringe Rücklauf unserer Fragebögen kann also nur mit der speziellen Befragungsgruppe (Organisationsbefragung) und ihren spezifischen Eigenschaften (insbesondere Zeitnot) erklärt werden.

Tabelle 2: Ausschöpfungsraten

telefonische Befragung			postalische Befragung		
Brutto	24.824	(100%)	Brutto	31.849	(100%)
qualitätsneutrale Ausfälle ¹	3.880	(15,7%)	nicht zustellbar	1.215	(3,8%)
bereinigtes Brutto	20.944	(100%)	bereinigtes Brutto	30.634	(100%)
nicht erreicht ²	8.430	(40,3%)			
verweigert	7.451	(35,6%)			
abgebrochen	641	(3,1%)			
komplette Interviews	4.422	(21,0%)	Rücklauf	4.006	(12,6%)
wg. Zweifel an Qualität ausgeschlossen	29		nicht zu verwenden ³	517	
auszuwerten:	4.393	(21,0%)	auszuwerten:	3.489	(11,4%)

Anmerkungen zu Tabelle 2:

¹ z.B. „Betrieb erloschen“, „außerhalb der Zielgruppe“; hierunter befinden sich auch 40 komplette Interviews, die nachträglich aus dem auszuwertenden Datensatz entfernt wurden, da Betriebsart oder Nationalität des Befragten nicht den Zielausprägungen entsprachen.

² z.B. „nicht abgehoben“, „besetzt“, „Anrufbeantworter“, „Zielperson krank“ oder „in Urlaub“.

³ z.B. nicht bzw. unzureichend ausgefüllt.

Der bereinigte Datensatz der telefonischen Befragung umfaßt die Interviews mit **4.393** Personen. Aus der postalischen Befragung liegen die Angaben aus **3.489** Fragebögen zur Auswertung vor. Die ethnische Einstufung erfolgte aufgrund der Selbsteinstufung der Befragten auf die Frage nach ihrer Herkunft (vgl. Gabriel et al. 1995: 18).

Table 3: Stichprobenzusammensetzung nach ethnischer Herkunft; telefonische und postalische (grau unterlegt) Befragung im Vergleich

	Stichprobenumfang		Frauenanteil		Altersdurchschnitt		Interviewsprache deutsch	
deutsch	2.397 54,6 %	2.755 72,8 %	886 37,0 %	800 29,0 %	42,8 Jahre	45,7 Jahre	100,0 %	99,9 %
griechisch	640 14,6 %	204 5,4 %	127 19,8 %	30 14,7 %	37,7 Jahre	40,6 Jahre	20,8 %	46,1 %
italienisch	903 20,6 %	379 10,0 %	91 10,1 %	35 9,2 %	38,3 Jahre	43,4 Jahre	12,9 %	46,4 %
türkisch	453 10,3 %	151 4,0 %	64 14,1 %	23 15,2 %	35,0 Jahre	36,8 Jahre	28,0 %	46,4 %
Gesamt	4.393 100,0 %	3.489 100,0 %	1.168 26,6 %	888 23,5 %	40,3 Jahre	44,8 Jahre		

In der postalischen Befragung konnte ein größerer Anteil von Gastronomen ausländischer Herkunft befragt werden (vgl. Tab. 3). Der Frauenanteil liegt geringfügig unter dem der telefonischen Befragung, die postalisch Befragten sind durchschnittlich älter als die telefonisch Befragten. In der postalischen Befragung wählten - bezogen auf die Befragten nicht-deutscher Herkunft - mehr Personen die deutsche Version als in der telefonischen Befragung. Die weiter unten vorzustellenden inhaltlichen Befunde werden sich auf die Dimensionen Herkunftsethnie, Branche und Ortsgrößenklasse konzentrieren. Im folgenden soll deshalb die Zusammensetzung der Stichproben entlang dieser Dimensionen vorgestellt werden (vgl. Tab. 4).

Table 4: Branchen nach ethnischer Herkunft; telefonische und postalische (grau unterlegt) Befragung im Vergleich (Selbsteinstufung der Betreiber/innen)

	ethnische Herkunft der Befragten								Gesamt	
	deutsch		griechisch		italienisch		türkisch			
Branche:										
Restaurant/ Gaststätte	1655 69,1%	1873 71,8%	457 71,4%	135 66,5%	678 75,1%	238 66,1%	184 40,6%	54 37,2%	2974 67,7%	2300 69,4%
Café, Bistro	352 14,7%	298 11,4%	25 4,0%	6 3,0%	63 7,0%	9 2,5%	83 18,3%	9 6,2%	523 11,9%	322 9,7%
Eiscafé	38 1,6%	51 2,0%	3 0,5%	1 0,5%	115 12,7%	87 24,2%	1 0,2%	0	157 3,6%	139 4,2%
Imbiß	169 7,1%	185 7,1%	143 22,3%	57 28,1%	39 4,3%	24 6,7%	180 39,7%	81 55,9%	531 12,1%	347 10,5%
Bar	84 3,5%	43 1,7%	10 1,6%	0	6 0,7%	0	2 0,4%	0	102 2,3%	43 1,3%
sonstige	99 4,1%	158 6,1%	2 0,3%	4 2,0%	2 0,2%	2 0,6%	3 0,7%	1 0,7%	106 2,4%	165 4,9%
Gesamt	2397 100%	2608 100%	640 100%	203 100%	903 100%	360 100%	453 100%	145 100%	4393 100%	3316* 100%

* Berücksichtigt sind nur Einfachnennungen (vgl. Text).

Tabelle 4 zeigt die Zusammensetzung der beiden befragten Stichproben nach Branchenarten. Insgesamt ist die Zusammensetzung nach Betriebsarten der telefonisch befragten Stichprobe ähnlich der postalisch befragten Stichprobe. Zusätzliche Angaben in den Fragebögen dokumentieren, daß insgesamt 112 der postalisch befragten Betriebe über zusätzliche Innen- bzw. Außenplätze (Saal, Biergarten u.ä.) verfügen, 56 Betriebe existieren im Kombination mit Hotel- oder Pensionsbetrieb. Für die ausländischen Betriebe gilt, daß die Zusammensetzung der postalischen Stichprobe erwartungskonformer zusammengesetzt ist: ein größerer Anteil italienischer Eiscafés sowie griechischer und türkischer Imbisse konnte befragt werden. Weiter sind in den Betrieben der postalisch befragten Stichprobe tendenziell mehr Personen beschäftigt.

Tabelle 5: Verteilung der Befragten auf Ortsgrößenklassen, telefonische und postalische (grau unterlegt) Befragung im Vergleich (telefonisch basierend auf Vorwahl; postalisch basierend auf Selbsteinstufung der Befragten, Zuweisung zu Ost- und Westdeutschland nach PLZ)

Ortsgröße	ethnische Herkunft der Befragten											
	italienisch		türkisch		griechisch		ausl. insg.	deutsch (West)		deutsch (Ost)		deutsch insg.
1 bis unter 20.000	258	110	128	46	197	78	234	623	732	379	260	1505
	28,6	31,5	28,3	38,0	30,8	40,8	35,4	35,7	53,2	58,1	67,5	56,9
20.000 bis unter 50.000	139	62	92	19	110	32	113	232	217	110	58	391
	15,4	17,8	20,3	15,7	17,2	16,8	17,1	13,3	15,8	16,9	15,1	14,8
50.000 bis unter 100.000	102	46	53	12	114	23	81	233	118	51	26	212
	11,3	13,2	11,7	9,9	17,8	12,0	12,3	13,4	8,6	7,8	6,8	8,0
100.000 bis unter 500.000	169	76	85	35	134	27	138	354	174	97	34	309
	18,7	21,8	18,8	28,9	20,9	14,1	20,9	20,3	12,6	14,9	8,8	11,7
500.000 und mehr	235	55	95	9	85	31	95	303	135	15	7	228
	26,0	15,8	21,0	7,4	13,3	16,2	14,4	17,4	9,8	2,3	1,8	8,6
Gesamt	903	349	453	121	640	191	661	1745	1376	652	385	2645
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Anmerkung: Mit Vorsicht sollte bei der *telefonischen* Befragung die Zelle „Deutsche-Ost 500.000 und mehr Einwohner“ mit einem n von lediglich 15 interpretiert werden (Berlin zählt in unserer Untersuchung zu Deutschland-West)⁵. Bei der *postalischen* Befragung können aufgrund der niedrigen Zellenbesetzungen in den größeren Städten die inhaltlichen Befunde nur zusammengefaßt - für die Gruppe der Deutschen und der Nicht-Deutschen - berichtet werden.

Die Bestimmung der *regionalen Herkunft* der Befragten ist für die telefonischen Interviews unproblematisch, da hier die Vorwahlnummern (sowohl der komplett durchgeführten als auch der verweigerten bzw. abgebrochenen Interviews) in jedem Fall vorliegen und schon während der Erhebungsphase zur Steuerung der Stichprobenszusammensetzung benutzt werden konnten. So wurde die in der telefonischen Befragung erfaßte Nettostichprobe *deutscher Befragter der Alten Bundesländer* nach den Vorwahlgebieten und den zwanzig größten Orten stratifiziert. Da sich die ausländischen Betriebe überwiegend in größeren Städten befinden, wurden - zwecks Vergleichbarkeit - für die deutschen Befragten in den Städten über 50.000 Einwohnern überproportional viele telefonische Interviews durchgeführt. Weiter wurden überpropor-

⁵ Aus diesem Grund ist in den nachfolgenden Abbildungen über dem entsprechenden Balken der Prozentwert in Klammern gesetzt.

tional viele Personen in den neuen Bundesländern befragt, um die vorgegebene Stichprobengröße zu erreichen. Demgegenüber kann die Zuordnung der Fragebögen der schriftlichen Befragung nur schwer rekonstruiert werden, vor allem über den Poststempel des Rückantwortkuverts. Dieser war in 71,8% der Fälle vorhanden bzw. lesbar. Offen ist, inwieweit die Befragten die Post in unmittelbarer Geschäftsnähe eingeworfen haben. Die Zuordnung zu den Ortsgrößenklassen erfolgte von daher nach den (häufiger vorhandenen) Nennungen der Befragten zur Größe der Gemeinde, in der Ihr Betrieb liegt. Die Zuweisung der Befragten zu den alten bzw. neuen Bundesländern mußte jedoch weiterhin über den (in geringerem Maße vorhandenen) Poststempel erfolgen. Aus diesem Grunde ist die Gesamtzahl der Deutschen deutlich höher als die Summe der Deutschen-West und Deutschen-Ost (vgl. Tab. 5).

Bei den befragten Geschäftsleuten handelt es sich offenbar um eine besonders stark von kriminellen Opfererfahrungen betroffene Gruppe der Bevölkerung. Ein erster Vergleich mit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage des KFN aus dem Jahre 1992 (vgl. Wetzels et al. 1995) zeigt für ausgewählte Delikte und für vergleichbare Zeiträume eine deutlich höhere Belastung der befragten Geschäftsleute (vgl. Tab. 6). Wir haben für den Vergleich die *telefonische* Befragung herangezogen, weil sie als Befragungsmodus der bei der Repräsentativbefragung verwandten Methode des *persönlich-mündlichen* Interviews am nächsten kommt. Die Vergleichsgruppen beschränken sich zudem auf deutsche Befragte in den alten Bundesländern, da der Anteil an ausländischen Befragten in der Repräsentativstudie gemäß ihrem Anteil an der Bevölkerung recht klein war. Diese Kennzahlen charakterisieren zunächst unsere Stichproben als besonders stark von Kriminalität betroffene Gruppe - inwieweit die befragten Personen und die präsentierten Zahlen jedoch für die spezielle Bevölkerungsgruppe der Geschäftsleute generell als repräsentativ anzusehen sind, darüber soll das folgende Kapitel Aufschluß geben.

Tabelle 6: Viktimisierungsraten Geschäftsleute-Survey (telefonische Befragung) im Vergleich zur repräsentativen Opferbefragung von 1992, alte Bundesländer, nur Deutsche, Angaben zur Prävalenz (Anzahl Opfer je 1000 Befragte)

	2-Jahreszeitraum		5-Jahreszeitraum	
	repräsentative Opferbefragung (N=8667)	Geschäftsleute- Befragung (N=1745)	repräsentative Opferbefragung (N=8667)	Geschäftsleute- Befragung (N=1745)
	1990/1991	1990/1991	1987 - 1991	1991 - 1995
Raub	17,8	22,1	43,0	98,5
Einbruch	39,1	142,9	111,9	407,2
gef. Körperverletzung	8,2	21,4	16,3	73,2

5 Zur Frage der Repräsentativität

Der *absolut gesehen* unbefriedigende Rücklauf läßt uns fragen, wie *repräsentativ* die uns antwortenden Personen/ Betriebe für die Grundgesamtheit sind. Die Grundgesamtheit, unsere *angezielte Population*, sind alle gastronomischen Betriebe in den von uns berücksichtigten Gebieten. Was meint *Repräsentativität* in unserem Kontext? Zunächst können wir nicht von einer globalen Repräsentativität ausgehen, hierfür ist der Rücklauf zu gering (die von uns ermittelten Größenverhältnisse, z.B. bezogen auf Opferraten, könnten bei den nicht-antwortenden Betrieben völlig anders verteilt sein). Wie setzen sich jedoch die befragten Stichproben zusammen? Kommen sie der Struktur der Grundgesamtheit nahe? Für unsere Umfrage, die sich - wie oben dargestellt - unvermittelt auf die Bundesebene transformiert sah, ergab sich im Vergleich zu den erwähnten Bevölkerungsumfragen eine besondere Problematik: Es gibt nur sehr wenige Variablen, die auf der Bundesebene für Gastronomiebetriebe überhaupt (und zudem aktuell erhoben) verfügbar sind (z.B. in Form der jüngsten „Handels- und Gaststättenzählung 1993“) - weiterhin: es gibt für nach *Nationalität des Betreibers* "sortierte" Gastronomiebetriebe weder auf Bundes- noch auf anderer Ebene systematische Auswertungen bzw. offizielle Statistiken. Wir können also selbst diese basale Strukturähnlichkeit nicht überprüfen. Was uns bleibt, ist allenfalls die Strukturähnlichkeit anhand/auf Basis der Eintragungen in den Gelben Seiten (Wer von diesen hat verweigert? ... wurde nicht erreicht? ... hat das Interview abgebrochen?). Aber auch schon die Gelben Seiten als Auswahlgesamtheit können sich unterscheiden von der Grundgesamtheit aller Betriebe.

Die *Befragungspopulation* ist - zwangsläufig aufgrund des von uns gewählten Weges der Adressenbeschaffung - maximal die in den Gelben Seiten vertretenen Betriebe. Wer aber kommt in den Gelben Seiten *nicht* vor? Gibt es eine *systematische* Abweichung? Fehlen beispielsweise die *neuen*, für Erpressungen unter Umständen besonders anfälligen Betriebe; oder aber fehlt das „Rotlichtmilieu“, fehlen die Eckkneipen, die türkischen Teestuben, die Imbisse (weil diese Betriebe kein Interesse haben an dieser Art von Werbung: man ist bekannt „im Viertel“, man versteht sich als inner-ethnische Einrichtung - *braucht* oder *will* diese Art von Werbung nicht)? All dies sind Fragen, die es in einem *ersten Schritt* zu beantworten gilt, *bevor* wir beginnen, unser tatsächliches Befragungs-Sample (also die Personen/Betriebe, die uns geantwortet haben) mit der Grundgesamtheit zu vergleichen.

Wir haben diese Fragen in Rahmen von umfangreichen Validierungsbemühungen im Laufe des Jahres 1996 untersucht. Für diese Analysen haben wir die Kontaktprotokolle der telefonischen Interviews von EMNID, die Datensätze verschiedener großstädtischer Ordnungsämter (Leipzig, Dresden, München und Frankfurt/Main) und für München zudem die Gefährdungseinschätzungen bzgl. Schutzgelderpressungen durch polizeiliche Experten hinzugezogen. Zusammengefaßt sind wir zu folgenden Resultaten gekommen (zu Details vgl. Gabriel et al. 1996: 11ff, 49ff):

- Die beiden befragten Stichproben (postalisch vs. telefonisch) sind sich *strukturell ähnlich*. Der unterschiedliche Rücklauf hat nicht zu einer stark unterschiedlichen Zusammensetzung der beiden Stichproben geführt (vgl. oben). Die *Bewertungen* der telefonischen Interviews durch die Interviewer lassen die Angaben der Befragten insgesamt als zuverlässig und glaubwürdig erscheinen (dies gilt auch für die Angaben zu den *berichteten* Fällen von Schutzgelderpressung).
- *Die befragten Stichproben bilden die Bruttostichproben aus den Gelben Seiten in ihrer strukturellen Zusammensetzung in zufriedenstellendem Maße ab*. Diese Aussage basiert auf der Überprüfung der Branchenzusammensetzung, der Verteilung auf Ortsgrößenklassen und auf Stadt-Strukturtypen. Leichte bis mittlere Abweichungen finden sich in den Großstädten, den Innenstädten und bei den Bars. Verantwortlich hierfür ist eine übergroße Zahl

von *nicht erreichten* Betrieben. Der Anteil der als *gefährdet* eingestuften Betriebe ist in den befragten Stichproben und den Gelben Seiten identisch.

- *Die Gelben Seiten jedoch repräsentieren die Grundgesamtheiten nur unzureichend.* Zum *einen* sind die Gelben Seiten in den Neuen Bundesländern noch kein etabliertes und stabiles Werbemedium; zum *zweiten* sind junge, kleingastronomische und türkische Betriebe in den Gelben Seiten deutlich unterrepräsentiert, zum *dritten* hat das von uns verwandte Verfahren der ethnischen Vorkodierung dazu geführt, daß eine Reihe von ausländischen Betrieben nicht erfaßt wurde; zum *vierten* stimmt der Anteil von als gefährdet eingestuften Betrieben in den Gelben Seiten und in der Grundgesamtheit zwar überein, unter den als besonders gefährdet eingestuften Betrieben sind jedoch solche überrepräsentiert, die gerade in den Gelben Seiten schwächer vertreten sind: unter Umständen haben wir somit eine Gruppe von spezifisch gefährdeten Betrieben nicht erfassen können (erst vor kurzer Zeit eröffnet, kleingastronomisch, türkische Betreiber).

Zusammenfassend können unsere Stichproben - belastet mit einer geringen Ausschöpfung und überprüfbar nur für eine beschränkte Zahl von Variablen - allenfalls im Vergleich zu den in den Gelben Seiten vertretenen gastronomischen Betrieben als ähnlich strukturiert bezeichnet werden. Diese Einschränkung muß bei den im folgenden vorgetragenen Analysen mitbedacht werden. *Die vorzutragenden Befunde sind keine repräsentativ zu nennenden Werte, sie sind Kennwerte der Stichproben, die unter den oben beschriebenen Rahmenbedingungen zustandegekommen sind. Die Befunde bleiben damit letztlich deskriptiv und erlauben per se keine Schlüsse auf die Grundgesamtheit.* Wichtig bei der Interpretation der im weiteren zu präsentierenden Befunde ist jedoch nicht der *Nennwert der präsentierten Prozentanteile oder Mittelwerte.* Entscheidend sind Befundmuster wie Rangplätze und Größenverhältnisse. Finden sich ähnliche Rangreihen in beiden Datensätzen (etwa bei von Korruption betroffenen Behörden), lassen sich dieselben Größenverhältnisse sowohl durch die telefonische als auch durch die postalische Erhebung ermitteln (etwa im Vergleich der Ethnien bzw. Befragtengruppen), so können wir von einem erhärteten, bis zu seiner Differenzierung oder Widerlegung einstweilen gültigen Befund sprechen. Ergeben sich Widersprüche zwischen den Erhebungsarten, so haben wir *entweder* bei der Bewertung bzw. Präsentation sehr vorsichtig zu sein *oder* aber nach Erklärungsmöglichkeiten für diese Differenzen zu suchen. Die im folgenden zu präsentierenden Befunde sind zudem eine Auswahl aus dem Fundus der Fragen. Wir haben *zentrale Fragen* ausgewählt, von denen wir denken, daß sie eine breitere Öffentlichkeit interessieren dürften.

6 Erste *deskriptive* Befunde aus der telefonischen und postalischen Befragung⁶

Die im folgenden vorzustellenden Analysen beginnen mit deskriptiven Befunden zum Bereich *Schutzgeld* und gehen dann über zum Bereich *Korruption*. Die Analysen starten jeweils mit den direkt Viktimisierten aus der postalischen Befragung, also denjenigen Personen und Betrieben, die über eine eigene Betroffenheit zu diesen Deliktsbereichen zu berichten haben. Im weiteren werden die Befunde durch Angaben zu Stellvertretend-Viktimisierten aus der telefonischen Befragung angereichert. Stellvertreter-Viktimisierung ist eine Konstruktion aus der Viktimisierungsforschung, die im Rahmen von *nicht-anonymen Befragungen* unter anderem bei sehr sensiblen Delikten Anwendung finden kann (dies meint Delikte, welche z.B. bei einer Offenlegung schambehaftet sind, wie z.B. das Eingeständnis innerfamiliärer oder sexueller Gewalt). Will man die Verteilung und Struktur dieser Delikte erforschen, so fragt man die potentiellen Opfer *nicht* direkt nach ihren *eigenen* Opfererfahrungen (etwa im Sinne: "Sind sie selbst schon mal Opfer geworden von ... "); vielmehr eröffnet man den Befragten die Möglichkeit, über eine *andere* Person zu berichten ("Kennen Sie jemand, der schon einmal Opfer geworden ist von..."). Durch diesen Kunstgriff erhalten *tatsächliche* Opfer auch die Chance, ihre eigene Opferwerdung zu *maskieren*, indem sie diese (eigene) Erfahrung einem fiktiven anderen zuschreiben.

An dieser Stelle vermischen sich zwar für die Analyse *befragtenbezogene* und *bekanntnenbezogene* Erlebnisse (Problem 1), es besteht jedoch die Möglichkeit, diese Äußerungen als den *Erfahrungshorizont* der Befragten zu betrachten ("entweder der Befragte selbst oder einer seiner Bekannten ..."). Es besteht damit natürlich die *Möglichkeit*, daß ein und dasselbe Opfer von mehreren Personen gleichzeitig benannt wird - auch dies muß bei der Analyse beachtet werden (Problem 2). Inwieweit es uns gelingt, *ausschließlich* die Betroffenheit der Befragten selbst bzw. die tatsächlich im persönlichen Kontakt offen mitgeteilte Betroffenheit von Bekannten zu registrieren, dies muß letztlich offen bleiben. Es besteht die *Möglichkeit*, daß wir unter Umständen auch die "geglaubte", vermutete Betroffenheit eines Bekannten erfaßt haben (etwa: "Von dem weiß doch jeder, daß er schutzgelderpreßt wird - und ich kenne ihn persönlich. Zwar hat er es *mir* noch nicht persönlich gesagt, daß er erpreßt wird, aber das weiß doch jeder ..."). Wir glauben jedoch, daß durch die Frageformulierung („... kennen Sie *persönlich* ...“) zumindest ausgeschlossen werden konnte, daß solche Fälle, die *ausschließlich* auf dem massenmedialen Wege transportiert worden sind, auf den uns interessierenden „Radarschirm“ der Befragten gelangt sind (Problem 3). Die Gefahr, „Wichtigtuern“ aufzusitzen (Problem 4), haben wir durch eine Einschätzung der Interviewer zu umgehen versucht⁷.

Darüber hinaus haben wir in einem dritten Schritt die Befragten der telefonischen Befragung gebeten, eine Schätzung der Betroffenheitsraten (in ihrer Branche, in ihrer Ethnie, in ihrer Stadt) vorzunehmen, auf diesem Weg erhalten wir die wahrgenommene Viktimisierung. Diese Rate gibt eine Schätzung der Befragten wieder, wie sehr sie ihre Branche bedroht sehen.

Wir rekonstruieren die Wirklichkeit der Gastronomen mit Blick auf die beiden Deliktsbereiche Erpressung und Korruption somit auf drei verschiedenen Wegen. Zunächst die eigenen Betroffenheiten aus den schriftlichen Interviews; sodann die Fälle aus dem Bekanntenkreis, wie sie in den telefonischen Interviews berichtet wurden; zuletzt die vermutete Viktimisierung in Form der von den telefonisch Befragten geschätzten Raten. Im Kern analysieren wir damit ca. 3.500 Dunkelfeldinterviews zu eigenen Betroffenheiten sowie ca. 4.400 „Experteninterviews“ potentieller Opfer zu Betroffenheiten von persönlich bekannten Gastronomen bzw. zur Betroffenheit der gesamten Branche. Die weiter oben vorgestellten Befunde zur Repräsentativität/Strukturähnlichkeit der Stichproben lassen insbesondere die *stellvertretende* und die *wahrgenommene* Viktimisierung als empirisch valide erscheinen: Wir sind mit unseren Stichproben zumindest in die so-

⁶ Die ersten Befunde zum Zusammenhang Viktimisierung Schutzgeld/Korruption *einerseits* und Systemvertrauen *andererseits* finden sich in einer separaten Veröffentlichung (Ohlemacher/Mecklenburg 1996).

⁷ *Jedoch*: In lediglich 5% der Fälle, in denen Schutzgelderpreßte als Bekannte benannt wurden, zweifelten unsere Interviewer die Glaubwürdigkeit der Äußerungen der Befragten an.

ziale Nähe der gefährdeten Betriebe gelangt, auch wenn wir eine spezielle Gruppe von ihnen u.U. nicht haben erfassen können. Die befragten Experten dürften somit über ausreichend Informationen über tatsächlich Betroffene und damit über eine solide Grundlage für eine Schätzung der Opferraten verfügen.

6.1 Deliktbereich 1: Schutzgelderpressung

Wir haben den Bereich der klassischen Schutzgelderpressung für unsere Befragung erweitert. Die Fragen wurden eingeleitet durch die Fokussierung auf den Bereich der Erpressungen von Geld, Waren und Dienstleistungen *allgemein* (Die Einleitung lautete: „Nun zu einem weiteren Deliktsbereich - den Erpressungen von Geld, Waren oder Dienstleistungen (damit meinen wir auch Abhängigkeitsverhältnisse von kriminellen Gruppen sowie Schutzgelderpressungen oder Spendengelderpressungen“). Hierdurch haben wir zwar unter Umständen auch über den anvisierten Bereich hinausgehende Assoziationen geweckt, glauben jedoch, daß die klassische Schutzgelderpressung in Form einer "Fernbleibegebühr" sich nur unwesentlich von Erpressungen allgemeiner Art unterscheidet. Besonders wichtig war es für uns, auch solche Erpressungen zu erfassen, die sich durch wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse ergeben bzw. in denen es um die Erpressung wirtschaftlicher Vorteile geht. Der im weiteren verwendete Begriff der Schutzgelderpressung ist in diesem erweiterten Sinne zu verstehen.

- 6.1.1 *Direkte Viktimisierung:* *Wer wird erpreßt?*
Stellvertretende Viktimisierung: *Wer kennt einen Erpreßten?*

Die *postalische* Befragung sollte uns Hinweise darauf geben können, wie die tatsächlich erpreßten Betriebe und Personen über die Befragten und Ortsgrößenklassen verteilt sind. Abbildung 1 gibt einen Überblick über die Befragten, die uns in den jeweiligen Gruppen bestätigt haben, daß sie schon einmal erpreßt wurden. Wir haben dabei die Äußerungen in mehreren „Abstufungen“ dargestellt, für jede der Befragtengruppen ergeben sich hierdurch *drei* Säulen: Die linke, dunklere Säule gibt die Prozentanteile an Befragten wieder, die angaben, erpreßt worden zu sein bzw. noch erpreßt zu werden. Die mittlere Säule ist auf die Befragtenanteile reduziert, für die diese Angaben aufgrund der weiteren Angaben im Fragebogen verifiziert und in diesem Sinne „nachvollzogen“ werden konnten. Als nicht nachvollziehbar galten Fälle, in denen weitere Angaben fehlten, in denen offensichtlich berechnete Interessen bzw. legale Handlungen dritter Personen als Erpressung gedeutet wurden oder in denen die Angaben im Fragebogen offenbar willkürlich erfolgten. Die Fälle der behaupteten Erpressungen reduzierten sich damit von 203 auf 176 Fälle - der Anteil von zweifelhaften Fällen war mit ca. 15% bei Deutschen und Ausländern in etwa gleich groß. Die nachvollziehbaren Fälle verteilen sich auf 129 deutsche Befragte (22 davon aus den neuen Bundesländern) und auf 47 ausländische Befragte (davon 18 türkischer Herkunft). Die rechte, nicht ausgefüllte Säule gibt die *Schutzgelderpreßten* im engeren Sinne wieder.

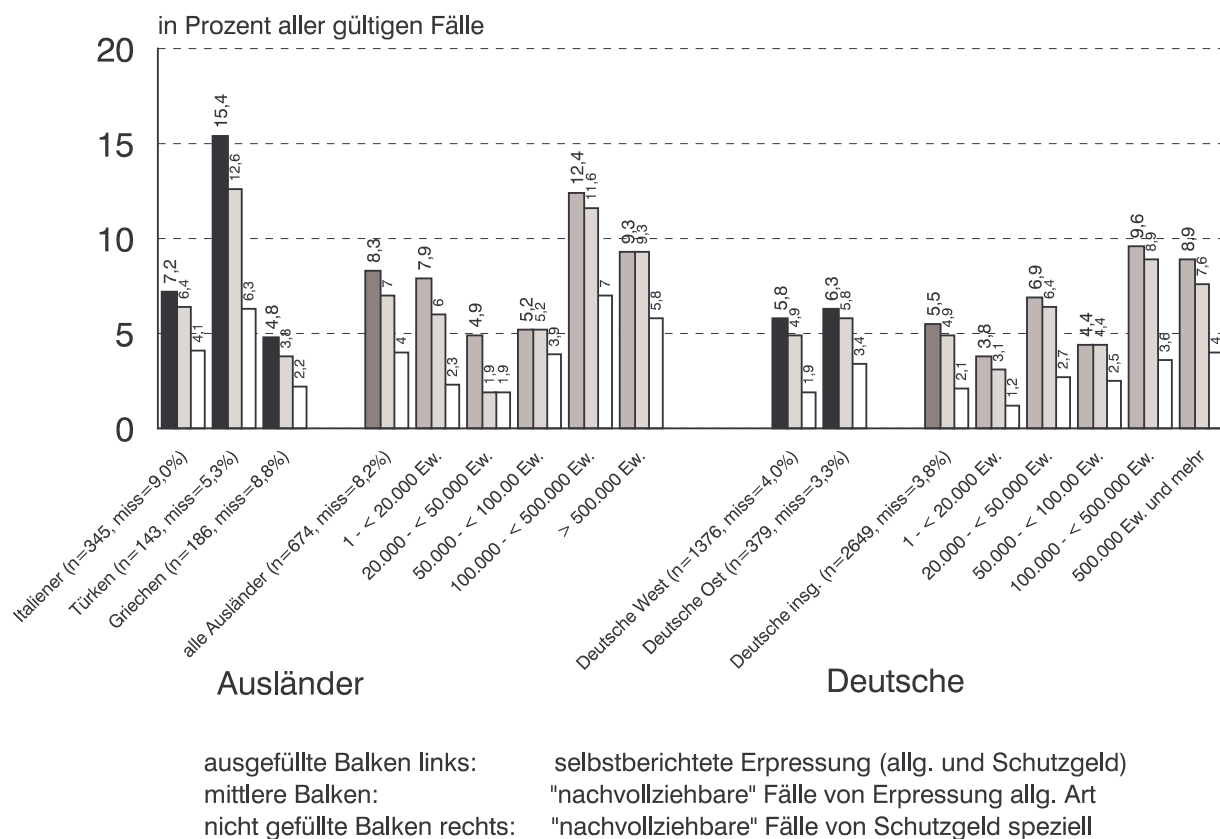


Abbildung 1: Direkte Viktimisierung Erpressung nach Befragtengruppen und Ortsgrößenklassen (postalische Befragung)

Folgende Befunde lassen sich für unsere Stichproben festhalten: (1) Der Anteil der sich als erpreßt bezeichnenden Befragten liegt bei den Gastronomen ausländischer Herkunft über dem Anteil bei den deutschen Befragten. Dies geht vor allem zurück auf den erhöhten Wert bei den türkischen Befragten. (2) Auffällig ist auch der ähnliche Verlauf der Balken bei einem Vergleich der Ortsgrößenklassen: Sowohl bei Ausländern als auch bei Deutschen sind die größten Anteile an Erpreßten in den größeren Städten zu registrieren. Unerwartet ist dabei, daß die Städte von 100.000 bis 500.000 Einwohnern bei Deutschen wie Ausländern die höchsten Werte erreichen. Während die sich als erpreßt bezeichnenden Personen jedoch bei den deutschen Befragten in den Gemeinden unter 20.000 Einwohnern den geringsten Wert aufweisen, sind die Anteile bei den Ausländern in diesen kleineren Städten und Gemeinden im Vergleich zu den Ortsgrößenklassen von 20.000 bis 100.000 Einwohnern wiederum erhöht. Dies gilt auch für die Anteile der nachvollziehbaren Fälle. (3) Der Anteil der *Schutzgelderpreßten* an den Erpreßten *insgesamt* ist insbesondere bei den Deutschen-West und bei den Türken deutlich geringer als bei den anderen Gruppen.

Inwieweit wir uns auf „dünnem Eis“ bewegen, wenn wir die gefundenen *Unterschiede* der Raten von Opferwerdung unbesehen auf die Grundgesamtheiten z.B. aller deutschen oder türkischen Gastronomen in den alten Bundesländern übertragen würden, dies soll das folgende Rechenbeispiel deutlich machen. Wir haben zu diesem Zweck die Konfidenzintervalle für ein 95%iges Signifikanzniveau für jede der befragten Gruppen berechnet (zur Anwendung der Inferenzstatistik auf Opferbefragungen vgl. Wetzels/Pfeiffer 1996, insb. S.389ff). Hierbei zeigt sich, daß die Vertrauensintervalle für die einzelnen Gruppen in den meisten Fällen überlappen. Lediglich die Gruppe der türkischen Befragten ist ohne Überschneidung mit den deutschen Befragten in den alten Bundesländern bzw. zu den griechischen Befragten (vgl. Tab. 7). Selbst wenn wir also

unsere Nettostichproben trotz des geringen Rücklaufs und der Lücken der Auswahlgesamtheit zur Grundgesamtheit als hinreichend generalisierungsfähige Abbilder der Grundgesamtheit ansehen *würden*, selbst dann wäre eine Verallgemeinerung der oben berichteten *Unterschiede* nur sehr eingeschränkt möglich. Umso wichtiger ist es, die von uns berichteten Anteile und Befunde nicht in direkter Art und Weise zu verallgemeinern - sie sind und bleiben zunächst Stichprobenstatistiken.

Tabelle 7: Konfidenzintervalle (95%-Niveau) der Betroffenenraten Erpressung (nachvollziehbare Fälle, postalische Befragung)

	n	Betroffenenrate (in %)	95%-Intervall
Ausländer gesamt	674	7,0	5,1 - 8,9
Italiener	345	6,4	3,8 - 9,0
Türken	143	12,6	7,2 - 18,0
Griechen	186	3,8	1,1 - 6,6
Deutsche gesamt	2649	4,9*	4,1 - 5,7
Deutsche-West	1376	4,9	3,8 - 6,0
Deutsche-Ost	379	5,8	3,5 - 8,2

* Der Wert für die Deutschen insgesamt liegt nicht „zwischen“ dem Wert für Deutsche-West und Deutsche-Ost, da für die Gesamtgruppe der Deutschen zusätzlich eine größere Anzahl von nicht zuordnenbaren Gastronomen deutscher Herkunft vorlag (vgl. oben).

Untersuchen wir - dies bedenkend - unseren Datensatz auf besondere Merkmale der von Erpressung nachvollziehbar Betroffenen, so fällt auf - differenziert man zunächst nach *Branchen* gemäß Selbstbezeichnung der Befragten -, daß bei einem Mittelwert von 5,3% (über alle Branchen hinweg) die Bars mit 13% (9 von 69 Betrieben) und die „Kneipen“ mit 11,8% (9 von 76) besonders stark erhöhte Anteile an Betroffenen aufweisen. Untergliedert man die Branchen ethnien-spezifisch, gelangt man sehr rasch zu einer noch kleineren Zahl von Betrieben als Prozentuierungs-basis. Mitteilenswert bleibt jedoch, daß die türkischen „Gaststätten/ Restaurants“ zu 21,1% von Erpressungen berichten (12/57). Analysen zur Beschäftigtenzahl, zum Preisniveau und zum Geschäftsbeginn ergeben für den gesamten Datensatz sowie für die einzelnen Befragtengruppen keine Differenzen zwischen Betroffenen und Nicht-Betroffenen. Lediglich die Betriebe in den Kernbereichen der Städte sind lt. Angaben der Befragten mit 8,1% (68/842) überdurchschnittlich betroffen, ähnliches gilt für die sich als „sehr gut gehend“ einschätzenden Betriebe mit einem Betroffenenanteil von 9,9% (14/141). Weiter ausdifferenziert bekennen sich jedoch unter den *türkischen* Betrieben die „eher schlecht“ bzw. „sehr schlecht gehenden“ als besonders betroffen (21,9%, 7/32). Ebensoles gilt für die türkischen Betriebe mit vier und mehr Beschäftigten (17,3%, 9/43); schwache Tendenzen zu einer größeren Zahl von Betroffenen zeigen sich auch bei den Betrieben mit mehr als vier Beschäftigten, deren Inhaber oder Geschäftsführer Italiener sind oder die als Deutsche in den neuen Bundesländern ihren Betrieb unterhalten.

Im nächsten Schritt haben wir den prozentualen Anteil der Stellvertretend-Viktimisierten aus den telefonischen Interviews in den jeweiligen *ethnischen* Gruppen und Ortsgrößenklassen ermittelt. Abbildung 2 zeigt, daß wir in allen ethnischen Gruppen einen Anteil zwischen 15 und 20% fin-

den, die einen oder mehrere Schutzgelderpreße kennen - lediglich bei den Türken ist ein deutlich erhöhter Anteil von ca. 28% festzustellen⁸. Ein direkter Vergleich (etwa: "Türken werden eher Opfer als ...") *verbietet* sich bei der Stellvertreter-Viktimisierung - neben den bereits erwähnten Repräsentativitätsvorbehalten und der Mehrfachnennung einzelner Betroffener - aus zwei weiteren Gründen:

Erstens kann dieser hohe Wert bei den Türken eine Folge der höheren *sozialen Verdichtung* und des damit verbundenen stärkeren Informationsaustauschs unter den türkischen Gastronomen sein. So gaben die türkischen Befragten zu einem deutlich höheren Prozentsatz an, daß sie sich regel- oder unregelmäßig mit anderen Gastronomen (vornehmlich aus ihrer eigenen Ethnie) treffen.

Zweitens zeigt eine Analyse der Nationalität der „gekannten“ Personen, daß lediglich 75% aller von Türken benannten Schutzgelderpreßten (314 von 415 Fällen, die wiederum von 120 türkischen Befragten benannt wurden) tatsächlich auch *selbst* Türken sind - d.h. 25% der von Türken benannten Erpreßten haben eine andere Nationalität. Bei den *Italienern* liegt der Wert für benannte *italienische* Gastronomen bei 80% (477 von 588); bei den Griechen und Deutschen liegen jeweils die Personen *eigener* Nationalität und die gekannten *Italiener* in ihren Prozentwerten gleich auf (jeweils zwischen 30 und 35% - deutsche Gastronomen in West-Deutschland kennen z.B. mehr erpreßte Italiener als Deutsche: 266 vs. 254).

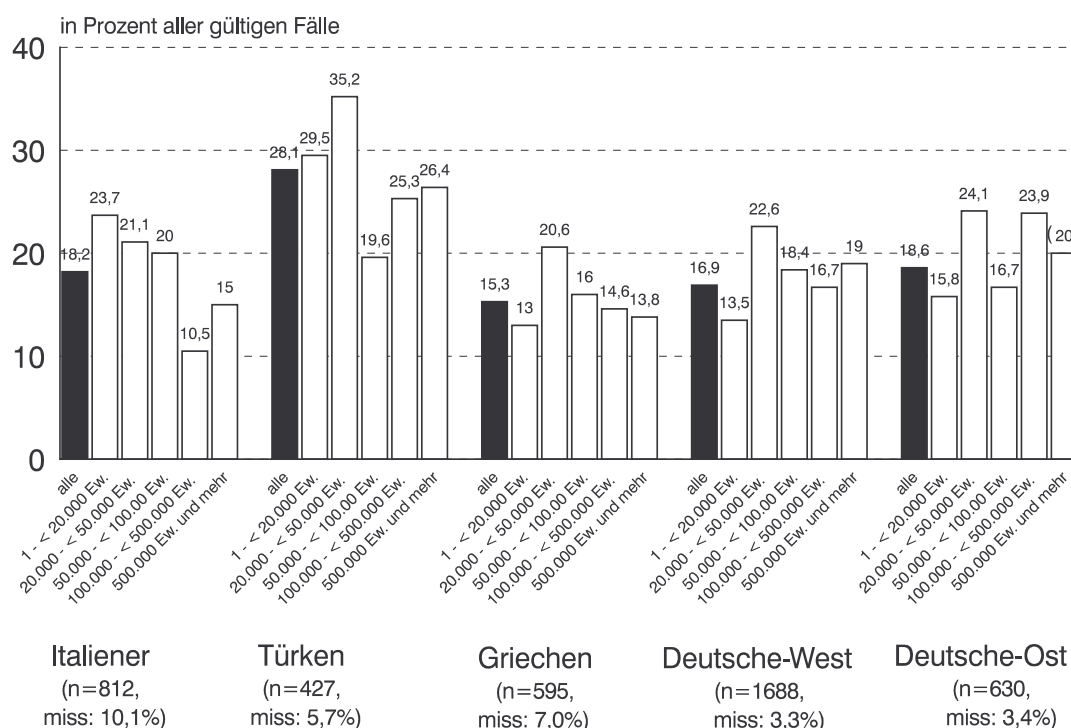


Abbildung 2: Stellvertretende Viktimisierung Erpressung nach Befragtengruppen und Ortsgrößenklassen (telefonische Befragung)

Wider alle Erwartung ist der Befund, wenn man die Aufgliederung nach Ortsgrößenklassen betrachtet: Hier sind es nicht die Städte, die mit besonders hohen Werten hervortreten; vielmehr

⁸ All diese Prozentwerte beziehen sich auf die Gesamtheit der *gültigen Werte*. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß bei den italienischen Befragten ein besonders *hoher* Anteil fehlender Werte („missings“) von rd. 10% zu beobachten war - alle anderen Befragtengruppen lagen niedriger (vgl. Abb. 2: miss).

kann man ein beinahe zufällige Abweichung von dem Mittelwert der jeweiligen Befragtengruppe feststellen - mit dem überraschend höchsten Wert in der Ortsgrößenklasse 20.000-50.000 Einwohner. Dieser Befund des *höchsten* Wertes in der *zweitkleinsten* Größenklasse tritt (a) bei beinahe allen Befragtengruppen auf (mit Ausnahme der italienischen Befragten) und ist (b) nicht durch eine höhere soziale Dichte in dieser Größenklasse erklärbar.⁹ In unserer Stichprobe sind es nicht die Städte, in denen anteilmäßig die meisten Personen leben, die Erpreßte kennen: auch zur *Lebenswelt der Landbewohner* gehört es, schutzgelderpreßte Personen zu kennen. An dieser Stelle muß eingeräumt werden, daß eine gekannte Person wiederum in einer Stadt leben kann - nach dem *Standort* des erpreßten Lokals zu fragen (Wohnort des Befragten = Ort des Lokals des erpreßten Bekannten?), dies zu tun, haben wir leider bei der Konzeptionierung unserer Untersuchung nicht berücksichtigt.

Uns interessierte im weiteren, ob sich die Befragten, die einen Schutzgelderpreßten kennen, in irgendeiner Art und Weise von denjenigen Befragten unterscheiden, die keine Schutzgelderpreßten kennen. Wir haben unter dieser Fragestellung alle in Frage kommenden sozialstrukturellen Variablen (Geschäftsdauer, Branche, Lage - Innenstadt bis ländlicher Raum -, teure vs. „billige“ Lokale, Prosperität etc.) überprüft: Keine dieser Variablen hat jedoch eine deutlich zu nennende Auffälligkeit bzw. Differenz aufgezeigt. Lediglich zwei Variablen unterschieden sich in ihren Ausprägungen für die beiden Gruppen. Zum *einen* war dies die Variable des „(un-)regelmäßigen Treffens mit anderen Gastronomen“ - hier gaben die Stellvertretend-Viktimisierten erheblich häufiger an, mit anderen Gastronomen regelmäßig zusammenzukommen (36% vs. 23%, vgl. oben zu einem ähnlichen Befund).

Zum *anderen* haben wir uns die Viktimisierungsraten für die beiden Gruppen (Stellvertreter-Viktimisierte Schutzgeld vs. *Nicht*-Stellvertreter-Viktimisierte Schutzgeld) auf eine mögliche Differenz hin angesehen: Sind also solche Befragte, die Schutzgelderpreßte kennen, eventuell auch häufiger mit anderer, „normaler“ Kriminalität konfrontiert? Kennen Sie auch zu einem größeren Prozentsatz Personen, die mit Korruption zu tun haben? In der Tat, so das Ergebnis dieser Berechnungen, *Stellvertretend-Viktimisierte* im Bereich *Schutzgeld* berichten häufiger über *direkte*, selbst erfahrene Viktimisierung durch *allgemeine* Kriminalität, ein größerer Teil von ihnen kennt auch von Korruption Betroffene - immer im Vergleich zu *Nicht*-Stellvertreter-Viktimisierten im Bereich Schutzgeld. Tabelle 8 zeigt die unterschiedlichen Raten. Besonders auffällig ist die Differenz bei den Raten der Stellvertreter-Viktimisierung Korruption: etwa die Hälfte derjenigen, die einen Schutzgelderpreßten kennen, kennen (mindestens) einen anderen Gastronomen, der es mit Korruption zu tun hat(te) - bei der Vergleichsgruppe ist es nur jeder achte Befragte¹⁰. Weiterhin ist bemerkenswert, daß die höheren Viktimisierungsraten nicht nur für den *geschäftlichen* Bereich gelten, sondern auch für den Anteil an Personen, die *ausschließlich* im privaten Bereich zu Opfern der abgefragten Delikte geworden sind.

⁹ Dagegen sprechen die sich *nicht* signifikant zwischen den Größenklassen unterscheidenden Befunde zur Kommunikation unter den Gastronomen.

¹⁰ Trotzdem darf nicht davon ausgegangen werden, daß wir bei den Stellvertretend-Viktimisierten ausschließlich „Aufschneidern“ oder „Wichtigtuern“ aufgesessen sind - hierfür ist die Rate der Doppelt-Stellvertretend-Viktimisierten wiederum zu gering: von allen, die über Schutzgelderpreßte oder von Korruption Betroffene in ihrem Bekanntenkreis berichten, ist es nur ein *Drittel*, das „sowohl als auch“ (also über Schutzgelderpressung und Korruption) berichtet. Weiterhin spricht die oben berichtete hohe Glaubwürdigkeit der Befragten *gegen* eine solche Vermutung (vgl. FN 7).

Tabelle 8: Stellvertretende Viktimisierung Erpressung und direkte Viktimisierung allgemeine Kriminalität, Lebenszeitprävalenz (telefonische Befragung), in Prozent

<i>direkte, selbst erfahrene</i> Viktimisierung		<i>stellvertretende</i> Viktimisierung Erpressung	
		nein (n _{max} =3390)	ja (n _{max} =762)
Raub	geschäftlich:	10,2	19,9
	nur privat:	2,7	4,8
Einbruch	geschäftlich:	43,3	51,8
	nur privat:	4,9	7,3
Kfz-Diebstahl	geschäftlich:	4,2	8,6
	nur privat:	6,1	9,2
Diebstahl (über 500 DM)	geschäftlich:	13,2	23,0
	nur privat:	8,4	11,9
schwere Körperverletzung	geschäftlich:	5,6	12,3
	nur privat:	2,5	5,8
einfache Körperverletzung	geschäftlich:	7,6	14,9
	nur privat:	4,7	8,6
Sachbeschädigung (über 500 DM)	geschäftlich:	20,8	32,6
	nur privat:	5,9	8,0
Korruption (indirekte Vikt.)		12,5	50,6

6.1.2 *Wahrgenommene Viktimisierung: Wer schätzt die Zahl der Erpreßten wie hoch? Welche Art von Erpressung dominiert?*

Eine Möglichkeit, die mangelnde Eindeutigkeit der oben dargestellten Stellvertreter-Viktimisierung mit Blick auf die Nationalität/Ethnie der gekannten Personen zum Teil aufzulösen, ist die Frage nach der Einschätzung, wie viele der Kollegen (a) der jeweils eigenen *Ethnie*, (b) in der gleichen *Branche und* (c) in derselben *Stadt/Gemeinde* denn nach Meinung der Befragten von Erpressungen betroffen sind. Im nächsten Schritt wollen wir deshalb die *wahrgenommene* Viktimisierung vorstellen. Die Frageformulierung war: "Was schätzen Sie: Wieviel Prozent der (deutschen, italienischen, türkischen, griechischen) Gastronomiebetriebe in Ihrer Stadt waren bzw. sind von solchen Erpressungen betroffen?". Vergleicht man die Darstellung in Abbildung 3 mit dem Muster der ersten Abbildung, so läßt sich dreierlei festhalten.

Zum *ersten* haben wir insgesamt viel weniger gültige Werte zur Auswertung zur Verfügung - die sogenannten *missings* (hier: „keine Angaben“ und „weiß nicht“) liegen je nach Befragten-Gruppe zwischen 40 und 60%. Viele, manchmal sogar die *Mehrheit* der Befragten trauen sich keine Schätzung zu bzw. wollen keine Angaben zu dieser Frage machen.

Zum *zweiten* liegen die Durchschnittswerte für die geschätzten Viktimisierungsraten deutlich *unter* den Anteilen der Stellvertreter-Viktimisierung (besonders deutlich wird dies bei den griechischen Gastronomen, nicht jedoch bei den türkischen Befragten). Diese Verringerung läßt sich für einige Gruppen durch die unterschiedliche Nationalität der ihnen bekannten Schutzgeld-erpreßten erklären - Stellvertreter-Viktimisierung wurde zunächst unabhängig von der Herkunft erfragt, die Frage nach der wahrgenommenen Viktimisierung jedoch fokussiert auf die eigene Ethnie.

Zum *dritten* läßt sich hier ein leichter Effekt in Richtung einer *höheren* wahrgenommenen Viktimisierung bei *steigender* Einwohnerzahl feststellen: so haben bei fast allen Befragten Gruppen die Städte über 500.000 Einwohner die höchsten Werte. Die *höchsten* Werte liegen für Deutsche in den neuen Bundesländern und für türkische Befragte bei jeweils ca. 30% - die Schätzungen unserer „Experten“ liegen damit weit unter den von journalistischen und polizeilichen Beobachtern vermuteten Raten (vgl. Ohlemacher/ Mecklenburg 1996:119ff).

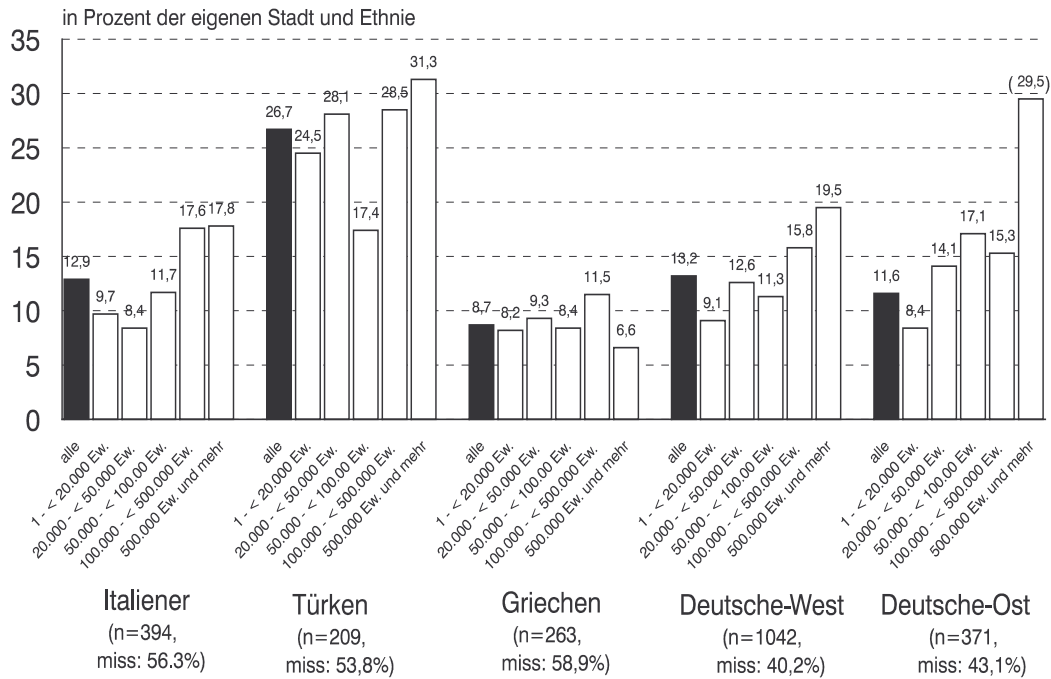


Abbildung 3: Wahrgenommene Viktimisierung Erpressung nach Befragten Gruppen und Ortsgrößenklassen (telefonische Befragung)

Naheliegender ist nun die Annahme, daß die wahrgenommene Viktimisierung stark von einem persönlichen Kennen von Erpreßten abhängen könnte. Die Vermutung wäre, daß Personen, die einen oder mehrere Erpreßte *kennen*, auch *höhere* Einschätzungen des prozentualen Anteils von Erpreßten vornehmen. Diese Vermutung bestätigt sich empirisch jedoch nur in beschränktem Maße: Abbildung 4 zeigt bei den Personen mit Stellvertreter-Viktimisierung lediglich eine moderate Verschiebung der Einschätzung "nach oben"- aber auch hier sind es nur ca. 10% (gegenüber 2,5% bei den "Nicht-Kennenden"), die mehr als 50% an Opferrate vermuten. Es gibt somit durchaus eine Reihe von Personen, die *ohne* persönliche Kenntnis die Betroffenenrate *hoch* schätzt, aber eben auch *vice versa*: eher *viele* Personen *mit* Kenntnis aus ihrem Bekanntenkreis halten die Rate trotzdem für relativ *niedrig* (vgl. Abbildung 4).

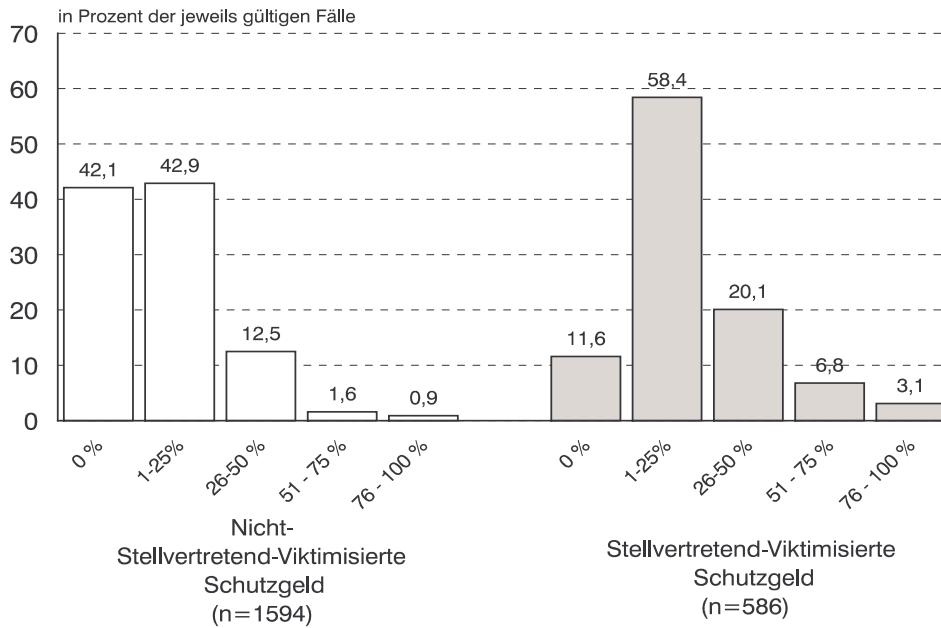


Abbildung 4: Stellvertretende und wahrgenommene Viktimisierung (alle Befragten der telefonischen Befragung zusammengefaßt)

Wir haben als Folge unserer Vorrecherchen zwischen verschiedenen Modellen der Erpressung unterschieden - und diese den Befragten verbunden mit der Frage vorgestellt, welches denn das *vorherrschende* Modell in ihrem Umfeld sei. Zum einen haben wir den Befragten eine Art *klassisches Modell* der Schutzgelderpressung angeboten (Modell A), davon unterschieden haben wir das sogenannte *Abhängigkeitsmodell* (Modell B). Die Formulierungen im Interview waren wie folgt:

Modell A:

Fremde Erpresser drohen mit Gewalt und kassieren Geld dafür, daß sie diese Gewalt nicht anwenden. Der Gastwirt zahlt, ansonsten haben Gastronom und Erpresser nichts miteinander zu tun.

Modell B:

Der Gastronom ist vom Erpresser wirtschaftlich abhängig. Er wird mehr und mehr in seiner Handlungsfreiheit eingeschränkt und hat sich mit der Erpressung arrangiert. Er muß - um wirtschaftlich überleben zu können - selber illegal handeln.“

Gefragt wurde nach dem *nach Meinung der Befragten* dominanten Modell für Gastronomiebetreiber innerhalb der Ethnie und Stadt der Befragten. Unterscheidet man in *Nicht-Stellvertretend-* und *Stellvertretend-Viktimisierte* (vgl. Tabelle 9), so fällt auf, daß bei *beiden* Gruppen das klassische Modell als höchster Wert (im Vergleich der beiden "reinen" Modelle) vorkommt (32 bzw. 34%); bei den Personen mit persönlicher Kenntnis ist jedoch der Anteil der Personen höher, die das *Abhängigkeitsmodell* als dominierend annehmen (21 vs. 14%). Persönliches Kennen von Erpreßten führt - so die Resultate unserer Befragung - zu einer leichten Verschiebung in Richtung des *Abhängigkeitsmodells* - weg vom *klassischen*, vielleicht auch massenmedial klischeebeladenen Modell der Schutzgelderpressung.

Tabelle 9: Vorherrschendes Modell von Erpressung in der Wahrnehmung der Befragten (telefonische Befragung)

	Stellvertreter- Viktimisierung Schutzgeld nein (n=2.989)	Stellvertreter- Viktimisierung Schutzgeld ja (n=717)
„klassisches Modell“	32,4	34,2
gemischt	35,4	41,2
„Abhängigkeitsmodell“	14,2	20,6
weder noch	18,0	4,0

6.1.3 Zum Ablauf der Erpressung:

Was wurde verlangt? - Was wurde gedroht zu tun? - Wie wurde reagiert?

Im folgenden sollen weitergehende Informationen zu den Fällen von Erpressung berichtet werden. Wir beginnen mit den telefonischen Interviews (hier liegt eine größere Zahl von Fällen vor) und gehen dann über zu den direkt Betroffenen aus der postalischen Befragung. Nach der Frage zur Zahl der ihnen bekannten Erpreßten haben wir die interviewten Gastronomen gebeten, uns über den ihrer Ansicht nach *schwerwiegendsten Fall* zu berichten. Bedauerlicherweise lassen sich die Angaben der Befragten zum schwersten Fall nicht eindeutig zu *einer* Nationalität/Ethnie des Betroffenen in Beziehung setzen. Von daher sind die folgenden Analysen - wo sie denn auf Ebene der Nationalität/Ethnie der *Befragten* erfolgen - mit Vorsicht zu interpretieren; lediglich bei den Italienern und bei den Türken sind sie als annähernd deckungsgleich mit der eigenen Ethnie anzusehen (vgl. oben zu den damit verbundenen Einschränkungen). Die Darstellung folgt dabei der Abfolge: Was wurde verlangt? Mit welcher Drohung verbunden? Wie haben die Bekannten reagiert?

Die Erpresser *verlangten* in der überwiegenden Mehrzahl der in der telefonischen Befragung berichteten Fälle "Schutzgeld" (je nach Befragtengruppe liegen die Antwortraten im Bereich zwischen 60 und 70%); alle anderen Arten von erpreßten Geldern oder Gütern (Spendengeld, Geld ohne Gegenleistung, wirtschaftliche Vorteile, Essen und Trinken, Hilfe für strafbare Handlungen, sonstiges) erweisen sich im telefonischen Interview als deutlich weniger bedeutsam (soll heißen: mit Werten von jeweils unter 20%; Mehrfachnennungen waren möglich) - lediglich die türkischen Befragten berichten zu ca. 36% von ihnen bekannten *Spendengelderpressungen*¹¹.

Die Analyse der bekennenden und zu diesem Punkt auskunftsbereiten Erpreßten aus dem *postalischen* Datensatz zeigt eine deutliche Diversifizierung: Reine Schutzgelderpressungen sinken auf unter 50% der Fälle. Die Forderung nach Geld ohne Gegenleistung wird bedeutsamer (37,3% geben dies an), aber auch die Erpressung wirtschaftlicher Vorteile (überhöhte Preise zahlen, Preisnachlaß gewähren, Personen anstellen, ungewollte Verträge abschließen, usw.) gewinnt an Bedeutung (ca. ein Drittel aller Befragten nennt mindestens eine dieser Optionen). Für diese Auffächerung könnte die Vorgabe der Kategorien im Fragebogen (die im telefonischen Interview nur den Interviewern per Bildschirm als sogenannte "Feldcodierung" zur Verfügung standen), aber auch die Chance zum "ruhigen Ausfüllen" und die *offensichtliche* Möglichkeit zur Mehr-

¹¹ An dieser Stelle muß jedoch einschränkend vermerkt werden, daß es sich bei der Dominanz des "Schutzgeld"-Typus möglicherweise um einen Methodeneffekt handelt: die Interviewer waren u.U. versucht, den die Interviewsituation bestimmenden Begriff/Stimulus "Schutzgeld" unhinterfragt in das angebotene Kategorienschema zu transferieren und sich zudem mit dieser "Einfachnennung" der Befragten zufrieden zu geben.

fachnennung eine Rolle gespielt haben. Von diesem Muster (weniger Schutzgelderpressungen, mehr Erpressung wirtschaftlicher Vorteile) weichen vor allem die türkischen und italienischen Befragten ab: Die türkischen Befragten berichten - wie bereits in der telefonischen Befragung - vermehrt von Spendengelderpressung (annähernd zu 60%: 10 von 17 gültigen Fällen). Die italienischen Befragten berichten zu zwei Dritteln von Schutzgelderpressungen (13/20). Die Deutschen in den neuen Bundesländern haben mit über 60% ebenfalls einen erhöhten Anteil von Schutzgelderpressungen (13/21). Die Deutschen-West weisen die höchsten Anteile von Erpressungen wirtschaftlicher Vorteile auf. Die Erpreßten aus der postalischen Befragung sehen oder sahen sich jeweils etwa zur Hälfte mit Einzeltätern oder mit Gruppen konfrontiert. Die türkischen Erpreßten weichen hiervon ab - sie werden oder wurden fast ausschließlich von Gruppen erpreßt (17/18). Sieben von diesen 17 Gruppen werden als „kurdisch“ bezeichnet. In den anderen Ethnien ergeben sich keine auffälligen Häufungen. In der *Hälfte* aller Erpressungsfälle waren die Erpresser den Erpreßten als Personen oder vom Sehen „bekannt“, Italiener und Türken berichten jedoch nur zu einem *Drittel* von ihnen zuvor bekannten Erpressern (7/20 bzw. 6/18).

Die Erpresser *drohten* - so die Ergebnisse der telefonischen Befragung - vor allem mit Gewalt gegen das *Geschäft* (etwa in der Hälfte aller den Befragten bekannten Fälle), ein Drittel der Befragten berichtet von Gewaltdrohungen gegen den Gastronomen *selbst* oder gegen das *Personal*, ein weiteres Viertel weiß von Drohungen gegen die *Familien* der Erpreßten, in etwa jedem zwölften bekannten Fall spielte die *wirtschaftliche Macht* des Erpressers als Drohpotential eine Rolle. In der postalischen Befragung bleibt diese Rangreihe in etwa erhalten, die Prozentwerte verschieben sich nur nach oben: so berichten beispielsweise zwei Drittel nun von Gewaltdrohungen gegen das Geschäft und über die Hälfte der Erpreßten weiß von Gewaltandrohungen gegen Inhaber oder Personal, bei einem Drittel richteten sich die Drohungen gegen die Familie und ein Viertel sah sich mit der Drohung konfrontiert, daß die Gäste belästigt würden (diese Aufzählung macht deutlich, wie stark in der postalischen Befragung von der Möglichkeit zur Mehrfachnennung Gebrauch gemacht wurde). Die Androhung von wirtschaftlicher Macht erfolgt nunmehr in etwa einem Sechstel der Fälle, in jedem zehnten Fall wurde mit der Anzeige bei der Polizei oder Meldung beim Finanzamt gedroht. Im Vergleich der verschiedenen Befragtengruppen auf Basis der postalischen Befragung ist bei Italienern und Türken von einem erhöhten Anteil von Drohungen gegen die Familien der Betreiber zu berichten: Jeweils über die Hälfte der Erpreßten können die Drohungen in dieser Kategorie einordnen (11/21 bzw. 9/17). Die deutschen Gastronomen in den neuen Bundesländern berichten zu einem hohen Prozentsatz (über 80%, 18/22) von Gewaltdrohungen gegen das Geschäft. Auffällig ist die hohe Zahl von Mehrfachnennungen bei den türkischen Befragten (durchschnittlich 2,5 Antworten). Jedoch: Nur bei einem Drittel aller Erpreßten wurden die Drohungen tatsächlich in die Tat umgesetzt.

Den geschilderten *Reaktionen* zufolge gaben die Betroffenen etwa zur Hälfte den Forderungen nach, die Polizei informierten lediglich 15%. Die Analyse der *schriftlichen* Fragebögen ergibt bei den Betroffenen eine andere Zusammensetzung: hier haben nur etwa ein Viertel der Erpreßten nachgegeben, während etwa zwei Fünftel eigenen Angaben zufolge die Polizei benachrichtigt hat. Die Hälfte der Erpreßten berichtet von Versuchen der Selbsthilfe (insgesamt ca. ein Drittel hat den Erpresser „rausgeworfen“, knapp ein Fünftel hat sich eine Waffe besorgt und etwa ein Sechstel hat sich mit Gewalt gewehrt), ein Viertel der Erpreßten hat Freunde und Bekannte um Hilfe gebeten. Dieses Muster bestätigt sich über alle Gruppen von Befragten - auffällig ist allenfalls der niedrige Anteil der Nachgiebigen unter den Deutschen-Ost (ca. 10%, 2/21) und der hohe Anteil unter den Erpreßten in den neuen Bundesländern, die sich gemeinsam mit Freunden gewehrt haben (ca. 40%, 9/21).

Der berichtete Erfahrungshorizont aus den telefonischen Interviews ist insgesamt von *nachgiebigen* Opfern bestimmt, während uns in den schriftlichen Interviews offenbar eher *aktiv* die Erpressung abwehrende Personen - z.B. mit Hilfe einer Anzeige, mit Selbsthilfe oder Hilfe von Dritten - geantwortet haben. Die Schadenssummen in den postalischen Interviews sind dabei höher als die in den schriftlichen Interviews (vgl. unten). Wir können also davon ausgehen, in den

schriftlichen Interviews schwerwiegende(re) Fälle zu haben, deren Betroffene *zum einen* den Mut hatten, sich aktiv(er) zu wehren, was *zum anderen* u.U. mit ihrer Bereitschaft korreliert, einen Fragebogen auszufüllen. Alleine der Anteil von 40% an anzeigenden Betroffenen läßt vermuten, daß es sich bei den Antwortenden in der postalischen Befragung um eine besondere Gruppe handelt: Wer diesen Fragebogen zurücksendet, drückt damit gleichsam schon sein Vertrauen in oder seine Verbundenheit mit dem rechtsstaatlichen bzw. politischen System aus (sieht man von dem Motiv ab, seinem Ärger und Verdruß Luft zu machen). Sich zudem als erpreßt zu „outen“, ist ein neuerlicher Vertrauensbeweis. Man kann vermuten, daß die Gruppe der tatsächlich schriftlich Befragten (und dies gilt noch stärker für die Sub-Gruppe der Erpreßten) sich durch eine besondere Nähe zum aktuellen politischen System und seinen Institutionen auszeichnet. Die „Dunkelziffer“ zur Schutzgelderpressung dürfte deshalb durchaus jenseits des Faktors 2:3 liegen.

6.1.4 Antizipierte Reaktion:

Wie würden Sie reagieren? - Wer könnte helfen? - Was sollte getan werden?

Bei der Frage nach der Reaktion "... falls Sie selbst betroffen wären ..." haben wir im ersten Frageschritt Antworten erhalten, die wir als *nicht valide* betrachten müssen. So sagten von allen Befragtengruppen jeweils über 80% der Befragten, daß sie im Falle einer Erpressung die Polizei benachrichtigen würden - offenbar ein Fall von *sozialer Erwünschtheit*, wie wir meinen. Die Interviewsituation dürfte es den Befragten nahegelegt haben, die Benachrichtigung der Polizei als "erwünscht" - und damit als weitere Nachfragen vermeidend zu betrachten (die Werte im anonymen schriftlichen Interview für die Bereitschaft zur Anzeige liegen auch mit ca. 40% in allen Befragtengruppen deutlich niedriger, bei den Gastronomen griechischer Herkunft sogar nur bei 25%). Gleichwohl, die Gruppe der Personen, die *trotz des Drucks* einer nicht-anonymen Interviewsituation am Telefon dazu steht, daß sie eine Erpressung bei der Polizei *nicht* anzeigen würde, ist damit in besonderem Maße interessant: sie umfaßt diejenigen Gastronomen, die am *distanziertesten* zur Polizei sind. Wie also würden sich *diese* Personen verhalten? Wie würden sich bestimmte (durch unsere Interviewer) vorgeschlagene Maßnahmen auf Ihre Bereitschaft zur Anzeige auswirken - auf die Bereitschaft *der* Personen also, die sich selbst unter dem Druck einer Interviewsituation als *nicht* anzeigebereit darstellen? Wir haben auf die möglichen Szenarien einer Kontaktaufnahme mit der Polizei

- (a) mit der Bitte um Vertraulichkeit (Szenario 1) *und*
- (b) mit einem anonymen Hinweis (Szenario 2)

bei den *ausländischen* Befragten jeweils höhere Zustimmungswerte für den *anonymen Hinweis* erhalten, während die *deutschen* Befragten die *Bitte um Vertraulichkeit* mit einer höheren Zustimmung beantworteten (vgl. Abbildung 5).

Bei den vier konkreten Angeboten und der Nachfrage, ob sich diese positiv auf die Anzeigebereitschaft auswirken würden, lassen sich ebenfalls klare Muster erkennen. Die Angebote waren (Hervorhebungen im Originaltext für die Interviewer/innen):

- "... wenn Ihnen Vertraulichkeit zugesichert würde und Sie als *Zeuge nicht in Erscheinung* treten müßten."
- "... wenn Sie als Zeuge in eine *andere Stadt/ Land umziehen* könnten, eine neue *Identität* und einen *hohen Geldbetrag erhalten* würden."
- "... wenn Ihnen ein *Beamter namentlich bekannt* wäre, der speziell für Schutzgelderpressung zuständig wäre."
- "... wenn *Ihnen Straffreiheit für selbstbegangene Delikte* (z.B. Steuerhinterziehung) zugesichert würde."

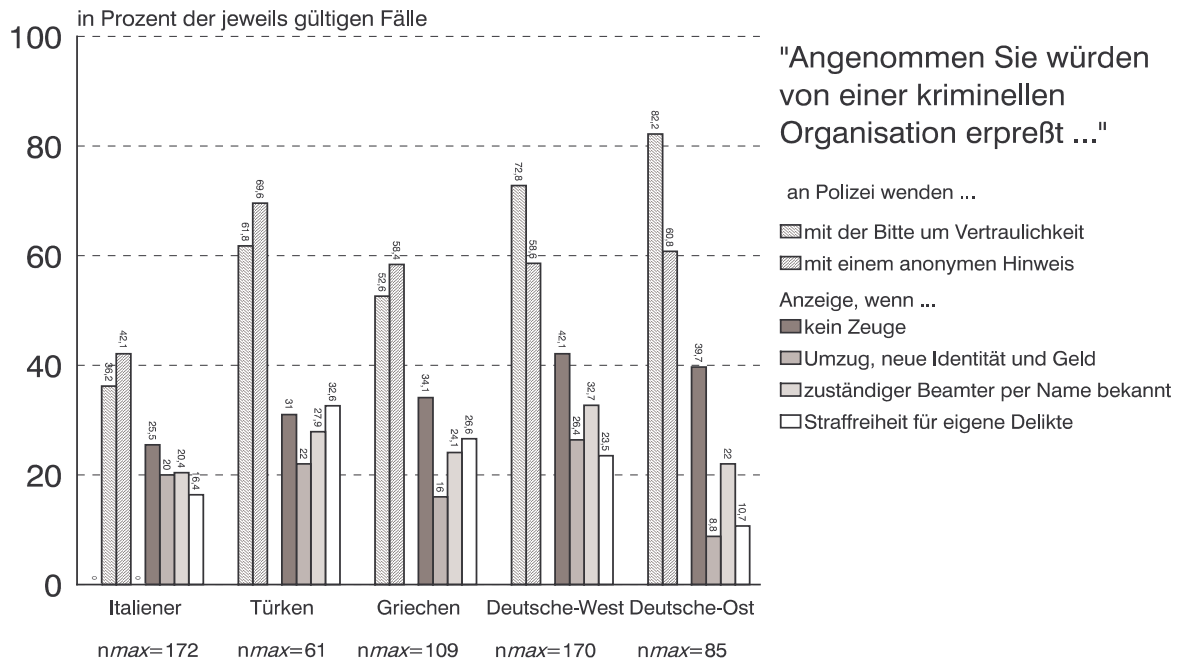


Abbildung 5: Szenarien der Zusammenarbeit mit der Polizei (nicht anzeigebereite Befragte, telefonische Befragung, Mehrfachnennungen möglich)

Bei fast allen Befragtengruppen erreicht das Angebot, als *Zeuge anonym* bleiben zu können, die *höchsten* Effekte. Bei den deutschen und italienischen Befragten folgt der *namentlich bekannte zuständige Beamte* als die (mutmaßlich) zweitwirksamste Maßnahme. Bei den Griechen tritt jedoch die *Straffreiheit* für eigene Delikte in den Vordergrund - bei den Türken erreicht die Straffreiheit sogar den *höchsten* Wert. Das Angebot einer neuen Identität trifft sowohl bei den deutschen Befragten in den neuen Bundesländern als auch bei den Griechen auf die *geringste* Akzeptanz. In der schriftlichen Befragung bestätigt sich dieses Bild und tritt sogar noch konturierter hervor: Als Zeuge nicht hervortreten zu müssen und den zuständigen Beamten zu kennen, hat deutlich höhere Effekte als ein Zeugenschutzprogramm oder die angebotene Straffreiheit (dies gilt in der schriftlichen Befragung für *alle* Befragtengruppen).

Welche *Hilfsmaßnahmen* wären für den Fall der Fälle *bekannt*? Das Ergebnis ist desillusionierend: Etwa ein *Drittel* der Befragten im telefonischen Interview wollte (oder konnte) zu dieser Frage keine Angaben machen, etwa die Hälfte der Befragten antwortete explizit "weiß nicht, weiß keine" oder ähnliches. Lediglich 243 Befragte (dies entspricht 5,5% aller Befragten) sprachen *allgemein* die Polizeihilfe an, jeweils etwa 1% der Befragten nannten Zeugenschutzprogramme oder Selbsthilfe, jeweils ca. 0,5% benannten die Kronzeugenregelung oder die (als real betrachtete) Möglichkeit, vor Gericht anonym zu bleiben - alle anderen Kategorien liegen in ihren Antwortraten darunter. Selbst wenn man den eventuellen Wunsch der Antwortenden, sich bei dieser Frage im telefonischen Interview "bedeckt" zu halten, in Rechnung stellt, so muß man davon ausgehen, daß das Wissen um konkrete Hilfsmaßnahmen sehr gering verbreitet ist. In der postalischen Befragung wiederholt sich zudem dieser Befund: 55,1% der Fragebögen waren ohne Angaben, 37,1% der Befragten wußten explizit keine „Schutz- und Hilfsangebote“ zu nennen. Lediglich Zeugenschutzprogramme und *konkrete* Formen von Polizeihilfe konnten von mehr als einem Prozent der Befragten genannt werden. Bei den tatsächlich von Erpressungen Betroffenen bestätigt sich dieses Bild: die Erpreßten machen ebenfalls zu 46% keine Angaben, 43,2% sagen explizit, daß sie keine Hilfsmaßnahmen kennen. Lediglich zwei der Betroffenen (1,1%) kennen

die Zeugenschutzprogramme. *Die bestehenden Hilfsmaßnahmen gegen Schutzgelderpressungen sind als solche nicht bekannt oder das Bekannte wird als Hilfsangebot nicht wahrgenommen.*

Folgerichtig bewerten 30,6% aller auskunftsbereiten Befragten in der postalischen Befragung die polizeilichen und justiziellen Mittel zur Bekämpfung von Schutzgelderpressungen als „völlig unzureichend“, der Anteil steigt bei den Betroffenen auf 48,2%. „Sehr unzufrieden“ mit der Arbeit von Polizei und Gerichten sind 22,8% aller auskunftsbereiten Personen, dieser Anteil steigt auf 47,2% bei den Betroffenen. Die folgerichtige Frage ist nun: Was wünschen die potentiell Betroffenen? Was sind aus ihrer Sicht *notwendige Änderungen*? Die Fragen in diese Richtung wurden ohne Stimuli gestellt, d.h. die Befragten konnten "offen" antworten, die Interviewer versuchten dann, diese Antworten den vorgegebenen Kategorien zuzuordnen (*sonstige* Nennungen wurden stichwortartig erfaßt; *Mehrfachnennungen* waren auch hier zugelassen).

Bei allen Befragtengruppen rangiert in der telefonischen Befragung der Wunsch nach *höheren Strafen* an erster Stelle - besonders ausgeprägt ist er bei den türkischen und griechischen Befragten mit ca. einem Drittel aller Befragten¹². Während an zweiter Stelle bei den *deutschen* Befragten in Ost und in West die Forderung nach *mehr V-Leuten/verdeckten Ermittlern* (ca. 12-16%) und an dritter Stelle nach *einem erweiterten Lauschangriff* (um die 12%) rangiert, wird bei den *ausländischen* Befragten mit der zweithöchsten Unterstützung die Forderung nach *mehr Ausländern in der Polizei* erhoben (mit Anteilen von 10-13%). Erstaunlich ist desweiteren, daß bei den deutschen Gastronomen überraschend viele Personen (West: 5,7%, Ost: 6,6%) solche Formulierungen wählten wie "mehr Vertrauen schaffen zwischen Polizei und Gastronomen", "vertrauensbildende Maßnahmen von Seiten der Polizei" oder "Mut machen zur Anzeige" - dies führte bei der Auswertung zur Bildung einer neuen Antwortkategorie, die wir nicht vorgesehen hatten. In der postalischen Befragung ist auffällig, daß Angaben zu dieser Frage in jeder der befragten Gruppen bei 50 bis 60% der Fälle fehlen. Härtere Strafen führen jedoch auch hier die Liste der Forderungen an. Die Prozentanteile verringern sich (auch aufgrund der hohen Zahl an fehlenden Angaben) jedoch auf nunmehr 8-10% je nach Befragtengruppe. Größere Bedeutung im schriftlichen Befragungsteil erhalten die bessere Polizeiarbeit im Rahmen des Bestehenden, bessere Zeugenschutzprogramme, neue Rechte für die Polizei und der Wunsch nach vertrauensschaffenden Maßnahmen auf Seiten der Polizei. Auch die nachvollziehbar *Erpreßten* in der postalischen Befragung machen keine Ausnahme von dem Bild der Ratlosigkeit, daß die postalisch Befragten allgemein bieten. Auch sie wissen zu über 40% keinen Vorschlag zu machen (73 von 176). Höhere Strafen werden von 17,9 % genannt, 9,7% fordern eine bessere Arbeit im Rahmen des Bestehenden, 9,1% fordern neue Rechte für die Polizei, 5,7% bauen auf vertrauensbildende Maßnahmen. Aufgrund der unterschiedlichen Ergebnisse läßt sich vermuten, daß die *Befragungsmethode* einen erheblichen Einfluß auf das Antwortverhalten bei dieser Frage gehabt hat. In der telefonischen Befragung haben die Interviewer offensichtlich mehr Personen zu einer Meinungsäußerung bewegen können. Zum anderen haben unter Umständen die Interviewer diese Antworten in starkem Maß in den ihnen vorgegebenen Kategorien „unterzubringen“ versucht. Im schriftlichen Interview werden dementsprechend die im nachhinein gebildeten Kategorien bedeutsamer (z.B. Vertrauen bilden, bessere Arbeit im Rahmen des Bestehenden).

6.2 Deliktbereich 2: Korruption

Die Fragen nach Korruptionsbetroffenheiten waren durch die Einleitung zu diesem Deliktsbereich klar auf die *Korruption von Beamten* fokussiert. Die Einleitung lautete: „Geschäftsleute Ihrer Branche haben es ja häufiger mit verschiedenen Behörden zu tun. Nun kann es sein, daß man dabei auch auf Beamte trifft, die sich persönlich bereichern wollen. Damit meinen wir Beamte, die entweder für Diensthandlungen Geld, Waren oder andere Gegenleistungen fordern oder aber

¹² Bei dieser Auswertung wurden fehlende Werte als gültige Fälle berücksichtigt und in die Prozentuierungsbasis mit einbezogen.

versuchen, durch ihr Wissen Geschäftsleute entsprechend unter Druck zu setzen - egal, ob es nun Beamte bei der Polizei oder in den Verwaltungen sind.“

6.2.1 *Direktes Betroffensein:* *Wer ist von Korruption selbst betroffen?*
Stellvertretende Viktimisierung: *Wer kennt einen von Korruption Betroffenen?*

Bei den *selbstberichteten* Fällen von Korruption in der *postalischen Befragung* („Waren Sie selbst schon einmal mit korrupten Beamten konfrontiert?“) fällt zunächst auf, daß die Betroffenheitsraten sich in allen Befragtengruppen zwischen 5% und 10% bewegen. Es bekennen sich mehr Deutsche und Griechen zu Korruptionsbetroffenheiten denn zu Erpressungen; Gastronomen italienischer und türkischer Herkunft weisen hingegen mehr Opfer von Erpressungen denn Korruptionsbetroffene auf. Die deutschen Gastronomen (in Ost wie in West) geben im direkten Vergleich keinesfalls zu einem geringeren Prozentsatz an, in Fälle von Korruption verwickelt zu sein (vgl. Abbildung 6): Der Wert für Gastronomen ausländischer Ethnien insgesamt liegt unter dem Wert für die deutschen Befragten. Die Differenz zwischen deutschen und ausländischen Befragten vergrößert sich sogar, wenn wir uns bei der Analyse auf die „nachvollziehbaren“ Fälle von Korruption beschränken. Nachvollziehbar heißt auch hier, daß wir *weitere Angaben* zum konkreten Fall überprüfen konnten, aus denen ein korruptes Handeln von Beamten tatsächlich erkennbar wurde. Als *nicht* nachvollziehbar galten Angaben von Befragten, die sich lediglich *allgemein* über die Bürokratie bzw. die staatlichen Durchgriffsrechte negativ äußerten, die nur *Vermutungen* über ein *möglicherweise* korruptes Handeln aussprachen, die ein korruptes Handeln von *nicht-staatlichen* Institutionen beklagten oder die *widersprüchliche* Angaben machten. Die Angaben der nicht-deutschen Gastronomen waren hierbei aufgrund des vorliegenden Materials in stärkerem Maße in Zweifel zu ziehen.

Insgesamt verringert sich die Zahl der selbstberichteten Korruptionsfälle damit von 264 auf 167 nachvollziehbare Fälle (143 Deutsche, 24 Ausländer). Auf diese 167 Fälle beziehen sich alle folgenden, weitergehenden Analysen. Zwangsläufig wird auch hier die Befragtenzahl für einige Analysen sehr klein und damit die Aussagekraft eher gering. Eine Unterscheidung in Italiener, Türken und Griechen ist von daher bei den *direkten* Viktimisierungen nicht mehr möglich - sie werden zur Gruppe der Ausländer zusammengefaßt (aber auch in dieser Gruppe ist das n mit 24 sehr gering). Die verbleibenden *Prozentwerte* für nachvollziehbare Fälle weisen die deutschen Gastronomen als in einem höheren Maße in Korruptionsfälle verwickelt aus. Bei den Erpressungen war dies genau umgekehrt. Es läßt sich somit auf der Basis unserer Daten (weder bei der „*pueren Behauptung*“ noch nach einer „*eingehenden Prüfung*“) nicht aufzeigen, daß Gastronomen ausländischer Herkunft stärker in Fälle von Korruption verwickelt sind. Auch die bei den telefonischen Interviews gefundene höheren Werte einer indirekten Viktimisierung bei den türkischen Befragten lassen sich durch die Angaben in den postalischen Interviews nicht bestätigen - selbst wenn man den liberaleren Wert der „*schlichten Behauptung*“ als Grundlage des Vergleichs heranziehen würde.

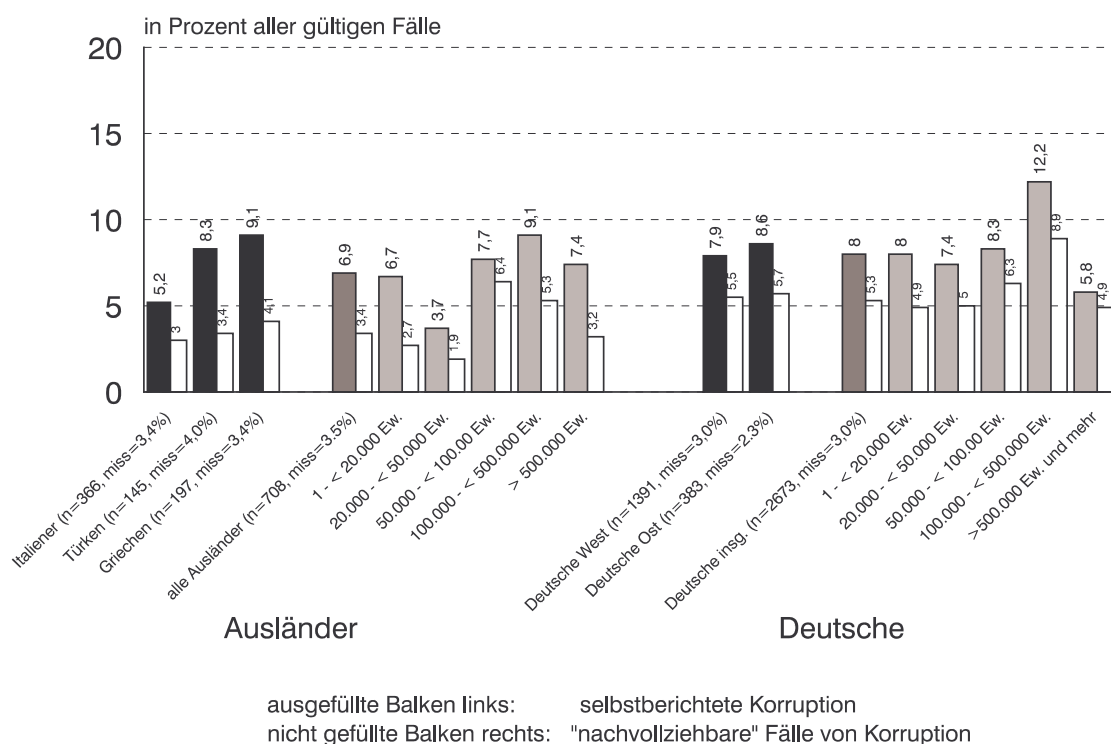


Abbildung 6: Direkte Viktimisierung Korruption nach Befragten- und Ortsgrößenklassen (postalische Befragung)

Auch aus dem Vergleich der Ortsgrößenklassen - basierend auf den *schriftlichen* Interviews - läßt sich nicht unmittelbar folgern, daß es sich bei Korruption vorwiegend um ein *Delikt der Großstädte* handelt. Die höchsten Werte erreichen - bei Ausländern und Deutschen - zwar die Städte zwischen 100.000 und 500.000 Einwohnern. Die Städte mit über 500.000 Einwohnern liegen jedoch wiederum in ihren Betroffenheitsraten darunter und bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie die kleineren Städte und Gemeinden.

Sucht man nach besonderen *Merkmale* von betroffenen Betrieben, so lassen sich (bei einem Gesamtdurchschnitt von 4,9% an von Korruption betroffenen Betrieben) *nach Branchen differenziert* die Imbisse (6,2%, 25 von 402 Betrieben), die „Kneipen“ (6,4 %, 5/78), die Bars (12,2%, 9/74) und die Discos/Spielhallen (13,2%, 5/38) als Branchen mit einer erhöhten Betroffenheit identifizieren. Alle Branchenzuordnungen beruhen dabei auf Selbsteinschätzungen (vgl. oben). Die letzteren drei Branchen sind jedoch nicht sehr stark in unserem Sample vertreten, die Zahlen geben somit nur eine ungefähre Tendenz wieder. Differenziert man die Imbisse als die größte Gruppe unter den überproportional betroffenen Branchen in Ausländer und Deutsche, so erweisen sich die *deutschen* Imbisse als deutlich höher belastet (7,8%, 18/231). Auch bei den betroffenen Discos und Spielhallen handelt es sich *ausschließlich* um deutsche Betriebe. Bedeutsame Unterschiede, was Beschäftigtenzahl, Preise für Essen oder Trinken sowie die Betriebsdauer angeht, lassen sich nicht berichten. Es läßt sich jedoch finden, daß sowohl die lt. Selbsteinschätzung „sehr gut gehenden“ Betriebe (9,0%, 13/145) als auch die „sehr schlecht gehenden“ Betriebe (7,6%, 8/105) stärker in Korruptionsfälle verwickelt sind.

Für den Bereich der Korruption haben wir in den *telefonischen* Interviews ebenfalls die *stellvertretende Viktimisierung* erfragt. Die Originalfrage lautete: "Wie viele Geschäftsleute aus ihrer Branche kennen Sie *persönlich*, die irgendwann von korruptem Verhalten von Beamten betroffen waren?". Betrachtet man die Befunde über die einzelnen Befragten- und Ortsgrößenklassen hinweg (vgl. Abbildung 7), so fällt im Vergleich zur Erpressung dreierlei auf: *Zum einen* bewegt sich die Korruption

bei der stellvertretenden Viktimisierung auf einem ähnlichen Niveau wie die Schutzgelderpressung (bei den deutschen Befragten in Ost und in West ist das Wissen um konkrete Fälle von Korruption sogar höher als das Wissen um Schutzgelderpressungen); *zum zweiten* fallen auch hier die kleineren Städte und Gemeinden durch besonders hohe Werte auf - auch die Korruption ist (ähnlich wie die Erpressung) „bis aufs Land gekommen“, zumindest was das persönliche Kennen von Betroffenen angeht. *Erpressung und Korruption sind, was das persönliche Kennen von Opfern anbetrifft, somit als ähnlich stark verbreitet anzusehen. Zum dritten* sind erhöhte Werte für die Stellvertreter-Viktimisierung bei den türkischen Befragten sowie bei den Deutschen in den neuen Bundesländern zu registrieren. Bei der Interpretation dieser Befunde sind jedoch identische Einschränkungen wie bei den zuvor referierten Befunden zur Erpressung zu machen (Stichworte: höhere soziale Verdichtung in den kleineren Städten und Gemeinden; höhere soziale Verdichtung bei den türkischen Geschäftsbetreibern etc. - und daraus u.U. folgend: höhere Werte des Kennens).

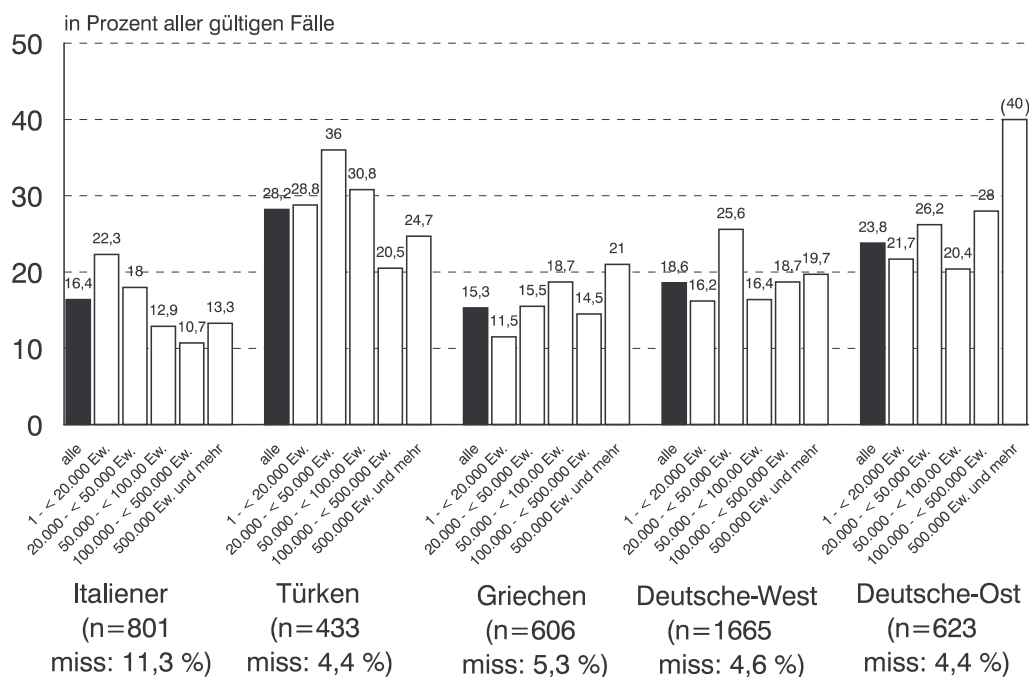


Abbildung 7: Stellvertretende Viktimisierung Korruption nach Befragtengruppen und Ortsgrößenklassen (telefonische Befragung)

Fragt man nun nach der Nationalität der betroffenen Bekannten, so fällt im Vergleich zur Erpressung auf, daß die Italiener als besonders stark benannte Gruppe in den Hintergrund treten: die Deutschen und Griechen benennen deutlich mehr Personen aus der eigenen Ethnie als Korruptionsbetroffene, während diese Befragtengruppen bei der Erpressung noch ähnlich viele Italiener wie Betroffene aus der *eigenen* Ethnie kannten (ohne Abbildung). Diese Tatsache rechtfertigt eine *nach Ethnien differenzierte* Darstellung der *weitergehenden Informationen* zu den Fällen einer Stellvertreterviktimisierung Korruption.

6.2.2 Wahrgenommene Viktimisierung: Wer schätzt die Zahl der Betroffenen wie hoch?

Wir haben auch zu Korruption die Gastronomen im *telefonischen* Interview nach ihrer „Einschätzung der Betroffenheitsrate“ (in ihrer Branche, in ihrer Stadt und in ihrer Ethnie) gefragt. Auch hier fällt auf - wie schon bei der analogen Frage zu Erpressungen -, daß sich viele Personen kein Urteil zutrauen; der Anteil von fehlenden Werten ist sehr hoch (vgl. Abbildung 8). Vergleicht man die Korruptionsschätzungen mit den Einschätzungen zur Verbreitung von Erpressungen, so kann bei der Korruption eine stärkere *Angleichung* der Befragtengruppen registriert werden. Fiel noch bei der Erpressung die Türken durch besonders *hohe* Werte und die Griechen durch vergleichsweise *niedrige* Werte auf, so nivelliert sich dies bei der Korruption für alle Befragtengruppen auf ein Niveau von ca. 15-20%. Im direkten Vergleich der Korruptions- und Schutzgeldeinschätzungen sind die jeweils deutlich höheren Werte für Korruption bei den *deutschen* Befragten hervorzuheben. Die deutschen Gastronomen sehen sich in ihrem Umfeld stärker mit Korruption denn mit Erpressung konfrontiert. Dies gilt im übrigen auch für die griechischen Befragten. Deutlich wird auch bei dem Vergleich der Ortsgrößenklassen ein leichtes Ansteigen der Werte mit der größer werdenden Bevölkerungszahl, mit anderen Worten: je größer die Städte und Gemeinden sind, umso höher die Schätzungen der Betroffenheitsraten - ein ähnlicher Befund war bei der wahrgenommenen Viktimisierung Schutzgeld festzustellen.

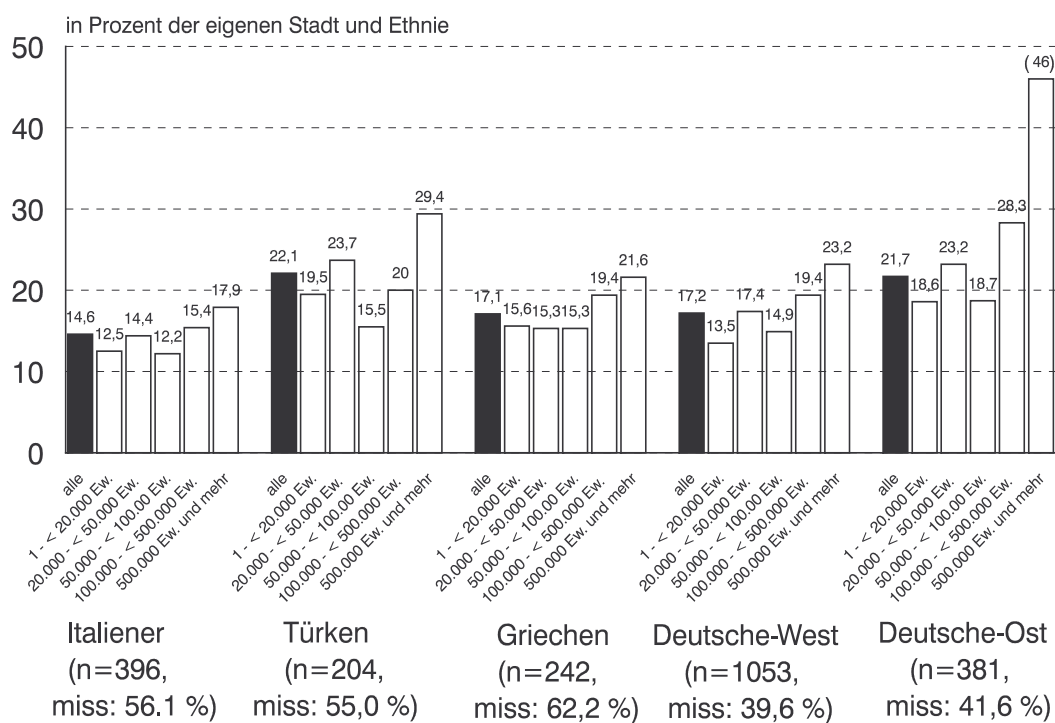


Abbildung 8: Wahrgenommene Viktimisierung Korruption nach Befragtengruppen und Ortsgrößenklassen (telefonische Befragung)

6.2.3 Konkret zur Korruption: Um was ging es? Aus welcher Behörde kam der Beamte? Von wem ging die Initiative aus? Wie haben die Betroffenen reagiert?

Wir haben auch im Bereich Korruption wiederum nach dem schwersten Fall gefragt - und im Detail nachgehakt. Wie aus Tabelle 10 hervorgeht, ist es - so zunächst das Ergebnis der telefonischen Interviews - in fast allen der Befragtengruppen an erster Stelle der „Konzessionserwerb“, der Anlaß zu *indirekten* Korruptionserfahrungen gibt. Lediglich bei den türkischen Gastronomen stehen "besondere Erlaubnisse" im Vordergrund, bei den Ost-Deutschen liegen "Baugenehmi-

gungen" gleichauf an erster Stelle. "Besondere Erlaubnisse" und "Kontrolle von Auflagen" sind - über alle Befragtengruppen betrachtet - von substantieller Bedeutung. Erstaunlich sind auch die relativ hohen Werte für Korruption im Rahmen von "Steuerprüfungen" bei den ausländischen Betreibern, während die entsprechenden Werte für die Deutschen relativ gering sind. Hervorhebenswert ist auch der hohe Wert für die Kenntnis von Unregelmäßigkeiten im Bereich der "Aufenthaltsgenehmigungen" bei den türkischen Gastronomen (hier könnte der spezielle Status als Nicht-EU-Bürger eine mögliche Ursache sein).

Tabelle 10: Stellvertretende Viktimisierung Korruption, Angaben zum schwersten Fall, telefonische Befragung, Anlaß des korrupten Verhältnisses, nach Befragtengruppen (Zellenangaben in Spaltenprozent der gültigen Fälle, Mehrfachnennungen möglich)

	Ausländer gesamt (n=268)	Italiener (n=118)	Tür- ken(n= 80)	Griechen (n=70)	Deutsche gesamt (n= 368)	West (n=247)	Ost (n=121)
Konzession	31,7	44,1	17,5	27,1	32,6	32,0	33,9
Baugenehmigung	6,0	5,1	7,5	5,7	23,6	18,6	33,9
Aufenthaltsgenehmigung	6,7	4,2	12,5	4,3	3,3	4,5	0,8
besondere Erlaubnisse	19,8	20,3	23,8	14,3	23,4	24,3	21,5
Kontrolle von Auflagen	13,8	8,5	20,0	15,7	19,6	21,9	14,9
Steuerprüfung	16,8	14,4	15,0	22,9	4,9	4,9	5,0
Verkehrskontrolle	4,1	3,4	6,3	2,9	2,4	2,4	2,5
sonstiges	4,1	3,4	3,8	5,7	4,1	2,4	7,2
Spaltensumme	103,0	103,4	106,4	98,6	113,9	111,0	119,7

Bei den direkten Betroffenen, wie sie in den *postalischen* Interviews berichtet werden und von uns nachvollzogen werden konnten (vgl. oben), verschiebt sich das Bild ein wenig (vgl. Tab. 11). Konzessionen sind weiterhin für die Ausländer der stärkste Anlaß für ein Korruptionsverhältnis; bei den Deutschen sind jedoch neben der Kontrolle von Auflagen die Baugenehmigungen bedeutsamer (mit jeweils höheren Werten für Baugenehmigungen im Osten und für Kontrollen im Westen). Wie in den telefonischen Interviews ist bei den Gastronomen ausländischer Herkunft - im Vergleich zu den Deutschen - eine höhere Zahl von Aufenthaltsgenehmigungen und Steuerprüfungen als Korruptionsanlaß bemerkenswert. Bei den Ausländern kommt desweiteren die Verkehrskontrolle als bedeutsamer Anlaß hinzu.

Tabelle 11: Direkte Viktimisierung Korruption, Angaben zum schwersten Fall, postalische Befragung, Anlaß des korrupten Verhältnisses (Zellenangaben als Spaltenprozent aller nachvollziehbaren Korruptionsfälle mit gültigen Antworten, Mehrfachnennungen möglich)

	Ausländer gesamt (n=24)	Deutsche gesamt (n=140)	Deutsche West (n=74)	Deutsche Ost (n=22)
Konzession	29,2	19,3	23,0	13,6
Baugenehmigung	12,5	33,6	31,1	40,9
Aufenthaltsgenehmigung	8,3	5,0	8,1	4,5
besondere Erlaubnisse	4,2	24,3	18,9	27,3
Kontrolle von Auflagen	20,8	33,6	39,2	22,7
Steuerprüfung	12,5	9,3	8,1	9,1
Verkehrskontrolle	12,5	7,1	4,1	4,5
sonstiges*	20,8	13,6	10,8	13,6
Spaltensumme	120,8	145,8	143,3	136,2

* in Teilen zusätzliche, nicht kategorisierbare Informationen

Tabelle 12: Stellvertretende Viktimisierung Korruption, Angaben zum schwersten Fall, telefonische Befragung, Behörde des korrupten Beamten, nach Befragtengruppen (Zellenangaben in Spaltenprozent aller gültigen Fälle)

	Italiener (n=105)	Türken (n=105)	Griechen (n=74)	Deutsche- West (n=265)	Deutsche- Ost (n=132)
Gewerbeanmeldung, -aufsicht	32,4	15,2	17,6	47,9	43,2
Polizei	19,0	18,1	12,2	14,7	6,8
Ausländerbehörde	9,5	21,0	13,5	4,2	0,8
Gesundheitsamt	12,4	8,6	17,6	4,9	4,5
Finanzamt	9,5	24,8	23,0	4,9	6,8
Baubehörde	7,7	0,0	2,7	16,2	25,0
Zollbehörde	1,9	4,8	4,1	0,0	0,0
Ordnungsamt (allg. Nennung)	0,0	2,9	4,1	5,3	4,5
sonstiges	7,7	4,8	5,4	1,9	8,3
Spaltensumme	100,1	100,2	100,2	100,0	99,9

Auf der Basis dieser Befunde ist es nicht verwunderlich, daß als *Behörde* des korrupten Beamten bei den *Bekannt* der Deutschen (in Ost und in West) die Gewerbeanmeldung bzw. die Gewerbeaufsicht an erster Stelle mit jeweils annähernd der Hälfte der Fälle stehen (vgl. Tab. 12). Im

Osten der Republik folgt die Baubehörde mit 25% der bekannten Fälle. Die Baubehörde spielt für ausländische Gastronomiebetreiber im Bereich der bekannten Korruptionsfälle nur eine untergeordnete Rolle. Bei den Türken und Griechen ist das Finanzamt in jeweils einem Viertel der Fälle und damit am häufigsten genannt. Bei den Türken folgt mit einem Wert von 21% die Ausländerbehörde an zweiter Stelle. Im Westen der Bundesrepublik werden Polizeibeamte von Ausländern und Deutschen in 10-20 Prozent der Fälle benannt - im Osten liegt dieser Wert deutlich unter der 10 Prozent-Marke.

Table 13: Direkte Viktimisierung Korruption, Angaben zum schwersten Fall, postalische Befragung, Behörde des korrupten Beamten, nach Befragtengruppen (Zellenangaben als Spaltenprozent aller nachvollziehbaren Korruptionsfälle mit gültigen Werten, Mehrfachnennungen möglich)

	Ausländer gesamt (n=24)	Deutsche gesamt (n=143)	Deutsche West (n=76)	Deutsche Ost (n=22)
Gewerbeanmeldung, -aufsicht	33,3	47,6	47,4	45,5
Polizei	16,7	15,4	18,4	0,0
Ausländerbehörde	8,3	2,8	5,3	0,0
Gesundheitsamt	8,3	5,6	5,3	9,1
Finanzamt	12,5	10,5	10,5	9,1
Baubehörde	29,2	34,5	34,2	27,3
Zollbehörde	8,3	1,4	2,6	0,0
Ordnungsamt (allg. Nennung)	0,0	0,7	1,3	0,0
sonstige	12,5	13,3	6,6	27,3*
Spaltensumme	129,1	131,8	131,6	118,3

* n=6 (2 Treuhand, 4 Kommunalbehörde unspezifisch)

Im *postalischen* Befragungsteil bestätigt sich dieser Befund im großen und ganzen (vgl. Tab. 13): Differenziert man nach Ausländern und Deutschen liegt die Gewerbeanmeldung bzw. Gewerbeaufsicht mit 33,3 % bei den Ausländern und mit 47,6 % bei den deutschen Gastronomen an erster Stelle. An zweiter Stelle wird die Baubehörde genannt (interessanterweise nun bei den Deutschen-West häufiger als bei den Deutschen-Ost). Es folgen bei Deutschen wie Ausländern die Polizei und das Finanzamt. Bemerkenswerterweise findet sich im schriftlichen Material *kein* Fall der Polizeikorruption bei den Deutschen-Ost. Bei den Ausländern ergibt sich analog zu den telefonischen Interviews ein erhöhter Wert bei der Ausländerbehörde.

In den Fällen, in denen die Initiative vom Beamten ausging, machte es Sinn, weitergehend nach der *Reaktion* der Bekannten zu fragen (gravierende Unterschiede im Bezug auf das „aktive Zugehen“ auf die Beamten zur Anbahnung des korrupten Verhältnisses gab es zwischen den Befragtengruppen übrigens nicht). Das pure "Nachgeben", so das Ergebnis der *telefonischen* Befragung, liegt in allen Befragtengruppen zwischen 40 und 55%, verhandelt wird in 10-25% der Fälle. Substantielle Unterschiede können wir bei dem "aktiven Sich-Wehren" erkennen: Die schlichte Weigerung liegt bei den Bekannten von Ausländern stets unter 5% der Fälle, bei den Deutschen deutlich darüber - den höchsten Wert erreichen die Bekannten der Ost-Deutschen mit 16,5%. Die Bekannten der West-Deutschen gehen häufiger in die Offensive - ca. 20% melden

das Verhalten des Beamten der Polizei oder dem Vorgesetzten. Hier sind die Bekannten der Ost-Deutschen und die Ausländer mit 10% der berichteten Fälle zurückhaltender, den geringsten Wert erreichen die Türken. Deutlich mehr Bekannte der Türken haben sich jedoch an die Öffentlichkeit gewandt. In der *postalischen* Befragung finden sich bei der Weigerung keine gravierenden Unterschiede (ca. 10% in allen Gruppen), bei der Meldung an den Vorgesetzten liegen die Deutschen-West wiederum mit ca. 21% an erster Stelle. Auffallend hierbei der hohe Wert der Deutschen-Ost bei dem Versuch, sich gemeinsam mit Bekannten zu wehren (ca. 29%) und der Versuch, sich an die Öffentlichkeit zu wenden (ca. 15%). In der postalischen Befragung liegen die Werte des „Nachgebens“ für die Ausländer und für die Deutschen-Ost auf demselben Niveau wie in der telefonischen Befragung, lediglich die Deutschen-West rangieren deutlich unter 40%. *Insgesamt kann man damit für die von uns befragten Gastronomen von einem offensiveren Umgehen mit korrupten Beamten bei den deutschen Betroffenen im Westen sprechen; Deutsche-Ost und Ausländer sind eher zurückhaltend bis passiv.* Deutsche-West, die aktiv werden, beschreiten den Dienstweg, Deutsche-Ost und Ausländer suchen eher nach anderen Wegen (z.B. sich gemeinsam mit Bekannten wehren bzw. an die Öffentlichkeit wenden). In der Höhe der *tatsächlich an den Beamten erbrachten Leistungen* sind Bau- und Ausländerbehörden im telefonischen Interview auf den ersten beiden Rangplätzen zu finden (vgl. Tabelle 14). Wir haben zur Ermittlung des Rangplatzes den *Median* verwendet (dieser Wert teilt die Fälle in jeweils 50% ober- und unterhalb). Die Angaben aus den schriftlichen Interviews sind aufgrund der oftmals geringen Fallzahl, die hinter den jeweiligen DM-Beträgen steht, an dieser Stelle nicht ausgewiesen.

Tabelle 14: Stellvertretende Viktimisierung Korruption, telefonische Befragung, Angaben zum schwersten Fall, Rangplätze der Behörden, gebildet gemäß des Medians der erbrachten Leistungen (in DM) an den korrupten Beamten

	Anzahl Fälle	erbrachte Leistung in DM (Median)	Rangplatz
Gewerbeanmeldung, -aufsicht	76	1000	4
Polizei	22	550	7
Ausländerbehörde	18	2500	2
Gesundheitsamt	9	1000	4
Finanzamt	22	2250	3
Baubehörde	24	5000	1
Zollbehörde	6	500	8
Ordnungsamt (allg. Nennung)	8	1000	4
sonstiges	12	475	9

Was wäre zu tun, um eine verbesserte Bekämpfung korrupter Beamter erreichen zu können? Wir haben in der postalischen Befragung die antwortbereiten Gastronomen gebeten, sich zu der Frage zu äußern, unter welchen Bedingungen sie im Falle von Korruptionsbetroffenheit bereit wären, sich an die Polizei zu wenden - eine Option, die von den tatsächlich Betroffenen nur in sehr geringem Umfang wahrgenommen worden ist (vgl. oben). Wir finden bei allen Befragtengruppen ein ähnliches Antwortmuster (vgl. hierzu Abbildung 9): Zwischen ca. 40 und 55% an Zustimmung (und damit das stärkste Votum) erhält von allen Befragten diejenige Option, nach der die

Polizei bei einer Meldung völlige Anonymität zusichern würde. Eine geringere Zustimmung erfährt die abgemilderte Variante, daß man nicht als Zeuge vor Gericht auftreten müßte (zwischen 10 und 20%). Etwa in demselben Spektrum bewegt sich die Zustimmung zu dem Angebot, daß *keine* Bestrafung erfolgen würde (dies mit Ausnahme der türkischen Befragten, die auf diesen Vorschlag positiver reagieren). Die geringste Zustimmung erfährt das Szenario einer *milden* Bestrafung. Dieses Antwortmuster findet seine Bestätigung, wenn man die Antworten der tatsächlich Betroffenen auf diese Frage analysiert. Bei ihren Antworten kommt der Wunsch nach vollkommener Anonymität (mit Werten um die 60%) und nach dem Verzicht auf Bestrafung (um bzw. über 20%) noch stärker zum Tragen.

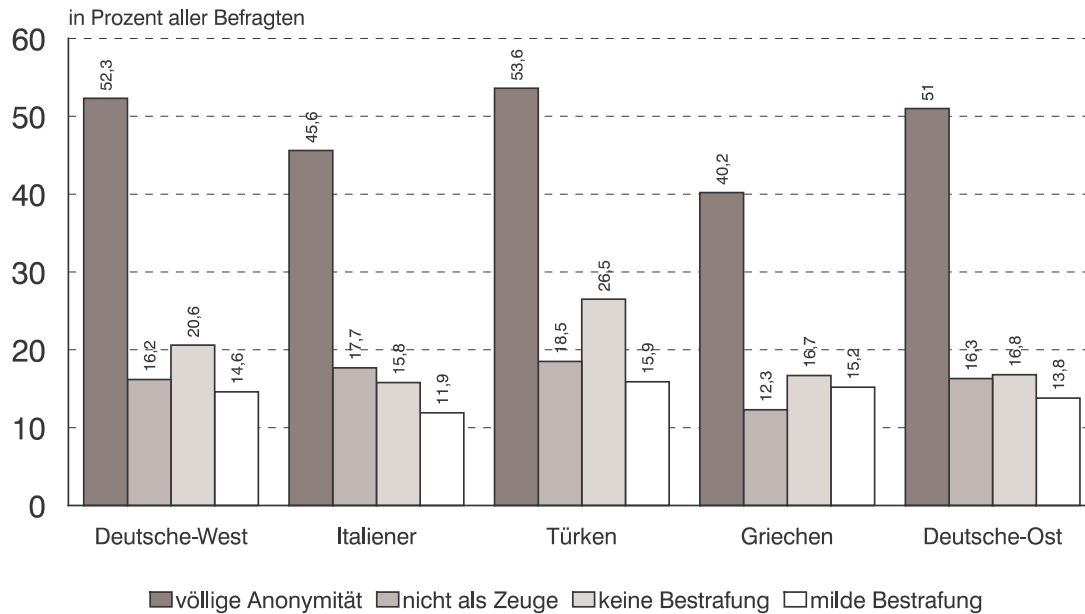


Abbildung 9: Bedingungen für eine Hilfesuche bei der Polizei bei Korruptionsbetroffenheit, postalische Befragung (Zustimmung in Prozent aller Befragten der jeweiligen Befragtengruppe)

7 **Korruption und Schutzgelderpressung: eine vorläufige Bilanz der Befragung**

Postalische und telefonische Befragung haben zum Teil divergente, in weiten Teilen jedoch übereinstimmende Befunde erbracht. Diese in einer Gesamtschau zusammenzutragen und um einen weiteren Befund zu ergänzen, dazu soll das abschließende Kapitel dienen.

7.1 **Die Güte der Daten**

Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich um keine repräsentative Befragung. Der Rücklauf ist zu niedrig, die Nicht-Erreichten und die Verweigerer sind zu viele an der Zahl; zu viele, als daß wir davon ausgehen könnten, einen in jeder Hinsicht repräsentativen Querschnitt erfaßt zu haben. Zudem müssen wir zunächst annehmen, daß die Nicht-Antwortenden sich systematisch mit Blick auf die Opferrate von den Antwortenden unterscheiden. Vielleicht haben sie gerade deswegen verweigert, weil sie besonders von Schutzgelderpressung und Verwicklungen in Korruptionsfälle betroffen sind. Gegen eine solche Vermutung gibt es jedoch verschiedene Argumente einzuwenden:

- (a) Das Thema Schutzgeld und Korruption wurde weder in der Einleitung der telefonischen Interviews, noch in den Unterstützungsbriefen zur telefonischen oder schriftlichen Befragung offensiv angekündigt.
- (b) Die Abbrüche in den telefonischen Interviews häufen sich nicht, wenn diese Themen ins Spiel kommen.
- (c) Die Stichproben bilden die in den Gelben Seiten vertretenen Betriebe in ihrer Struktur zufriedenstellend ab. Die weniger stark vertretenen Gruppen waren vor allem schwerer erreichbar, sie haben nicht stärker verweigert.
- (d) Wir haben einen annähernd repräsentativ zu nennenden Anteil der von der Polizei als gefährdet eingeschätzten Betriebe befragen können.

Gleichwohl, es bleibt ein ungutes Gefühl. Was können wir mit diesen Daten anfangen? Die Befunde taugen nicht zu einem Schluß auf die Grundgesamtheit. Die vorliegenden Daten sind jedoch die umfangreichste Datensammlung, die bislang zu diesen Deliktbereichen zusammengetragen wurde. Und sie vereinigt mehrere Vorteile auf sich: Zum einen ist die schriftliche Befragung mit ca. 3.500 Fragebögen als Informationssammlung die umfassendste Dunkelfeldstudie zu diesem Themenbereich. Zum anderen liegen in der telefonischen Befragung mit der Stellvertreter-Viktimisierung (Wer kennt Betroffene?) und der wahrgenommenen Viktimisierung (Schätzung der Betroffenheitsraten) zwei Indikatoren vor, die nicht in diesem starken Maße von der Repräsentativität der Stichproben insgesamt abhängig sind. Insbesondere die wahrgenommene Viktimisierung ist in Form einer auf mehreren tausend Personen basierenden Expertenschätzung als besonders wertvoll und aussagekräftig einzuschätzen. Bei der stellvertretenden Viktimisierung mag man einwenden, die Befragten hätten den persönlichen Kontakt zu einem Betroffenen nicht zugeben wollen, weil sie sich vor eventuellen Nachfragen fürchteten. Welche Überlegungen aber sollten bei der Schätzung der Betroffenheitsraten verhindern, daß der von den Befragten tatsächlich angenommene Wert mitgeteilt wurde? Die Schätzungen der Befragten sind auch deshalb als aussagekräftig zu bezeichnen, weil es uns gelungen ist, in die soziale und räumliche Nähe gefährdeter Betriebe zu gelangen. *Die wahrgenommene Viktimisierung ist damit der Indikator mit der bislang besten Güte, was die Verbreitung der Delikte angeht. Der Durchschnittswert aller berichteten Schätzungen ist damit der Wert, mit dem wir am nächsten an die Realität von Schutzgelderpressungen und Korruption (so wie sie von den Gastronomen wahrgenommen wird) heranreichen dürften.*

Sind unsere Daten dennoch *ein Produkt der Mauer des Schweigens*? Hat uns nur gerade das Viertel (telefonische Befragung) bzw. das Zehntel der Befragten (postalische Befragung) geantwortet, die überhaupt nichts mit den uns interessierenden Delikten zu tun haben? Wir haben diese Frage in Teilen zu beantworten gesucht, indem wir am Beispiel München die Gefährdungseinschätzungen der Polizei mit der Zusammensetzung der befragten Stichproben verglichen haben. Wir können mit dem Befund, einen ähnlichen Anteil von gefährdeten Betrieben wie in der Grundgesamtheit befragt zu haben, wohl nicht jeden Zweifel an der Aussagekraft unserer Daten beseitigen. Jedoch, wir sind auf jeden Fall in die Nähe der tatsächlich gefährdeten und wohl auch betroffenen Betriebe gelangt. Haben uns aber vielleicht vor allem die Nicht-Informierten, die Gastronomen ohne Kontakte zu anderen Gastwirten geantwortet? Wir glauben, dies ist nicht der Fall: Die Anteile derjenigen, die sich regelmäßig mit anderen treffen, sind zu hoch. Dagegen sprechen auch die über den Schätzungen der Betroffenheitsraten liegenden Anteile derjenigen, die mindestens einen Betroffenen kennen. Es sind also nicht die Marginalen, die Ahnungslosen, die uns Auskunft geben. Wir haben Befragte mit Delikt-Kenntnissen aus ihrem Bekanntenkreis - und ihre Schätzung sind somit informierte Verallgemeinerungen ihrer Erfahrungen.

Hierin liegt die besondere Stärke der vorgestellten Datensammlung: Anders als die Daten von Polizei und Journalisten, die zumeist punktuell gesättigte und lokal verdichtete Informationen darstellen, handelt es sich bei den Daten dieser Untersuchung um eine bundesweite Informationssammlung. Die vereinigt zudem verschiedene Wege der Rekonstruktion der vorhandenen Erfahrungen und Informationen zu offenbar eher seltenen Ereignissen: *Tatsächliche und potentielle Opfer berichten über sich selbst, über die Erfahrungen ihrer Bekannten und über ihre Einschätzungen des Verbreitetseins dieser Ereignisse. Hieraus formt sich ein Bild, das im Detail defizitär sein mag, im Aggregat der individuellen Rekonstruktionen jedoch valide genannt werden kann.*

7.2 Eine Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse

Die These, die es vor allen anderen mit Hilfe dieser Daten zu überprüfen galt, ist die massenmedial behauptete Opferrate von annähernd 100% bei Gastronomen ausländischer Herkunft insbesondere in bundesdeutschen Großstädten. Zumindest dürfte diese These nach der Analyse der vorgestellten Daten nunmehr nicht mehr unwidersprochen sein. Die in diesem Papier präsentierten Befunde lassen, trotz aller notwendigen Einschränkungen (Lücke zwischen Grundgesamtheit und Gelben Seiten, geringer Rücklauf, Repräsentativität der befragten Stichproben nur für eine geringe Zahl von Variablen überprüfbar und daraus folgend eine geminderte Möglichkeit zur Verallgemeinerung) einen Befund deutlich konturiert hervortreten: *Auf Basis der von uns zusammengetragenen Daten - sie umfassen Schätzungen durch die potentiell Betroffenen selbst, Berichte über Fälle im Bekanntenkreis und über die eigenen, direkten Erfahrungen - kann für die Bundesrepublik Mitte der neunziger Jahre nicht von einem massenhaft verbreiteten Phänomen der Schutzgelderpressung und Korruption bei deutschen und ausländischen Gastronomen gesprochen werden. Keines der Delikte nimmt in den befragten Gruppen eine - wie vielfach behauptet - dramatische Dimension an. Die Zahlen, die Daten, von denen wir berichten können, liegen in jedem Falle unter den Schätzungen von prominenten Journalisten, Politikern und Polizisten.* Der aussagekräftigste Indikator scheint uns dabei die Schätzung der Betroffenheitsraten durch die potentiell Betroffenen zu sein. Die Gastronomen sind gleichsam Experten, die durch ihre Kenntnisse über ihre Kollegen eine informierte Schätzung abgeben können.

Kein Grund mehr zur weiteren Beunruhigung? Völlige Entwarnung sollte nicht gegeben werden. Sachlich gehaltene Aufmerksamkeit ohne Dramatisierung scheint geboten - dies ohne die Fälle der tatsächlich Betroffenen verharmlosen zu wollen. Hier in Zusammenfassung die zentralen Ergebnisse der telefonischen und postalischen Befragung:

- (1) Beide Phänomene - Erpressung und Korruption - scheinen in allen Ortsgrößenklassen unseres Landes in einem ähnlichen *relativen* Ausmaß von den potentiell Betroffenen vermutet

zu werden bzw. ihnen tatsächlich bekannt zu sein sowie sich in Form von tatsächlich direkt Betroffenen etabliert zu haben - dies mit einer leichten bis mittleren Tendenz zu höheren Werten in den größeren Städten. Die *Schätzungen der Betroffenheitsraten* durch die Befragten selbst liegen für beide Delikte für alle ethnischen Gruppen zwischen ca. 10 und 20%. Die Schätzungen der türkischen Befragten für die Betroffenheit der türkischen Gastronomen durch Erpressungen liegen jedoch mit im Durchschnitt ca. 27% deutlich darüber. Die deutschen Befragten schätzen ihre Betroffenheit durch Korruption deutlich höher ein als die Bedrohung durch Erpressungen. Korruption und Erpressung sind dabei keine ausschließlich städtischen Phänomene, es gibt sie auch in der Erfahrungswelt der Befragten auf dem Lande. Je nach Befragtengruppe und Ortsgrößenklasse berichten zwischen 10 und 30% der Befragten von Fällen von Erpressung und Korruption *in ihrem Bekanntenkreis*. Der Anteil der Personen mit Bekannten liegt dabei *über* den je gruppenspezifischen *Schätzungen*. Die türkischen Befragten haben - wohl auch aufgrund ihrer stärkeren Vernetzung untereinander - die jeweils höchsten Kenntnisse über Betroffenheiten unter ihren Bekannten. Für die kleineren Städte und Gemeinden und deren erhöhte Werte lassen sich ähnliche Erklärungszusammenhänge vermuten. *Denn:* Die Werte für die indirekten Opfererfahrungen in diesen Gruppen (türkische Gastronomen, kleinere Städte und Gemeinden) lassen sich in ihrer absoluten Höhe bei der postalischen Befragung nicht bestätigen. Bei der *direkten Betroffenheit* Korruption ergeben sich für alle Gruppen in unseren Stichproben Werte von ca. 5-10% bei der behaupteten Viktimisierung und von ca. 3-6% für die überprüfbareren Fälle. Die direkte, nachvollziehbare Viktimisierung Erpressung im weiteren Sinne liegt bei ca. 4-13%, die der nachvollziehbaren Fälle von Schutzgelderpressung bei ca. 2-7% (jeweils bei den städtischen Befragten und den türkischen Befragten mit den stärksten Anteilen). Für die deutschen und griechischen Befragten ist dabei die Korruption das größere Problem, wohingegen die Italiener und Türken stärker mit Erpressungen im weiteren und Schutzgelderpressungen im engeren Sinne konfrontiert sind.

- (2) Die *erpreßten Betriebe* unterscheiden sich in ihren Merkmale nur wenig von den nicht erpreßten Betrieben. Wir haben erhöhte Betroffenheiten nur bei den „Bars“ und „Kneipen“, den „sehr gut gehenden“ Betrieben und bei den Betrieben in den Kernbereichen der Städte feststellen können. Reine Schutzgelderpressungen werden vor allem von den italienischen Befragten und den Deutschen aus den neuen Bundesländern berichtet. Spendengelderpressungen finden sich vor allem bei den türkischen Befragten. Bei den Deutschen-West ist der Anteil von Erpressungen zur Erlangung wirtschaftlicher Vorteile höher als in den anderen Gruppen. Türkische Gastronomiebetreiber werden in unseren Stichproben vor allem von *Gruppen* erpreßt, bei den anderen Befragtengruppen sind es je zur Hälfte Gruppen bzw. Einzeltäter. Erstaunlich ist die Dominanz von angedrohter *physischer Gewalt* in den berichteten Erfahrungen der Erpressung - wirtschaftliche Macht ist offensichtlich in einer geringeren Zahl der Fälle ein Mittel zur Erpressung. Auffällig (aber auch schon bekannt) die geringe Kontaktaufnahme der Opfer mit der Polizei und die überwiegende Unterwerfung unter die Erpressungsverhältnisse - so zumindest das indirekte Erfahrungswissen der Befragten aus den telefonischen Interviews. In den postalischen Interviews gaben jedoch rd. 40% der nachvollziehbar Betroffenen an, sich an die Polizei gewandt zu haben. Die Anteile der gegenüber der Erpressung „Gefügigen“ schwanken von der Hälfte im telefonischen Interview bis zu lediglich einem Viertel im postalischen Teil. Erstaunlich hoch ist unter den uns antwortenden Erpreßten der Anteil derjenigen, die sich auf der Suche nach Hilfe an Dritte (Freunde, Bekannte etc.) gewandt haben. Überraschend ist die äußerst geringe Kenntnis von Hilfsangeboten für Betroffene. Hier besteht offensichtlich ein Bedarf an Informationsangeboten beispielsweise von seiten der Polizei. Die befragten Gastronomen fordern zur Verbesserung der polizeilichen und gerichtlichen Praxis vor allem eine *weitgehend vertrauliche Behandlung einer Anzeige* (besonders wichtig dabei: kein Auftreten als Zeuge) und eine härtere Bestrafung der Täter. Namentlich bekannte Beamte, mehr V-Leute

und verdeckte Ermittler sowie der erweiterte Lauschangriff sind für die *deutschen* Befragten von besonderer Bedeutung, während für die ausländischen Befragten die Integration von *ausländischen* Beamten in die Polizei sowie eine Kronzeugenregelung besonders wichtig sind.

- (3) Auch die von *Korruption betroffenen Betriebe* haben kein eindeutiges Profil. Branchen mit erhöhter Korruptionsbetroffenheit sind in unseren Stichproben die Imbisse, Kneipen, Bars, Discos und Spielhallen. Als Korruptionsanlässe sind vor allem Konzessionsvergaben, Baugenehmigungen sowie die Vergabe und Kontrolle von besonderen Erlaubnissen und Auflagen zu nennen. Gewerbe- und Baubehörden rangieren somit an der Spitze der von unseren Befragten benannten Behörden der korrupten Beamten - aber auch andere Behörden wie Polizei und Finanzbehörden sind substantiell vertreten. Wird der Beamte aktiv bei der Anbahnung eines Korruptionsverhältnisses, so wehren sich die Deutschen in den alten Bundesländern in einem höheren Ausmaß als dies die Deutschen in den neuen Bundesländern oder auch die Gastronomen ausländischer Herkunft tun - und sie wehren sich anders: Deutsche-West beschreiten den Dienstweg, Deutsche-Ost und Ausländer wehren sich gemeinsam mit Bekannten oder indem sie sich an die Öffentlichkeit wenden. Gefragt nach den Bedingungen, unter denen sie einen Fall von Korruption an die Polizei melden würden, rangiert vor allen anderen der Wunsch nach vollkommener Wahrung der Anonymität bei einer Meldung bei der Polizei. Angebote auf Strafnachlaß stoßen bei den Befragten auf eine geringere Zustimmung.

7.3 Der Schaden durch Schutzgelderpressung und Korruption

Wie sieht nun eine vorläufige *Bilanz des Schadens* aus? Der Schaden durch Korruption und Schutzgelderpressung kann auf zwei Dimensionen betrachtet werden: Der rein finanzielle, *materielle* Schaden kann zunächst von einem *ideellen* Schaden i.S. eines Vertrauensverlustes in Rechtsstaat und Demokratie unterschieden werden. Der materielle Schaden - dies zeigt Abbildung 10 - ist auf Basis unserer Daten bei den Erpressungsfällen höher anzusetzen: Sowohl in der telefonischen als auch in der postalischen Befragung liegen die „Schadenssummen“ der Erpressungen über denen der Korruptionsfälle. So sind die Anteile der *Korruptionsfälle* mit Schadenssummen bis zu 1.000 DM jeweils höher, während die Anteile der *Schutzgeldfälle* in der höchsten Schadenskategorie über 100.000 DM jeweils größer ausfallen. Einschränkend muß hierzu angemerkt werden, daß die Schadenssumme im Fall der Schutzgelderpressung die Gesamteinschätzung des Schadens wiedergibt; die Korruptionssumme addiert die Wertsummen auf, die in den einzelnen Fällen an die Beamten geflossen sind - die Summen für Korruptionsfälle könnten somit etwas höher liegen (wenn man weitere Schäden durch das korrupte Verhalten einschließen würde).

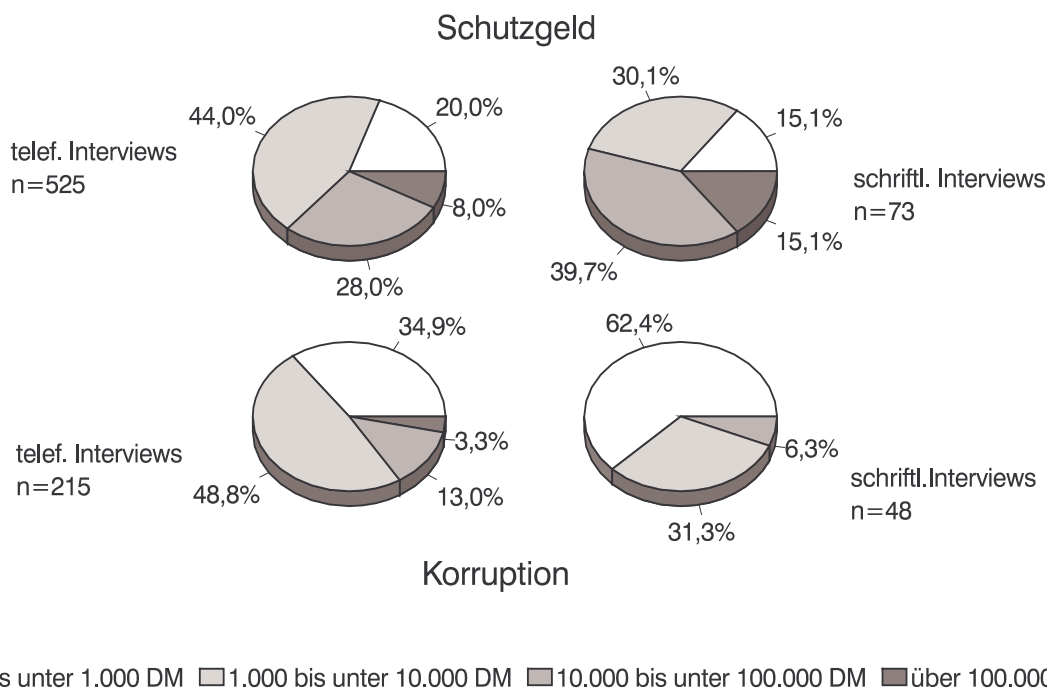


Abbildung 10: Schadenssummen, stellvertretende und direkte Viktimisierung, Korruption und Schutzgelderpressung, jeweils schwerster Fall (telefonische und postalische Befragung)

Was aber bewirken diese beiden Delikte für unser gesamtes gesellschaftliches System? An dieser Stelle - dies war auch nicht die Intention des Projekts - soll nicht die Auswirkung der speziellen Delikte oder gar der organisierten Kriminalität insgesamt auf die Entscheidungen der Wirtschaft und der Politik eingeschätzt oder bewertet werden. Es geht vielmehr um die Auswirkungen auf das *Verhältnis des betroffenen Bürgers zum rechtsstaatlichen bzw. politischen System*. Wir haben in unserem Fragenkatalog eine Vielzahl von Nachfragen zur Zufriedenheit der Gastronomen mit der Arbeit der Institutionen *Polizei* und *Gerichte*, aber auch nach dem Vertrauen in das politische System der Bundesrepublik mitgeführt. An anderer Stelle sind die Instrumente und die Analysewege für die telefonische Befragung differenziert dargestellt worden (Ohlemacher/Mecklenburg 1996). Wir möchten in diesem Bericht die Kernbefunde dieses Untersuchungsteils nochmals prägnant zusammenfassen:

Zum einen können wir in der telefonischen Befragung eine geringere Zufriedenheit der Gastronomen mit der Arbeit der Polizei feststellen, wenn sie von Bekannten berichten können, die von Delikten Korruption und Schutzgeld betroffen sind - dies ist jedoch ein leicht nachvollziehbarer, beinahe trivialer Befund, auch die Behörden räumen mangelnde Bekämpfung(-smöglichkeiten) ein. Was aber geschieht darüber hinaus mit dem *Vertrauen* der Bürger in den Rechtsstaat, in die politische Praxis der Bundesrepublik, die politische Verfassung und die Idee der Demokratie als solche? Wenden sich die Bürger vom Rechtsstaat ab, wenn sie von Schutzgelderpressungen wissen (bei denen der Staat sich explizit als ohnmächtig erklärt)? Gehen die Bürger auf Distanz zur Demokratie, wenn sie in ihrem persönlichen Bekanntenkreis von Fällen von Korruption erfahren (bei denen sich vom Staat, also von der Gesellschaft als Ganzes alimentierte Beamte persönlich bereichern)?

In diesem zweiten Themenkomplex haben wir bislang auf Basis der telefonischen Befragung einen klaren Befund: *Das persönliche Kennen von Opfern von Erpressungen oder von in Korruption verwickelten Personen führt nicht zu einem signifikanten Verlust an Zustimmung und*

Vertrauen in das demokratische, rechtsstaatliche System. Die Befragten reagieren nicht mit Vertrauensentzug auf ihnen bekanntwerdende Fälle in ihrem Bekanntenkreis. Mit anderen Worten: *indirekte Opfererfahrung führt nicht zu Vertrauensverlust.* Was wir jedoch deutlich belegt finden, ist ein gemeinsames Auftreten von hohen Werten an *vorgestellter Verbreitung* der Delikte Schutzgeld und Korruption *einerseits* und einem deutlichen Vertrauensverlust *andererseits*. Und: diese Vorstellungen von einem massenhaften Auftreten gehen in einem großen Teil der Fälle gerade mit *fehlenden* persönlichen Erfahrungen mit diesen speziellen Delikten einher - das Wissen um diese Delikte stammt somit nicht aus persönlichen Kontakten, sondern dürfte in erster Linie durch die Massenmedien erworben und geprägt sein. Soll heißen: *Es ist offenbar nicht die unmittelbare Erfahrung mit diesen Delikten, sondern eher das Reden über diese Delikte in der massenmedial geprägten Öffentlichkeit, die den Vertrauensverlust bewirkt. Es ist das vorgestellte „Verbreitungsszenario“, nicht der persönlich bekannte Fall, der das Vertrauen beschädigt.* Die dominante Rede in der Öffentlichkeit war die eines unaufhaltsamen Anstiegs von Korruption und Schutzgelderpressung - produziert und vermittelt von Journalisten, Politikern, Wissenschaftlern und Polizisten (für eine detaillierte Darstellung vgl. Ohlemacher/Mecklenburg 1996: 118ff). Ein solches - im größten Teil der Fälle - "ungedektes" Reden über ein massenhaft verbreitetes Auftreten dieser Delikte gefährdet offenbar das Vertrauen der Bürger in die Praxis und Verfassung unserer Demokratie - mehr als es die konkreten Delikte tun.

In der Zukunft sollten Zurückhaltung und Versachlichung in der öffentlichen Diskussion angeraten sein, keine fahrlässige Rede. Dies soll zugleich nicht die konkreten Fälle einer Schutzgelderpressung oder der Korruption verharmlosen, gar die Opfer in ihren Hilfebedürfnissen diskreditieren. Opfer brauchen Hilfen, unter Umständen so wie sie weiter oben von den potentiell Betroffenen gefordert wurden - eine gesamtgesellschaftliche Gefahr liegt jedoch in der Erzeugung einer dominant dramatisierenden Debatte. Unsere Daten liefern letztlich *keine* Befunde, die zum absoluten Nennwert zu nehmen sind ("so und so viele Gastronomen türkischer Herkunft werden erpresst"), sie tragen jedoch letztlich als *Experteninterviews* (eben unter den potentiell Betroffenen zu ihren Kenntnissen von betroffenen Kollegen und zu ihren Betroffenheitsschätzungen für ihre Branche und Ethnie) zu einer Relativierung der bisherigen Befunde und Realitätskonstruktionen bei. Die berichteten Betroffenheiten liegen offenbar unter den bislang behaupteten Raten, eine weiterhin dramatisierte Debatte könnte jedoch unter Umständen eine Krise des Demokratischen auslösen helfen. Damit sollen keine Betroffenheiten und Opferwerdungen durch Korruption und Schutzgelderpressungen verharmlost werden, gegen diese Delikte gilt es weiterhin gemeinsam gesamtgesellschaftliche Anstrengungen zu unternehmen.

Literaturverzeichnis

- Anders, Manfred, 1985, Sinkende Ausschöpfungsraten und was man dagegen tun kann. S.75-80 in: Max Kaase und Manfred Küchler (Hrsg.): *Herausforderung der empirischen Sozialforschung*. Mannheim: ZUMA.
- Aromaa, Kauko, und Martti Lehti, 1996, *Foreign Companies and Crime in Eastern Europe*. Helsinki: National Research Institute of Legal Policy.
- Baurmann, Michael C., Dieter Hermann, Hans Udo Störzer und Franz Streng, 1991, Telefonische Befragung von Kriminalitätsoptionen: Ein neuer Weg ins Dunkelfeld? *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 74: 159-173.
- Boers, Klaus, 1991, *Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems*. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Bögel, Marion, 1994, *Strukturen und Systemanalyse der Organisierten Kriminalität in Deutschland*. Berlin: Duncker und Humboldt.
- Braum, Stefan, 1996, Korruption im demokratischen Rechtsstaat, *Neue Justiz* 9/1996: 450-454.
- Chin, Ko-Lin, Jeffrey Fagan und Robert Kelley, 1992, Patterns of Chinese Gang Extortion. *Justice Quarterly* 9: 625-646.
- Dörmann, Uwe, Karl-Friedrich Koch, Hedwig Risch und Werner Vahlenkamp, 1990, *Organisierte Kriminalität - wie groß ist die Gefahr? Expertenbefragung zur Entwicklung der Organisierten Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund des zusammenwachsenden Europas*. Wiesbaden: BKA.
- EMNID Institut Bielefeld, 1996, *Projektbericht zur Feldarbeit*, Studie 265066: Viktimisierung und Systemvertrauen - Geschäftsleute in Konfrontation mit allgemeiner Kriminalität, Korruption und Schutzgelderpressung. Bielefeld: EMNID.
- Gabriel, Ute, Eberhard Mecklenburg, Thomas Ohlemacher und Christian Pfeiffer, 1995, *Die KFN-Geschäftsleuterehebung: Pretest, Sampling- und Instrumententwicklung (Projektbericht 1)*. Forschungsberichte des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), Nr. 50. Hannover: KFN.
- Gabriel, Ute, Eberhard Mecklenburg und Thomas Ohlemacher (unter Mitarbeit von Dieter Boumans und Imke Margraf), 1996, *Die KFN-Geschäftsleuterehebung. Hauptuntersuchung: Durchführung, Stichprobenbeschreibung und Fragen der Repräsentativität (Projektbericht 2)*. Forschungsberichte des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), Nr. 58. Hannover: KFN.
- Goldstock, Ronald, Martin Marcus, Thomas D. Thacher II und James B. Jacobs, 1990, *Corruption and Racketeering in the New York City Construction Industry*. The Final Report of the New York State Organized Crime Task Force. New York/ London: New York University Press.
- Inter/View, 1993a, *International Commercial Crime Survey, Tabular Report Total Results*. Amsterdam: Inter/View.
- Inter/View, 1993b, *ICCS-Pilot 1993, Draft Technical Report*. Amsterdam: Inter/View.
- Kommission Organisierte Kriminalität (der AG Kripo), 1984, *Möglichkeiten und Grenzen bei der Bekämpfung der Schutz-/Spendengelderpressungen*. Manuskript.
- Kury, Helmut, 1994, Zum Einfluß der Art der Datenerhebung auf die Ergebnisse von Umfragen. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 77: 22-33.
- Mayerhofer, Christoph, und Jörg-Martin Jehle (Hrsg.), 1996, *Organisierte Kriminalität. Lagebilder und Erscheinungsformen, Bekämpfung und rechtliche Bewältigung*. Heidelberg: Kriminalistik Verlag.
- Ohlemacher, Thomas und Christian Pfeiffer, 1994, *Viktimisierung und Systemvertrauen. Geschäftsleute in Konfrontation mit allgemeiner Kriminalität, Korruption und Schutzgelderpressung* (Antrag an die Volkswagenstiftung). Forschungsberichte des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), Nr. 22. Hannover: KFN.
- Ohlemacher, Thomas, und Eberhard Mecklenburg, 1996, *Und dennoch Demokraten? Gastwirte und ihr Wissen um Korruption und Schutzgelderpressung*. S.111-136 in: Christian Pfeiffer/ Werner Greve (Hrsg.), *Forschungsthema Kriminalität*. Baden-Baden: Nomos.

- Ohlemacher, Thomas, Ute Gabriel, Eberhard Mecklenburg und Christian Pfeiffer, 1996, *Deutsche und ausländische Gastronomen in Konfrontation mit Schutzgelderpressungen: Erste deskriptive Befunde aus einem laufenden Forschungsprojekt*, Vortrag auf der Tagung "Organisierte Kriminalität - Schutzgelderpressungen - internationale Verbindungen", veranstaltet vom Bundeskriminalamt an der Führungsakademie der Polizei, Münster-Hiltrup (erscheint in einem Sammelband, hrsg. von der Polizeiführungsakademie Münster-Hiltrup, vermtl. 1997).
- Pfeiffer, Christian, 1996, *Organisierte Kriminalität: Empirische Erkenntnisse, Erkenntnismöglichkeiten, Perspektiven ihrer Bekämpfung*. S.39-62 in: Polizeiführungsakademie (Hrsg.), *Organisierte Kriminalität - Die kriminelle Organisation als Unternehmen - Ansatzpunkte der Kriminalitätskontrolle*. PFA-Schlußbericht der Tagung vom 22.-24. Mai 1995, Veranstaltungs-Nr. 95/23 (auch erschienen als Forschungsbericht des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), Nr. 43 (1995). Hannover: KFN).
- Porst, Rolf, 1993, Ausschöpfungen bei sozialwissenschaftlichen Umfragen. Annäherungen aus der ZUMA-Perspektive. *ZUMA-Arbeitsberichte 93/12: 2-31*. Mannheim: ZUMA.
- Reuband, Karl-Heinz, und Jörg Blasius, 1995, Telefoninterviews in der empirischen Sozialforschung: Ausschöpfungsquoten und Antwortqualität. *ZA-Informationen 37* (November 1995): 64-87.
- Reuband, Karl-Heinz, und Jörg Blasius, 1996, Face-to-face, telefonische und postalische Befragungen, Ausschöpfungsquoten und Antwortmuster in einer Großstadt-Studie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48*: 296-318.
- Rudnik, Günter, 1997, Korruption - Ende der Demokratie. Bericht zur Fachtagung des Bundes Deutscher Kriminalbeamter am 7./8. November 1996 in Offenbach: *Der Kriminalist 1/1997*: 11-21.
- Schaupensteiner, Wolfgang J., 1996, Gesamtkonzept zur Eindämmung der Korruption, *Neue Zeitschrift für Strafrecht 9/1996*: 409-416.
- Schuster, Leo., 1990, Organisierte Kriminalität - eine Bestandsaufnahme. *Polizei 2/1990*: 25-31.
- Sieber, Ulrich, 1995, Logistik der Organisierten Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse eines neuen Forschungsansatzes. *Juristen-Zeitung 15/16* (1995): 758-768.
- Skogan, W.G. und M.G. Maxfield, 1981, *Coping with Crime. Individual and Neighborhood Reactions*. Beverly Hills/London: Sage.
- Vahlenkamp, Werner, 1991, Einflußnahme der Organisierten Kriminalität auf Politik, öffentliche Verwaltung und Wirtschaft. Unzureichendes Problembewußtsein. *Bürgerrechte und Polizei 39*: 17-24.
- Vahlenkamp, Werner, und Ina Krauß, 1995, *Korruption - hinnehmen oder handeln? Ein unscharfes Phänomen als Gegenstand zielgerichteter Prävention*. Ergebnisse eines Forschungsprojekts. Wiesbaden: BKA.
- Van Dijk, Jan M.M., Pat Mayhew und Martin Killias, 1990, *Experiences of Crime across the World, Key Findings from the 1989 International Crime Survey*. Deventer: Kluwer.
- Wetzels, Peter, und Christian Pfeiffer, 1996, Regionale Unterschiede der Kriminalitätsbelastung in Westdeutschland. Zur Kontroverse um ein Nord-Süd-Gefälle der Kriminalität. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 79*: 386-405.
- Wetzels, Peter, Greve, Werner, Mecklenburg, Eberhard, Bilsky, Wolfgang, und Pfeiffer, Christian, 1995, *Kriminalität im Leben älterer Menschen: Eine altersvergleichende Untersuchung von Opfererfahrungen, persönlichem Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht. Ergebnisse der KFN-Opferbefragung 1992*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Wittkämper, Gerhard W., Peter Krevert und Andreas Kohl, 1994, *Fragebogen zum Forschungsprojekt "Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die Kriminalitätsentwicklung und Schlußfolgerungen für die polizeiliche Kriminalitätsbekämpfung"*. Münster.
- Wittkämper, Gerhard W., Peter Krevert und Andreas Kohl, 1996, *Europa und die innere Sicherheit. Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die Kriminalitätsentwicklung und Schlußfolgerungen für die polizeiliche Kriminalitätsbekämpfung*. Wiesbaden: BKA.
- Zendian, Graig Allan, 1990, *In the Shadow: The Vulnerability of Casino Ancillary Services to Racketeering*. New York: City University (Ph.D. Thesis).

VERÖFFENTLICHUNGEN DES KFN

Neben Publikationen in nationalen und internationalen Fachzeitschriften veröffentlicht das KFN die Ergebnisse seiner Forschungen in der Buchreihe "Interdisziplinäre Beiträge zur kriminologischen Forschung", welche bis 1995 beim ENKE-Verlag Stuttgart verlegt wurde und seit 1996 im Nomos-Verlag Baden-Baden fortgesetzt wird. Ferner erscheinen in Sonderfällen auch Buchpublikationen außerhalb dieser Reihe. Daneben werden anderweitig noch nicht zugängliche Arbeiten, Vorabdrucke von Zeitschriftenaufsätzen und Vorträge, die auf wissenschaftlichen Tagungen gehalten wurden, in Form von Forschungsberichten des Instituts der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dazu existiert seit 1990 die rote Reihe der Forschungsberichte des KFN. Forschungsberichte früherer Jahre sind in dieser Reihe nicht aufgenommen.

Buchpublikationen im ENKE-Verlag:

PFEIFFER, C. & OSWALD, M. E. (Hrsg.) (1989). *Strafzumessung, empirische Forschung und Strafrechtsdogmatik im Dialog*. Stuttgart: Enke.

SAVELSBERG, J. J. (Hrsg.) (1989). *Zukunftsperspektiven der Kriminologie in der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart: Enke.

BILSKY, W., PFEIFFER, C. & WETZELS, P. (Eds.) (1993). *Fear of crime and criminal victimization*. Stuttgart: Enke.

OSWALD, M. E. (1994). *Psychologie des richterlichen Strafens*. Stuttgart: Enke.

LANGER, W. (1994). *Staatsanwälte und Richter - Justizielles Entscheidungsverhalten zwischen Sachzwang und lokaler Justizkultur*. Stuttgart: Enke.

DREWNIAK, R. (1994). *Strafrichterinnen als Hoffnungsträgerinnen? Eine vergleichende Analyse strafrechtlicher Orientierungen von Richterinnen und Richtern*. Stuttgart: Enke.

Buchpublikationen in anderen Verlagen:

WETZELS, P., GREVE, W., MECKLENBURG, E., BILSKY, W. & PFEIFFER, C. (1995). *Kriminalität im Leben alter Menschen. Eine altersvergleichende Untersuchung von Opfererfahrungen, persönlichem Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht. Ergebnisse der KFN-Opferbefragung 1992*. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). Stuttgart: Kohlhammer.

Buchpublikationen im Nomos-Verlag
(Reihe Interdisziplinäre Beiträge zur kriminologischen Forschung):

GREVE, W., HOSSER, D., WETZELS, P. (1996). *Bedrohung durch Kriminalität im Alter. Kriminalitätsfurcht älterer Menschen als Brennpunkt einer Gerontoviktimologie*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

STROBL, R., BÖTTGER, A. (Hrsg.) (1996). *Wahre Geschichten? Zu Theorie und Praxis qualitativer Interviews*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

TRENCZEK, T. (1996). *Restitution - Wiedergutmachung, Schadensersatz oder Strafe? Restitutive Leistungsverpflichtungen im Strafrecht der U.S.A. und der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

HUPFELD, J. (1996). *Jugendrichterliches Handeln. Eine Analyse der Reaktionen auf Rückfalldelinquenz aus psychologischer Perspektive*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

PFEIFFER, C., GREVE, W. (Hrsg.) (1996). *Forschungsthema "Kriminalität". Festschrift für Heinz Barth*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

DREWNIAC, R. (1996). *Ambulante Maßnahmen für junge Straffällige. Eine kritische Bestandsaufnahme in Niedersachsen*. Nomos Verlagsgesellschaft.

Liste der KFN Forschungsberichte seit 1990

Bestellungen sind nur nach telefonischer Rücksprache mit Frau Schmidt oder Frau Hering unter (05 11) 3 48 36-0 möglich. Die Kosten für den jeweiligen Text und den Versand trägt der Besteller selbst. Lieferung auf Rechnung.

Nummer Autoren / Titel des Forschungsberichts

- 1 BILSKY, W., PETZOLD, F. & NETZIG, L. (1990). *Täter-Opfer-Ausgleich in Braunschweig. Bestandsaufnahme und Perspektiven*. (vergriffen)
- 2 RATTAY, H. & RACZEK, W. (1990) *Täter-Opfer-Ausgleich in Braunschweig. Zur Akzeptanz des TOA durch die Beteiligten: Eine Interviewstudie*. (nur in Fotokopie erhältlich)
- 3 PELSTER, C. (1990). *Täter-Opfer-Ausgleich in Braunschweig. Ergebnisse der schriftlichen Befragung von Jugendgerichtshelfern*. (vergriffen)
- 4 BILSKY, W., HUPFELD, J. & OSWALD, M. (1990). *Judges' subjective theories of the development and maintenance of criminal behavior: a facet approach*. (nur in Fotokopie erhältlich)
- 5 BILSKY, W., PFEIFFER, C. & WETZELS, P. (1992). *Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrung älterer Menschen. Erhebungsinstrument der KFN-Opferbefragung 1992*. (nur in Fotokopie erhältlich)
- 6 BILSKY, W. & WETZELS, P. (1992). *Victimization and Crime. Normative and Individual Standards of Evaluation*. (nur in Fotokopie erhältlich)
- 7 OSWALD, M. E. & DREWNIAC, R. (1993). *Attitude and behavior of male and female judges concerning the punishment of offenders*. (vergriffen)

- 8 BILSKY, W., PFEIFFER, C. & WETZELS, P. (1993). *Feeling of Personal Safety, Fear of Crime and Violence and the Experience of Victimization amongst Elderly People. Research Instrument of the KFN Victim Survey 1992, Translation.* (vergriffen)
- 9 BILSKY, W., PFEIFFER, C. & WETZELS, P. (1993). *Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrung älterer Menschen. Erhebungsinstrument der Ergänzungsstudie zur KFN-Opferbefragung 1992: Alten- und Altenpflegeheime.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 10 FATTAH, E. A. (1993). *Internationaler Forschungsstand zum Problem "Gewalt gegen alte Menschen" und Folgen von Opfererfahrung.*
- 11 BILSKY, W., MECKLENBURG, E., PFEIFFER, C. & WETZELS, P. (1993). *Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrung älterer Menschen. Deskriptive Analysen zum persönlichen Sicherheitsgefühl und zur Kriminalitätsfurcht. KFN-Opferbefragung 1992.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 12 BILSKY, W., MECKLENBURG, E., PFEIFFER, C. & WETZELS, P. (1993). *Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrung älterer Menschen. deskriptive Analysen krimineller Opfererfahrungen: Prävalenz, Inzidenz und Anzeigeverhalten (Teil I: Screening). KFN-Opferbefragung 1992.*(vergriffen)
- 13 BILSKY, W., MECKLENBURG, E. & WETZELS, P. (1993). *Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrung älterer Menschen. Skalenanalyse und Skalenkonstruktion zur KFN-Opferbefragung 1992.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 14 BILSKY, W., MECKLENBURG, E., PFEIFFER, C. & WETZELS, P. (1993). *Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrung älterer Menschen. Deskriptive Analysen von Einstellungen und Meinungen zur Kriminalitätskontrolle. KFN-Opferbefragung 1992.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 15 BILSKY, W., MECKLENBURG, E., PFEIFFER, C. & WETZELS, P. (1993): *Kriminalitätsfurcht und Viktimisierung im Leben älterer Menschen in den alten und neuen Bundesländern. Zwischenbericht zur KFN-Opferbefragung 1992.* (vergriffen)
- 16 WETZELS, P., BILSKY, W., MECKLENBURG, E. & PFEIFFER, C. (1993): *Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrung älterer Menschen. Deskriptive Analysen krimineller Opfererfahrungen (Teil II): Subjektiv schwerste Opfererfahrung und Prävalenz stellvertretender Opferwerdung. KFN-Opferbefragung 1992.*
- 17 BILSKY, W., WETZELS, P., MECKLENBURG, E. & PFEIFFER, C. (1993): *Subjektive Wahrnehmung von Kriminalität und Opfererfahrung.* (vergriffen)¹³
- 18 BÖTTGER, A. & PFEIFFER, C. (1993): *Der Lauschangriff in den USA und in Deutschland. Empirische Befunde und kriminalpolitische Folgerungen zu Überwachungsmaßnahmen der Strafjustiz.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 19 PFEIFFER, C. & STROBL, R. (1993): *Opfererfahrungen von Ausländern und ethnische Differenzierung moderner Gesellschaften. Antrag auf Sachbeihilfe bei der Volkswagenstiftung im Schwerpunkt "Recht und Verhalten" (Neuantrag).* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 20 HARTMANN, U. I. & STROBL, R. (1994): *Die Analyse staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsakten zum Täter-Opfer-Ausgleich im Allgemeinen Strafrecht - Ein Modular aufgebautes Erhebungsinstrument.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 21 WETZELS, P., MECKLENBURG, E., BILSKY, W. & PFEIFFER, C. (1994): *Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrung älterer Menschen. Deskriptive Analysen krimineller Opfererfahrungen (Teil III):*

¹³ erschienen in Kaiser, G./Jehle, J.-M. (Hrsg.), 1995: Kriminologische Opferforschung, Teilband II, Kriminalistik Verlag, Heidelberg.

- Opfererfahrung in engen sozialen Beziehungen. KFN-Opferbefragung 1992.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 22 OHLEMACHER, T. & PFEIFFER, C. (1994). *Viktimisierung und Systemvertrauen. Geschäftsleute in Konfrontation mit allgemeiner Kriminalität, Korruption und Schutzgelderpressung.* Projektantrag (Neuantrag) zur Vorlage bei der Volkswagen-Stiftung im Schwerpunkt "Recht und Verhalten". (vergriffen)
- 23 OSWALD, M. E. & DREWNIAK, R. (1994). *Strafeinstellung, Tätigkeitspräferenz und Sanktionsverhalten von Richterinnen in der Strafjustiz.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 24 WETZELS, P. & BILSKY, W. (1994). *Victimization in Close Relationships: On the "Darkness of Dark Figures".* (nur in Fotokopie erhältlich)¹⁴
- 25 OHLEMACHER, T. (1994). *A social movement institutionalized? Right-wing activism, population opinion, and media in reunited Germany.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 26 BILSKY, W. & WETZELS, P. (1994). *Myths and Facts about the Fear-Victimization Relationship.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 27 HARTMANN, U. I. (1994). *Victim-Offender-Reconciliation with Adult Offenders in Germany.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 28 WETZELS, P., OHLEMACHER, T., PFEIFFER, C. & STROBL, R. (1994). *Victimization surveys: Recent developments and perspectives.* (vergriffen)
- 29 BILSKY, W. & WETZELS, P. (1994). *Wellbeing, Feelings of Personal Safety, and Fear of Crime: Towards a Conceptual Integration.* (nur in Fotokopie erhältlich)¹⁵
- 30 STROBL, R. (1994). *The Victimization of Turkish Migrants and the Consequences for German Society.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 31 GREVE, W. (1994). *Schiedsrichter der Schuld? Möglichkeiten und Grenzen einer Psychologie der Willensfreiheit.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 32 CHRISTOCHOWITZ, S. (1994). *Möglichkeiten und Grenzen des Täter-Opfer Ausgleichs im allgemeinen Strafrecht aus der Sicht von Amts- und Staatsanwälten.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 33 GREVE, W., STROBL, R. & WETZELS, P. (1994). *Das Opfer kriminellen Handelns: Flüchtig und nicht zu fassen. Konzeptuelle Probleme und methodische Implikationen eines sozialwissenschaftlichen Opferbegriffes.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 34 GREVE, W. & WETZELS, P. (1994). *Opfererfahrungen und Kriminalitätsfurcht älterer Menschen.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 35 OHLEMACHER, T. (1995). *Medien und Gewalt: BILD in der Zeit ausländischer Gewalttaten.* (vergriffen)
- 36 PFEIFFER, C. & OHLEMACHER, T. (1995). *Kriminalität in Niedersachsen - 1988 bis 1994* (vergriffen)
- 37 WETZELS, P. & PFEIFFER, C. (1995). *Sexuelle Gewalt gegen Frauen im öffentlichen und privaten Raum. Ergebnisse der KFN-Opferbefragung 1992.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 38 BILSKY, W., BORG, I. & WETZELS, P. (1995). *Assessing Conflict Tactics in Close Relationships: A reanalysis of a research instrument.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 39 GREVE, W. (1995). *Selbstkonzeptverteidigung im Erwachsenenalter. Replikation und Validierung eines Forschungsbefundes.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 40 BÖTTGER, A. (1995). *Biographien gewalttätiger Jugendlicher. Konzeption eines Forschungsprojekts.* (nur in Fotokopie erhältlich)

¹⁴ erscheint in REDONDO, S., GARRIDO, V., PÉREZ, J. & BARBARET, R.M. (in Druck). *Psychology, Law and Justice.* Berlin, New York: DeGruyter.

¹⁵ unter dem gleichnamigen Titel erschienen in FACET THEORY ASSOCIATION (EDITOR) (1994). *Proceedings of the 4th international facet theory conference.* Prag: Facet Theory Association.

- 41 BÖTTGER, A. (1995). *"Hervorlocken" oder Aushandeln? Zu Methodologie und Methode des "rekonstruktiven Interviews" in der Sozialforschung.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 42 PFEIFFER, C. (1995). *Das Problem der sogenannten "Ausländerkriminalität"- empirische Befunde, Interpretationsangebote und (kriminal-)politische Folgerungen.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 43 PFEIFFER, C. (1995). *Organisierte Kriminalität - Empirische Erkenntnisse und Erkenntnismöglichkeiten, Perspektiven ihrer Bekämpfung.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 44 GREVE, W. (1995). *Bewußtlose Psychologie. Wie unumgänglich ist die Perspektive der ersten Person?* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 45 WETZELS, P. (1995). *Wider den naiven Realismus kriminologischer Opferforschung. Plädoyer für einen subjektiven, konstruktivistischen Opferbegriff.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 46 GREVE, W. (1995). *Erkenntnis, Einsicht oder Entscheidung? Zur philosophischen Rechtfertigung von Zielen psychologischer Intervention.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 47 PFEIFFER, C. (1995). *Kriminalität junger Menschen im vereinigten Deutschland. Eine Analyse auf Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik der Jahre 1984-1994.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 48 DREWNIAK, R. (1995). *Ambulante sozialpädagogische Maßnahmen für junge Straffällige: Determinanten der Eignungsbeurteilung durch Jugend(gerichts)hilfe und Justiz.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 49 WETZELS, P. (1995). *Über die Nutzung von Opferhilfeeinrichtungen - Ergebnisse einer bundesweit repräsentativen Befragung.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 50 GABRIEL, U., MECKLENBURG, E., OHLEMACHER, T. & PFEIFFER, C. (1995): *Die KFN-Geschäftsleute-Erhebung: PreTest, Sampling- und Instrumententwicklung (Projektbericht 1).* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 51 STROBL, R. (1996). *"So wie früher konnte es dann nicht mehr sein". Soziale Folgen von Opfererfahrungen der türkischen Minderheit in Deutschland.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 52 WETZELS, P. & PFEIFFER, C. (1996). *Regionale Unterschiede der Kriminalitätsbelastung in Westdeutschland. Zur Kontroverse um ein Nord-Süd-Gefälle der Kriminalität.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 53 GREVE, W. (1995). *Identitätsbedrohung durch Kriminalität und Opfererfahrungen im Erwachsenenalter. Antrag auf Gewährung einer Sachbeihilfe durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft.* (vergriffen)
- 54 PAPE, U., BÖTTGER, A. & PFEIFFER, C. in Kooperation mit LAGA, G. (1996). *Wissenschaftliche Begleitung und Beurteilung des geplanten Spritzenaustauschprogramms im Rahmen eines Modellversuchs der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg. Konzeption eines empirischen Forschungsprojekts.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 55 HOSSER, D. (1996). *Nicht immer hilfreich: Soziale Unterstützung im Kontext krimineller Opfererfahrung.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 56 PFEIFFER, C., BRETTFELD, K. & DELZER, I. (1996). *Kriminalität in Niedersachsen; eine Analyse auf der Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik 1988 - 1995.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 57 BÖTTGER, A. (1996). *Schule, Gewalt und Gesellschaft. Kritische Anmerkungen zu einer kontroversen Diskussion und Ergebnisse empirischer Forschung.* (nur in Fotokopie erhältlich)¹⁶
- 58 GABRIEL, U., MECKLENBURG, E., OHLEMACHER, T. (unter Mitarbeit von BOUMANS, D. und MARGRAF, I.) (1996). *Die KFN-Geschäftsleute-Erhebung.*

¹⁶ erscheint voraussichtlich im Herbst 1996 in den *Loccumer Protokollen 1996*. EVANGELISCHE AKADEMIE LOCCUM.

- Hauptuntersuchung: Durchführung, Stichprobenbeschreibung und Fragen der Repräsentativität (Projektbericht 2).* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 59 WETZELS, P. (1997). *Zur Epidemiologie physischer und sexueller Gewalterfahrungen in der Kindheit - Ergebnisse einer repräsentativen retrospektiven Prävalenzstudie für die BRD.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 60 PFEIFFER, C./BRETTFELD, K./DELZER, I. (1997). *Kriminalität in Niedersachsen - 1985 bis 1996. Eine Analyse auf der Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik.* (nur in Fotokopie erhältlich)
- 61 OHLEMACHER, T./GABRIEL, U./MECKLENBURG, E./PFEIFFER, C. (1997). *Die KFN-Geschäftsleute-Erhebung. Deutsche und ausländische Gastronomen in Konfrontation mit Schutzgelderpressung und Korruption: Erste Befunde der Hauptuntersuchung (Projektbericht 3).*